



319  
V 6458 E

# STATISTISCHE MONATSHEFTE

## SCHLESWIG-HOLSTEIN

27. Jahrgang · Heft 10

Oktober 1975

Grafik des Monats: Steuereinnahmen und Steueraufkommen

Aufsätze:            Investitionen Baugewerbe  
                          Erwerbstätige und Beruf (Teil 3)  
                          Grenz-Reiseverkehr  
                          Lohnsummensteuer

Statistisches Amt für Hamburg  
und Schleswig-Holstein  
Bibliothek  
Standort Kiel

### BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

# DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

		1974	1975	Veränderung in %	
		Monatsdurchschnitt März bis Juli			
<b>INDUSTRIE <sup>1</sup></b>					
Produktionsindex	1962 = 100	196	185	-	6
Beschäftigte	1 000	187	177	-	6
Umsatz <sup>2</sup>	Mill. DM	1 677	1 678	+	0
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	21	19	-	11
<b>BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT</b>					
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	7,5	6,3	-	17
Zum Bau genehmigte Wohnungen	Anzahl	1 937	1 340	-	31
<b>HANDEL</b>					
Ausfuhr	Mill. DM	330,3	430,6	+	30
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	302,6	302,9	+	0
<b>VERKEHR</b>					
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	7 333	9 225	+	26
<b>PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)</b>					
Einfuhrpreise	1970 = 100	144,4	139,5	-	3
Grundstoffpreise <sup>3</sup>	1970 = 100	137,7	136,2	-	1
Erzeugerpreise					
industrieller Produkte <sup>3</sup>	1970 = 100	128,8	135,2	+	5
landwirtschaftlicher Produkte <sup>3</sup>	1961/63 = 100	114,3	126,4	+	11
Lebenshaltung <sup>4</sup>					
insgesamt	1970 = 100	126,5	134,3	+	6
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	123,8	130,6	+	5
<b>GELD UND KREDIT</b>					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite <sup>5</sup>	Mill. DM	5 369	5 303	-	1
mittel- und langfristige Kredite <sup>6</sup>	Mill. DM	18 456	20 486	+	11
Spareinlagen	Mill. DM	7 856	9 386	+	19
<b>STEUERAUFKOMMEN</b>					
Umsatzsteuer/Mehrwertsteuer <sup>7</sup>	Mill. DM	93	91	-	2
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	88	95	+	8
Lohnsteuer	Mill. DM	165	157	-	5
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	231	244	+	6

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke    2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer  
3) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer    4) alle privaten Haushalte    5) an die Nichtbankenkundschaft  
6) an die Nichtbankenkundschaft; einschließlich durchlaufender Kredite    7) einschließlich Einfuhrumsatzsteuer

INHALT 10/75

Seite

Aktuelle Auslese . . . . . 221

Aufsätze

Rüchläufige Investitionen im Baugewerbe 1974 222

Berufliche Gliederung der Erwerbstätigen

● Schleswig-Holstein (Teil 3) . . . . . 227

Der grenzüberschreitende Reiseverkehr

1965 bis 1974 . . . . . 236

Die Lohnsummen der gewerblichen Betriebe

und ihre Besteuerung in Schleswig-Holstein

im Jahre 1970 . . . . . 244

Grafik des Monats . . . . . Beilage

Tabellenteil . . . . . Beilage

Wirtschaftskurven B (Industrie) . 3. Umschlagseite

● Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten  
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

<b>Verkehr</b>	
Nord-Ostsee-Kanal 1974 . . . . .	9/211
<b>Geld und Kredit, Versicherungen</b>	
Spareinlagen . . . . .	9/215
<b>Öffentliche Sozialleistungen</b>	
Krankenversicherung . . . . .	3/71
<b>Öffentliche Finanzen</b>	
Bilanzstruktur 1969 . . . . .	6/139
Körperschaftsteuer 1971 . . . . .	2/39
<b>Preise</b>	
Geldwertsicherung mit statistischen Bezugsgrößen . . . . .	5/97
<b>Löhne und Gehälter</b>	
Struktur Löhne und Gehälter . . . . .	3/57
<b>Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen</b>	
Sozialprodukt (Teil 1) . . . . .	4/87
(Teil 2) . . . . .	9/201



# STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG - HOLSTEIN

27. Jahrgang · Heft 10

Oktober 1975

## Aktuelle Auslese



### August 1975: Stabilisierungstendenz in der Industriebeschäftigung erkennbar

Die konjunkturelle Abschwungphase in der verarbeitenden Industrie, die im Herbst 1974 begonnen hatte, setzte sich im August 1975 nicht mehr fort. Die Industriebetriebe in Schleswig-Holstein meldeten erstmalig seit einem Jahr einen Anstieg des Beschäftigten-einsatzes. Die Belegung entspricht der Erfahrung, daß aus saisonalen Gründen im August ein zusätzlicher Bedarf an Industriebeschäftigten besteht. Soweit sich aus der Kenntnis der saisonalen Komponente die konjunkturelle Beschäftigtenentwicklung beurteilen läßt, hat sich diese erstmals in den verflossenen zwölf Monaten nicht weiter verschlechtert. Diese Feststellungen dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß in den schleswig-holsteinischen Industriebetrieben Ende August 1975 lediglich 177 000 Personen tätig waren, das sind 12 000 oder 6 % weniger als vor einem Jahr.

Die Industrie in Schleswig-Holstein setzte von Januar bis August 1975 eigene Erzeugnisse im Werte von 13 Mrd. DM um, davon entfielen 2,8 Mrd. DM (22 %) auf das Exportgeschäft. Der Inlandsumsatz blieb hinter dem vergleichbaren Vorjahresergebnis zurück (- 3 %), der Export wurde noch intensiviert (+ 10 %). In Schleswig-Holstein wurde die industrielle Produktion im Vergleich zum Vorjahr um fast 5 % eingeschränkt, im Bundesgebiet um 10 %.



### Weniger Geräte im Bauhauptgewerbe

Der Bestand an Geräten im Bauhauptgewerbe ist erstmalig nicht mehr gewachsen. Ende Juni 1975 waren im Eigentum der schleswig-holsteinischen Baubetriebe weniger Betonmischer, Turmdrehkrane und Lastwagen - um nur einige Beispiele zu nennen - vorhanden, als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Bei einigen Spezialgeräten - z. B. Lader und Grader, die vorwiegend im Tief- und Straßenbau einge-

setzt werden - ist dagegen der Bestand noch etwas aufgestockt worden.

	Bestand 30. 6. 1975	Abnahme gegenüber 30. 6. 1974
Betonmischer	6 011	308
Turmdrehkrane	820	56
Lkw bis 12 t Nutzlast	4 007	224
Lkw über 12 t Nutzlast	571	137
Planierraupen	591	40



### Hoher Anteil des Schiffbaus an den Investitionen der Industrieunternehmen

Die schleswig-holsteinischen Industrieunternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten investierten 1974 mit knapp 730 Mill. DM fast 135 Mill. DM oder 22,6 % mehr als 1973. Damit erhöhte sich die Investitionsintensität auf 4 371 DM je Beschäftigten gegenüber 3 557 DM im Jahre 1973.

Diese positive Gesamtentwicklung ist jedoch fast ausschließlich durch einmalige Investitionsentscheidungen im Schiffbau verursacht worden, dessen Investitionen von 54,3 Mill. DM (1973) auf 185,5 Mill. DM (1974) angestiegen sind. Bleibt der Schiffbau unberücksichtigt, so ergibt sich nur ein geringfügiger Zuwachs von 0,7 %, d. h., bei realer Betrachtungsweise wurde 1974 das Investitionsvolumen von 1973 nicht mehr erreicht.

Im einzelnen war 1974 eine verstärkte Investitionstätigkeit von Unternehmen der Fleischverarbeitung (+ 114 %) und auch im Maschinenbau (+ 39 %) festzustellen, während die Industrie der Steine und Erden (- 47 %), die Eisen-, Blech-, Metallwarenindustrie (- 57 %) sowie die Holzverarbeitende Industrie (- 59 %) - um einige herausragende Branchen zu nennen - ihre Investitionen deutlich eingeschränkt haben.

## Rückläufige Investitionen im Baugewerbe 1974

Die Unternehmen des schleswig-holsteinischen Baugewerbes (20 und mehr Beschäftigte) investierten im Jahre 1974 für 102 Mill. DM in Baugeräte, maschinelle Anlagen, Grundstücke und Gebäude. Der Rückgang der Investitionsneigung hat sich im Berichtsjahr deutlich beschleunigt: Während in den Jahren 1970 bis 1972 noch positive - wenn auch fallende - Zuwachsraten festzustellen waren, kam es bereits 1973 mit einem um mehr als 6% (nominal) geringerem Investitionsvolumen zu einem ersten Einbruch in der Investitionstätigkeit des Baugewerbes. Dabei war der Rückgang bei Baugeräten, Maschinen und ähnlichen Anlagegütern mit 17% besonders gravierend. Auch die Investitionsintensität

war - trotz sinkender Beschäftigtenzahlen - mit 2 784 DM um 1,6% niedriger als 1972. Im Jahre 1974 hat die pessimistische Einschätzung der Zukunftsaussichten die Bauunternehmer zu einer drastischen Herabsetzung der Investitionen um fast 30% veranlaßt. Die Aufwendungen für Baugeräte, Maschinen und ähnliches wurden dabei um 19% (nominal) reduziert. Bei Betriebsgebäuden verminderte sich das Volumen sogar auf weniger als die Hälfte des vorjährigen. Diese Entwicklung hat die Investitionsintensität stark beeinflußt; mit 2 197 DM je Beschäftigten war sie um mehr als 20% niedriger als im vorhergehenden Jahr.

### Investitionen im Baugewerbe 1970 bis 1974

Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

Jahr	Investitionen insgesamt		darunter				Investitionen je Beschäftigten	
	1 000 DM	Veränderung gegenüber Vorjahr %	Maschinen <sup>1</sup>	Gebäude	1 000 DM	Veränderung gegenüber Vorjahr %	DM	Veränderung gegenüber Vorjahr %
			1 000 DM	Veränderung gegenüber Vorjahr %	1 000 DM	Veränderung gegenüber Vorjahr %		
1970	138 917	+ 8,0	122 106	+ 9,4	13 601	+ 12,3	2 562	+ 7,4
1971	149 264	+ 7,4	126 897	+ 3,9	19 681	+ 44,7	2 736	+ 6,8
1972	155 486	+ 4,2	124 895	- 1,6	25 708	+ 30,6	2 829	+ 3,4
1973	145 553	- 6,4	103 609	- 17,0	37 957	+ 47,6	2 784	- 1,6
1974	102 113	- 29,8	83 872	- 19,0	16 412	- 56,8	2 197	- 21,1

1) einschließlich Betriebs- und Geschäftsausstattung, Werkzeuge, geringwertige Wirtschaftsgüter, Fahrzeuge

Ein Ausgleich der verminderten Investitionen in der Weise, daß Anlagegüter von den eigenen Arbeitskräften vermehrt selbst hergestellt wurden, ist nicht eingetreten; während 1973 noch Anlagegüter im Werte von 16,6 Mill. DM von den Bauunternehmen erstellt wurden, waren es 1974 nur noch für 6,2 Mill. DM, also weit weniger als die Hälfte. Statt Anlagegüter zu kaufen, kann ein Bauunternehmer sich das Nutzungsrecht an einem Baugerät, z. B. einem Turmdrehkran, auch durch Miete oder Pacht (Leasing) verschaffen. Von dieser Möglichkeit haben im Berichtsjahr 160 Unternehmen des Bauhauptgewerbes Gebrauch gemacht; sie wendeten dafür 15 Mill. DM auf, das sind zwar 3 Mill. DM weniger als im Vorjahr, aber die Häufigkeit der "Leasing-Geschäfte" hat zugenommen (148 Fälle in 1973). An den Investitionen gemessen ist ebenfalls eine leichte Erhöhung des Leasinganteils von 13,4% (1973) auf 15,4% im Berichtsjahr eingetreten.

Aus dem Verkauf von Anlagegütern erzielte das Baugewerbe einen Erlös von 14,3 Mill. DM, das sind knapp 3 Mill. DM mehr als im Vorjahr. Der Zuwachs ist ausschließlich im Ausbaugewerbe eingetreten.

Im Bauhauptgewerbe hat die Rezession bislang (1974) noch nicht gravierend die Substanz der bestehenden Unternehmen getroffen: die Erlöse aus dem Verkauf unbebauter Grundstücke waren 1974 mit 1,3 Mill. DM sogar niedriger als im Vorjahr. Eine andere Sache ist der Schrumpfungsprozeß im gesamten Baugewerbe, der sich neben beträchtlich eingeschränkter Investitionstätigkeit in rückläufigen Beschäftigtenzahlen und stagnierendem bis rückläufigem Gerätebestand ausdrückt. Die bisher für 1975 vorliegenden Daten lassen die Befürchtung zu, daß der Kapazitätsabbau möglicherweise zu weit fortschreitet. Eine mit konjunkturellem Wiederanstieg einhergehende Nachfragebelebung könnte dann auf ein zu kleines Angebot an Baukapazität treffen,

was unvermeidlich zu unerwünschten Preissteigerungen führen müßte. Auch weist das Lohnkostenniveau noch immer steigende Tendenz auf, wie die Kostenentwicklung für eine durchschnittliche Arbeitsstunde<sup>1</sup> im schleswig-holsteinischen Bauhauptgewerbe von 11,79 DM im Juli 1973 über 13,09 DM (Juli 1974) auf 13,90 DM (vorläufiger Wert) im Juli 1975 deutlich macht. Der Kostenfaktor Arbeit hat sich in zwei Jahren um etwa 18% verteuert.

Investitionsintensität steigt mit der Unternehmensgröße

Das schleswig-holsteinische Baugewerbe besteht in der Hauptsache aus mittelständischen

Unternehmen; sogar von den größeren Unternehmen (20 und mehr Beschäftigte) fallen fast zwei Drittel in die kleinste hier nachgewiesene Größenklasse mit 20 bis 49 Beschäftigten. Bezieht man die 1 700 Einheiten des Bauhauptgewerbes mit weniger als 20 Beschäftigten und die schätzungsweise 3 200 Unternehmen des Ausbaugewerbes<sup>2</sup> mit ebenfalls weniger als 20 Beschäftigten für einen Augenblick in die Betrachtung mit ein, dann wird dieser Sachverhalt völlig eindeutig: etwa 95% aller Einheiten des Baugewerbes in Schleswig-Holstein haben weniger als 50 Beschäftigte (der sonst gewichtige Unterschied zwischen Unternehmens- und Betriebskonzept kann für diese Überlegungen außer Betracht bleiben).

Investitionen im Baugewerbe nach der Unternehmensgröße  
Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

Unternehmen mit ... Beschäftigten	Anzahl der Unternehmen	1973 Investitionen		Anzahl der Unternehmen	1974 Investitionen	
		insgesamt Mill. DM	je Beschäftigten DM		insgesamt Mill. DM	je Beschäftigten DM
20 - 49	512	35,3	2 265	510	23,1	1 492
50 - 99	234	37,1	2 306	195	34,7	2 597
100 - 199	68	22,6	2 519	51	13,2	1 877
200 - 299	22	15,2	2 825	19	8,1	1 785
300 - 399	4	8,8	6 317	4	5,8	4 372
400 - 499	-	-	-	3	6,4	5 134
500 und mehr	6	26,4	5 465	3	10,7	3 104
Insgesamt	846	145,6	2 784	785	102,1	2 197

Mit der Einschränkung, daß für die "kleinen" Einheiten des Baugewerbes (weniger als 20 Beschäftigte) keine erhobenen Investitionsdaten vorliegen (andere Daten wie z. B. Beschäftigtenangaben aus Betriebserhebungen passen nur ungenau in das Unternehmenskonzept) zeigt sich in den "Teilergebnissen" eine recht deutliche Abhängigkeit der Investitionsintensität von der Unternehmensgröße; von knapp 1 500 DM je Beschäftigten in den Unternehmen mit 20 bis 49 Beschäftigten steigt sie auf 3 800 DM in den größeren Unternehmen (300 und mehr Beschäftigte). Diese positive Korrelation ist in dem noch weitgehend rezessionsfreien Jahr 1973 noch deutlicher ausgeprägt. Auch wenn hier wegen der schwachen Besetzung einmalige Investitionsentscheidungen stärker durchschlagen sollten als in den kleineren Größenklassen, bleibt doch festzuhalten, daß in beiden

dargestellten Erhebungsjahren - und das gilt auch für die vorhergehenden Jahre - die Investitionsintensität der größeren Unternehmen teilweise mehr als doppelt so hoch ist wie in den kleineren. So investierten auch 10 große Bauunternehmen (genau: des Bauhauptgewerbes) absolut gesehen etwa den gleichen Betrag wie 510 kleinere, nämlich etwa 23 Mill. DM im Jahre 1974, was übrigens auch bereits 1973 mit jeweils etwa 35 Mill. DM der Fall war.

Die bereits erwähnte Unvollständigkeit legt es nahe, eine annäherungsweise Vervollständigung der Investitionsdaten zu versuchen. Man kommt dabei zu folgendem Ergebnis: Die Investitionen des gesamten Baugewerbes dürften 1974 zwischen 135 bis 140 Mill. DM betragen haben. Auf die nicht erfaßten Einheiten des Bauhauptgewerbes (Betriebe/Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten)

1) Bruttolohnsumme (ohne Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung und weitere Sozialleistungen) geteilt durch die Summe der geleisteten Arbeitsstunden

2) nach der Arbeitsstättenzählung vom 27. 5. 1970 hatten 3 424 Unternehmen des Ausba- und Bauhilfsgewerbes weniger als 20 Beschäftigte

entfallen nämlich etwa 20 Mill. DM, wenn man die Investitionsintensität der nächstfolgenden Größenklasse (20 bis 49 Beschäftigte), die sich auf 1 617 DM je Beschäftigten stellte, auf die Zahl von 12 500 Beschäftigten in Betrieben der Größenklasse 1 bis 19 Beschäftigte überträgt. Die nicht erfaßten Investitionen sind im Verhältnis zu den erfaßten im Ausbaugewerbe erheblich gewichtiger als im Bauhauptgewerbe. Die nachfolgende "Ausfallschätzung" für das Ausbaugewerbe ist daher auch mit größerer Unsicherheit behaftet als im Bauhauptgewerbe. Von einer geschätzten Beschäftigtenzahl von 18 000 in den nicht erfaßten Ausbaubetrieben (1 bis 19 Beschäftigte) ausgehend und unter Ansatz der Investitionsintensität von 929 DM in der nächstfolgenden Größenklasse (20 bis 49 Beschäftigte) ergibt sich ein Investitionswert von schätzungsweise 16 bis 17 Mill. DM. Im Ausbaugewerbe wird also - wenn man das dargestellte Schätzverfahren anwendet - nur etwa ein knappes Viertel des vermutlichen gesamten Investitionsvolumen erhoben, im Bauhauptgewerbe dagegen gut vier Fünftel. Zum Vergleich der Größenordnungen sei noch angeführt, daß die Investitionen der öffentlichen Elektrizitätsversorgung sich im gleichen Jahr auf mehr als 186 Mill. DM, in der Gasversorgung auf 43 Mill. DM beliefen. Das Investitionsvolumen allein in der Elektrizitätsversorgung war demnach um 45 bis 50 Mill. DM größer als im gesamten Baugewerbe des Landes.

Geschätztes Investitionsvolumen  
des gesamten schleswig-holsteinischen Baugewerbes für 1974

Wirtschaftsgliederung Beschäftigtengrößenklasse	Beschäftigte	Investitionsintensität DM	Investitionen überhaupt Mill. DM
<b>"30" Bauhauptgewerbe</b>			
1 - 19	s 12 500	s 1 617 <sup>a</sup>	s 20,2
20 und mehr	41 595	2 331	97,0
<b>zusammen</b>	<b>s 54 095</b>	<b>s 2 167</b>	<b>s 117,2</b>
<b>"31" Ausbaugewerbe</b>			
1 - 19	s 18 000	s 929 <sup>a</sup>	s 16,7
20 und mehr	4 893	1 050	5,1
<b>zusammen</b>	<b>s 22 893</b>	<b>s 1 952</b>	<b>s 21,8</b>
<b>"3" Baugewerbe insgesamt</b>			
1 - 19	s 30 500	s 1 210	s 36,9
20 und mehr	46 488	2 197	102,1
<b>zusammen</b>	<b>s 76 988</b>	<b>s 1 805</b>	<b>s 139,0</b>

a) Investitionsintensität der nächsthöheren Beschäftigtengrößenklasse "20 - 49 Beschäftigte"

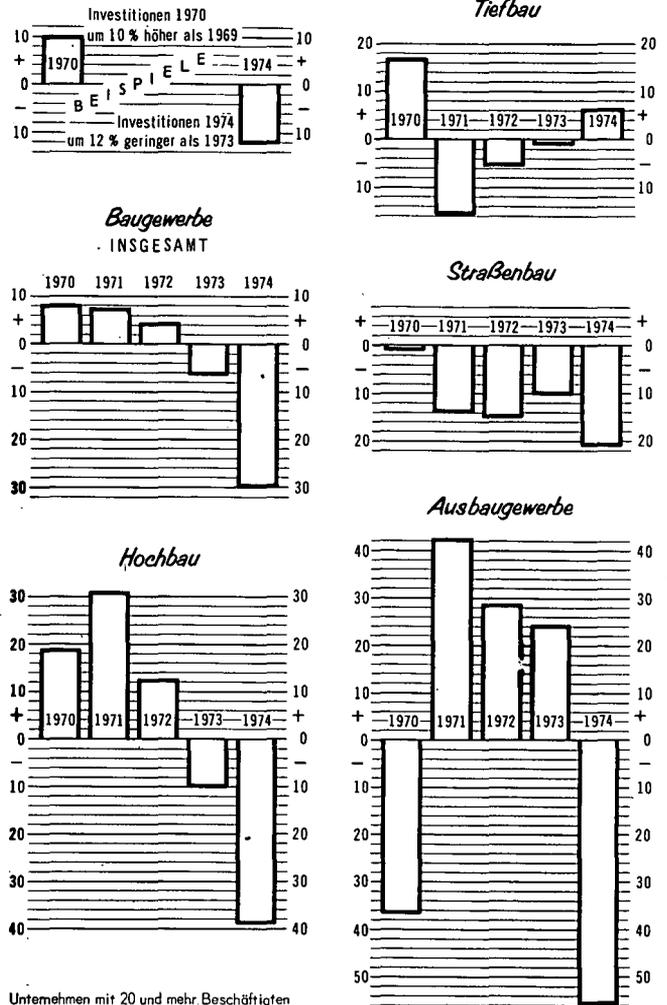
### Verstärkter Investitionsrückgang im Bauhauptgewerbe

Die schon von 1972 auf 1973 sich andeutende Abschwächung der Investitionsneigung hat sich im Berichtsjahr beträchtlich beschleunigt; bei

## Investitionen im Baugewerbe 1970 - 1974

in %

D - 4722



Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

einem Rückgang des Investitionsvolumens um 37 Mill. DM oder um gut ein Viertel kann schon von einem Einbruch in der Investitionstätigkeit gesprochen werden. Der fortgesetzte Schrumpfungsprozeß hat in den größeren Unternehmen des Bauhauptgewerbes (20 und mehr Beschäftigte) auch den Beschäftigtenbestand deutlich, und zwar um fast 11% gegenüber dem Vorjahr reduziert. Die Verminderung der Arbeitskräfte hat aber nicht ausgereicht, den Rückgang der Investitionen zu kompensieren; die Investitionsintensität ging nämlich auf 2 331 DM je Beschäftigten oder um nahezu ein Fünftel zurück. Konkurse und Beschäftigtenabbau haben auch den Bestand an Unternehmen, und zwar am stärksten im reinen Hochbau, getroffen, hier schieden innerhalb Jahresfrist per Saldo 32 Unternehmen aus dem Berichtskreis aus. Im Tiefbau und Straßenbau hat dagegen der Bestand leicht zugenommen, was als konjunkturbedingte Anpassung verstanden werden kann, die verhältnismäßig kurzfristig von kombinierten Hoch- und Tiefbauunternehmen vollzogen werden kann.

## Bruttoproduktionswert und Investitionen im Bauhauptgewerbe 1974

Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

	Unter- nehmen	Beschäf- tigte	Brutto- produk- tions- wert <sup>1</sup> 1974 in Mill. DM	Investitionen 1974			dagegen Investitionen 1973	
				Mill. DM	DM je 100 DM BPW <sup>1</sup>	DM je Beschäf- tigten	Mill. DM	DM je Beschäf- tigten
Ende September 1974								
Hoch-, Tief- und Ingenieurbau <sup>2</sup>	49	6 507	446,6	13,4	3,0	2 055	31,3	3 824
Hochbau	376	18 598	1 195,8	33,0	2,8	1 773	44,7	2 125
Tiefbau	90	5 791	336,6	23,9	7,1	4 132	22,5	3 589
Straßenbau	93	8 417	649,4	23,3	3,6	2 774	29,4	3 305
Spezialbau <sup>3</sup>	12	771	47,1	1,4	3,1	1 869	1,2	1 463
Stukkateurgewerbe, Gipserei und Verputzerei	3	65	4,0	0,1	1,6	985	0,1	803
Zimmerei	24	804	53,7	1,1	2,1	1 377	2,9	3 175
Dachdeckerei	21	642	38,6	0,7	1,9	1 154	2,0	2 985
<b>Bauhauptgewerbe insgesamt</b>	<b>668</b>	<b>41 595</b>	<b>2 772,0</b>	<b>97,0</b>	<b>3,5</b>	<b>2 331</b>	<b>134,0</b>	<b>2 874</b>

1) Bruttoproduktionswert = Jahresbauleistung + selbsterstellte Anlagen + sonstiger Umsatz

2) kombinierte Unternehmen

3) enthält u. a. Schornsteinbau, Isolierbau, Brunnenbau

Die Gesamtleistung (Bruttoproduktionswert)<sup>3</sup> der größeren bauhauptgewerblichen Unternehmen erreichte trotz steigender Preise nicht mehr den Wert des Vorjahres, bei realer Betrachtung muß sie um die Preissteigerungsrate von etwa 8 bis 10% niedriger als im vorhergehenden Jahr angesetzt werden. Dessen ungeachtet ist die Investitionsquote, d. h. der Anteil der Investitionen in % des Bruttoproduktionswertes, auf 3,5% zurückgefallen. Im Jahr 1973 hatte sie noch 4,8% und 1970 sogar 7,2%, also mehr als das Doppelte ausgemacht. Die Investitionsquote schwankt 1974 zwischen 7,1% der Gesamtleistung im Tiefbau und 1,6% im Stukkateurgewerbe, Gipserei und Verputzerei. Auch im vorhergehenden Jahr hatte der Tiefbau die höchste Investitionsquote aufzuweisen. Die höchste Investitionsintensität mit 4 132 DM je Beschäftigten liegt ebenfalls im Tiefbau, die niedrigste mit 985 DM im Stukkateurgewerbe.

### Tiefbau investierte mehr!

Der Rückgang der Investitionstätigkeit war bei den kombinierten Unternehmen des Hoch- und Tiefbaues von 31,3 Mill. DM im Vorjahr auf nur 13,4 Mill. DM (das sind 57%) im Berichtsjahr besonders heftig. Die Investitionsintensität fiel damit von 3 824 DM auf 2 055 DM je Beschäftigten. Auch die reinen Hochbauunternehmen kamen nicht ungeschoren

davon, sie investierten etwa ein Viertel weniger. Auf weniger als die Hälfte schrumpfte das Investitionsvolumen auch in der Zimmerei und der Dachdeckerei. Gut behauptet hat sich demgegenüber der Tiefbau, dessen Investitionen den Vorjahreswert um etwa 6% (nominal) übertrafen. Dabei dürften aber auch Schwerpunktverlagerungen von Unternehmen aus dem Hoch- und Tiefbau mitgewirkt haben. Im Straßenbau wurden die Investitionen um etwa 20%, also unterdurchschnittlich reduziert. Während im Jahre 1973 Hochbau- und kombinierte Hoch- und Tiefbauunternehmen mit 76 Mill. DM noch gut die Hälfte der Investitionen tätigten, waren es 1974 beinahe 30 Mill. DM weniger. Die Tatsache, daß nunmehr Tief- und Straßenbau mit 47,3 Mill. DM ein größeres Investitionsvolumen haben als der Hochbau (46,3 Mill. DM) kann als ein Hinweis für den Strukturwandel im Bauhauptgewerbe gewertet werden. Die flexible Anpassung an neue Marktbedingungen (ein Vorteil der Marktwirtschaft) mit dem Ziel, bessere, d. h. effektivere Produktionsstrukturen zu erreichen, ist in vollem Gange und möglicherweise heute schon weitgehend realisiert.

### Investitionsstruktur kaum verändert

Bei längerfristiger Betrachtung zeigt sich die Investitionsstruktur ziemlich beständig: in dem Fünfjahreszeitraum von 1970 bis 1974 erreichten - mit einer Ausnahme im Jahre 1973 - die Brutto-Investitionen in Maschinen, Baugeräte usw. stets über 80% des gesamten Investitionsvolumens. In bebaute Grundstücke wurden im Mittel des betrachteten Fünfjahreszeitraumes knapp 15% investiert, hier

3) Die Gesamtleistung 1974 setzte sich wie folgt zusammen:

2 660 Mill. DM Jahresbauleistung

6 Mill. DM selbsterstellte Anlagen

106 Mill. DM sonstiger Umsatz

2 772 Mill. DM = Bruttoproduktionswert

## Investitionsstruktur im Bauhauptgewerbe 1970 bis 1974

Jahr	Investitionen Insgesamt Mill. DM	Maschinen <sup>1</sup>		Bebaute Grundstücke		Unbebaute Grundstücke	
		Mill. DM	Anteil in %	Mill. DM	Anteil in %	Mill. DM	Anteil in %
1970	133,8	118,7	88,7	12,0	9,0	3,1	2,3
1971	142,0	123,0	86,6	16,7	11,8	2,3	1,6
1972	146,2	119,8	82,0	22,4	15,3	4,0	2,7
1973	134,0	99,0	73,9	31,2	23,3	3,8	2,8
1974	97,0	80,9	83,4	14,4	14,9	1,7	1,7
Zusammen	653,0	541,5	82,9	96,7	14,8	14,9	2,3

1) einschließlich Baugeräte, Betriebs- und Geschäftsausstattung, Fahrzeuge

schwanken jedoch die jährlichen Anteile zwischen 9% im Jahre 1970 und 23,3% im Jahre 1973. Für unbebaute Grundstücke sind von 1970 bis 1974 lediglich rund 15 Mill. DM aufgewendet worden, das entspricht einem Anteil von 2,3%. Aus dem Verkauf von Anlagegütern, etwa weil sie veraltet oder überzählig waren, erlösten die größeren Unternehmen des Bauhauptgewerbes im Jahre 1974 rund 11 Mill. DM. Von 1970 bis einschließlich 1974 waren es 59,1 Mill. DM gewesen, darunter fast 8 Mill. DM für den Verkauf unbebauter Grundstücke, das entspricht gut der Hälfte des Wertes der im gleichen Zeitraum gekauften unbebauten Grundstücke.

#### Investitionen im Ausbaugewerbe halbiert!

Die Daten über das Ausbaugewerbe stellen - wie bereits dargelegt - nur ein kleineres Teilergebnis des gesamten Ausbaugewerbes dar, dennoch ist es vertretbar, für einige grundlegende Entwicklungstendenzen von dem erfaßten Teil auf das Ganze zu schließen. Bei etwas stärkerem Abbau der Beschäftigtenzahl (- 13,6% gegenüber Vorjahr) als im Bauhauptgewerbe (- 10,8%) ist das Ausbaugewerbe mit zeitlicher Verzögerung von etwa einem Jahr voll in die Bauflaute geraten. Die Entwicklung im Ausbaugewerbe wird statistisch etwas überzeichnet, da ein sogenannter "sterbender Berichtskreis" vorliegt, bei dem aus dem Berichtskreis ausscheidende Unternehmen - z. B. weil sie zum aktuellen Erhebungsstichtag unter die vorgesehene Erfassungsgrenze von 20 Beschäftigten absinken - prompt ausgesondert werden, während Zugänge - z. B. Neugründungen oder Unternehmen mit wachsender Beschäftigtenzahl -, wenn überhaupt, nur mit beträchtlicher zeitlicher Verzögerung erfaßt werden. Ein wesentlicher Grund für diese Unzulänglichkeit besteht darin, daß es (noch) kein monatliches Berichtssystem wie im Bauhauptgewerbe gibt. Während 1973 die Investitionstätigkeit noch steigende Tendenz (+ 24%) aufwies, hat sich

1974 das nominale Investitionsvolumen mit 5,1 Mill. DM auf weniger als die Hälfte des Vorjahres vermindert; das reale Volumen dürfte bei etwa 40% gelegen haben. Dem entsprechend ging die Investitionsintensität auf 1 050 DM je Beschäftigten (gegenüber 2 043 DM im Vorjahr) zurück. Ähnlich niedrig war die nominale Investitionsintensität 1970 mit 881 DM gewesen. Bei realer Betrachtungsweise dürften die Intensitäten 1970 und 1974 annähernd gleich hoch sein. Der stärkste Einbruch trat im Glaser- und Malergewerbe (einschließlich Tapetenkleberei) ein; die Investitionsintensität kam hier mit 651 DM nur auf etwas mehr als ein Drittel des vorjährigen Wertes. Eine überdurchschnittlich hohe Investitionsintensität war nach wie vor in der Elektroinstallation festzustellen.

Für die Ermittlung der anderen gängigen Investitionskennziffer, nämlich die Investitionsquote, ist man auf Schätzungen angewiesen, da weder Umsatz noch Bruttoproduktionswert originär erhoben werden. Unter Verwendung von Ergebnissen der Handwerkszählung 1968 und der laufenden vierteljährlichen Handwerksberichterstattung kommt man jedoch zu folgenden Annäherungswerten für die Investitionsquote: im Ausbaugewerbe dürfte 1974 der Anteil der Investitionen am Bruttoproduktionswert (ohne selbsterstellte Anlagen) etwa 1,6% betragen haben, das ist weniger als die Hälfte der entsprechenden Quote im Bauhauptgewerbe von 3,5% (die kleine methodische Differenz infolge Fehlens der Werte für selbsterstellte Anlagen ist unbeachtlich). Hohe Investitionsquoten korrespondieren auch hier mit hoher Investitionsintensität, wie die Elektroinstallation mit einer Quote von gut 3% und einer überdurchschnittlichen Intensität von 1 454 DM je Beschäftigten zeigt. Die Glaser und Maler wandten 1,4% ihrer Gesamtleistung, Fußbodenleger, Ofen- und Herdsetzer 1% und Unternehmen der Sparte Klempnerei, Gas- und Wasserinstallation 0,8% für die Aufrechterhaltung und Verbesserung ihrer Produktionsmittel auf.

Investitionen im Ausbaugewerbe 1974  
Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

	Unter- nehmen 30. 9. 1974	Beschäf- tigte	Investitionen					
			1972		1973		1974	
			Mill. DM	DM je Beschäf- tigten	Mill. DM	DM je Beschäf- tigten	Mill. DM	DM je Beschäf- tigten
Klempnerei, Gas- und Wasserinstallation	20	778	1,3	1 127	1,2	1 060	0,6	772
Elektroinstallation	51	2 085	4,5	1 895	6,6	2 885	3,0	1 454
Glaser und Maler, Tapetenkleberei	34	1 365	2,3	1 556	2,6	1 760	0,9	651
Fußbodenleger, Ofen- und Herdsetzerei <sup>1</sup>	12	665	1,3	1 631	1,2	1 528	0,6	928
<b>Ausbaugewerbe insgesamt</b>	<b>117</b>	<b>4 893</b>	<b>9,3</b>	<b>1 622</b>	<b>11,6</b>	<b>2 043</b>	<b>5,1</b>	<b>1 050</b>

1) einschließlich Fliesen- und Plattenlegerei

Abschließend noch ein Blick auf die Investitionsstruktur im Ausbaugewerbe. Nachdem im Vorjahr mit fast 60% des Volumens außergewöhnlich hohe Investitionen in Gebäude erfolgt waren, hat sich die Struktur wieder "normalisiert". Auf Maschinen, Geräte und Fahrzeuge entfallen, wie in den anderen

Jahren auch, nicht ganz 60%, auf bebaute Grundstücke knapp 40%, der Rest geht in unbebaute Grundstücke.

Siegfried Schwarz

Nähere Angaben siehe Stat. Berichte E I 6/F I 2. Vergleiche auch: "Investitionen im Baugewerbe 1973" in dieser Zeitschrift 1975, S. 13 (Januar)

## Berufliche Gliederung der Erwerbstätigen in Schleswig-Holstein

Ergebnisse der Volks- und Berufszählung vom 27. 5. 1970

- Teil 3 -

Vergleich  
Schleswig-Holstein/Bundesgebiet

### Berufliche Gliederung

Im Vergleich zum Bundesgebiet weist das Wirtschaftsgefüge Schleswig-Holsteins bekanntlich ein eigenes Profil auf, das außer dem fast völligen Fehlen des Bergbaus vor allem durch einen relativ geringen Industrialisierungsgrad einerseits und das stärkere Gewicht der Landwirtschaft und des tertiären Sektors andererseits charakterisiert wird. Die Tabelle zeigt, wie sich diese Ausprägungen in der beruflichen Gliederung der Erwerbstätigen niederschlagen.

Der Abstand von 3,5 Prozentpunkten bei den deutschen Erwerbstätigen mit einem Fertigungsberuf ist überraschend gering, wenn man die entsprechenden Zahlen für die Erwerbstätigen nach wirtschaftssystematischer Gliederung berücksichtigt. Danach arbeiteten in Schleswig-Holstein 37% aller Erwerbs-

Berufsbereich	Anteil an den deutschen Erwerbstätigen in %	
	Schleswig-Holstein	Bund
Landwirtschaftliche Berufe		
männlich	9,5	6,8
weiblich	10,4	10,9
insgesamt	9,8	8,3
Fertigungsberufe	39,9	43,7
männlich	16,4	20,8
weiblich	31,9	35,4
insgesamt		
Technische Berufe		
männlich	4,9	6,8
weiblich	1,5	1,5
insgesamt	3,8	4,8
Dienstleistungsberufe		
männlich	45,3	41,4
weiblich	69,6	64,6
insgesamt	53,6	49,8
Bergleute, Mineralgewinner		
männlich	0,1	1,0
weiblich	0,0	0,0
insgesamt	0,1	0,6
Sonstige Arbeitskräfte		
männlich	0,3	0,3
weiblich	2,1	2,1
insgesamt	0,9	1,0

tätigen (also einschließlich der Ausländer) im produzierenden Gewerbe gegenüber 49% im Bund. Die Unterschiede, die zwischen den Gliederungen der Erwerbstätigen nach der Berufs- und Wirtschaftssystematik auftreten, sind maßgeblich auf die im Bund deutlich höhere Ausländerbeschäftigung zurückzuführen, die sich hauptsächlich auf den warenproduzierenden Bereich erstreckt.

Während in Schleswig-Holstein von den erwerbstätigen Männern 9,5% einen landwirtschaftlichen Beruf hatten, waren es im Bund nur 6,8%; bei den Frauen lag jedoch der Anteil des Bundes etwas über dem Landesergebnis. Hier wirkt sich die im Bund ungünstigere Betriebsgrößenstruktur mit ihren relativ häufigen Nebenerwerbsbetrieben aus, die von den Frauen meist im Haupt- und von ihren Männern im Nebenberuf geführt werden.

Erwähnenswert sind schließlich noch die Abweichungen bei den technischen Berufen, in denen trotz der geringen Zahl der Erwerbstätigen der Anteil des Bundes bei den männlichen Berufszugehörigen um fast zwei Punkte über dem des Landes liegt; das ist vor allem auf den höheren Bedarf aus dem industriellen Sektor zurückzuführen.

In der folgenden Tabelle sind alle Berufsabschnitte<sup>1</sup> aufgeführt, deren Anteil an der Gesamtzahl der deutschen Erwerbstätigen in Bund und Land um mindestens 0,5 Prozentpunkte voneinander abweicht.

In der oberen Tabellenhälfte sind die Berufsabschnitte aufgeführt, die in Schleswig-Holstein häufiger als im Bundesdurchschnitt vertreten sind. Die Reihenfolge ergibt sich aus der Größe des Abstandes zum entsprechenden Bundesergebnis. In der unteren Tabellenhälfte sind dagegen in gleicher Reihenfolge die Berufsabschnitte enthalten, die im Bunde häufiger als im Land vorkommen.

Von den acht Berufsabschnitten, die in Schleswig-Holstein relativ mehr Erwerbstätige binden, gehören fünf in den Bereich Dienstleistungsberufe, zwei in den Bereich Fertigungsberufe und einer in den Berufsbereich Landwirtschaft. Von den Berufsabschnitten mit höheren Anteilen im Bund gehören dagegen fünf zu den Fertigungsberufen und jeweils einer zu den Dienstleistungsberufen, technischen Berufen und zum Berufsbereich Bergleute, Mineralgewinner. Aus der

<sup>1</sup>) Berufsabschnitte sind in der Regel Zusammenfassungen von Berufsgruppen mit ähnlichen Tätigkeitsmerkmalen. Im Falle der Landwirtschaft und des Bergbaus sind die Ordnungsgrößen Berufsbereich und Berufsabschnitt identisch. Gelegentlich enthalten Berufsabschnitte auch nur eine Berufsgruppe

Ausgewählte Berufsabschnitte nach ihrem Anteil an allen deutschen Erwerbstätigen in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet

Berufsabschnitt Berufsgruppe	Deutsche Erwerbstätige in %		Spalte 1 in % der Spalte 2
	Schleswig-Holstein	Bund	
Ordnungs- und Sicherheitsberufe	6,1	3,7	165
Sicherheitswahrer	5,1	2,7	189
Bauberufe	5,7	3,8	150
Maurer, Betonbauer	2,5	1,9	132
Straßen-, Tiefbauer	1,4	0,6	233
Landwirtschaftliche Berufe	9,8	8,3	118
Landwirtschaftliche Arbeitskräfte	4,7	4,0	118
Warenkaufleute	9,7	8,5	114
Verkehrsberufe	7,1	6,5	109
Berufe des Wasser- und Luftverkehrs	0,9	0,2	450
Ernährungsberufe	2,8	2,3	122
Gesundheitsberufe	2,9	2,4	121
Allgemeine Dienstleistungsberufe <sup>1</sup>	5,9	5,4	109
Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe	15,6	17,1	91
Bürofach-, Bürohilfskräfte	10,7	12,4	86
Metallerzeuger, -bearbeiter	1,6	2,9	55
Metallverformer, spanend	0,7	1,2	58
Textil- und Bekleidungsberufe	1,4	2,6	54
Textilverarbeiter	1,2	1,9	63
Bergleute, Mineralgewinner	0,1	0,6	17
Montierer und Metallberufe a. n. g.	0,3	1,1	27
Techniker, technische Sonderfachkräfte	2,3	3,0	77
Techniker	1,6	2,2	73
Schlosser, Mechaniker	7,2	7,8	92
Chemie-, Kunststoffverarbeiter	0,6	1,1	55
Chemiearbeiter	0,4	0,9	44

<sup>1</sup>) Dieser Berufsabschnitt enthält die Berufsgruppen Körperpfleger, Gästebetreuer, hauswirtschaftliche Berufe und Reinigungsberufe

Tabelle läßt sich ablesen, daß vor allem die Erwerbstätigen in Ordnungs- und Sicherheitsberufen - hier vor allem die Bundeswehrsoldaten - aber auch die Warenkaufleute, Verkehrs- und Gesundheitsberufe und die allgemeinen Dienstleistungsberufe zum größeren Gewicht der Dienstleistungsberufe in Schleswig-Holstein beigetragen haben. Trotz des Rückstandes in den Bau- und Ernährungsberufen führten dagegen die in der unteren Tabellenhälfte aufgeführten Fertigungsberufe zu dem Vorsprung des gesamten Berufsbereiches auf Bundesebene.

Der höhere Industrialisierungsgrad hat nicht nur das Plus bei den Fertigungs- und Bergbauberufen, sondern auch bei den beiden anderen in der Tabelle enthaltenen Berufsabschnitten bewirkt: Während im Bundesdurchschnitt 37% der Erwerbstätigen in den Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufen dem produzierenden Gewerbe zuzurechnen sind, waren es in Schleswig-Holstein nur

25%. Ähnlich ist das Verhältnis bei den Technikern und technischen Sonderfachkräften, von denen im Bundesdurchschnitt 73% an einem zum produzierenden Gewerbe zählenden Arbeitsplatz saßen, während es in Schleswig-Holstein nur 57% waren.

### Altersaufbau

Wie die Tabelle zeigt, sind die Unterschiede bei den Erwerbstätigen insgesamt zwischen Bund und Land nur geringfügig.

	Von 100 deutschen Erwerbstätigen waren ... Jahre alt		
	unter 25	25 - 49	50 und mehr
<b>Insgesamt</b>			
Schleswig-Holstein	21,1	55,2	23,7
Bund	20,3	56,0	23,7
<b>darunter</b>			
<b>landwirtschaftliche Berufe</b>			
Schleswig-Holstein	10,9	56,7	32,4
Bund	9,8	50,7	39,5

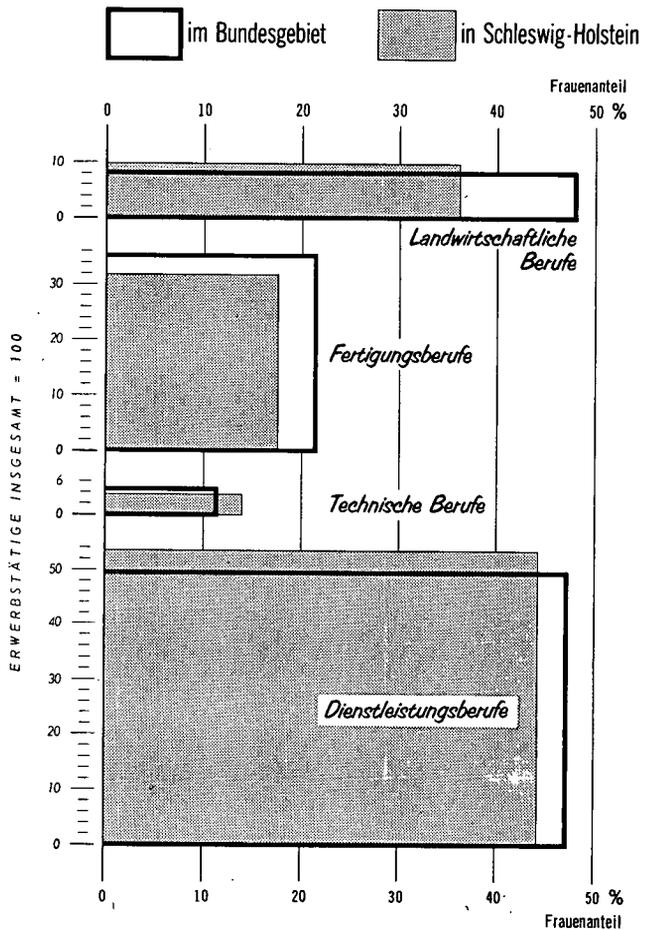
In den landwirtschaftlichen Berufen jedoch, in denen in Schleswig-Holstein schon überdurchschnittlich viele Erwerbstätige im Alter von 50 und mehr Jahren arbeiten, ist diese Altersklasse im Bundesdurchschnitt noch wesentlich stärker besetzt. Obwohl zwischen 1961 und 1970 die deutschen Erwerbstätigen mit landwirtschaftlichem Beruf im Bund um 44%, im Land dagegen nur um 38% zurückgegangen sind<sup>2</sup>, läßt sich aufgrund der Altersstruktur vermuten, daß die Freisetzung von weiteren Arbeitskräften in der Landwirtschaft im Bund auch künftig umfangreicher als im Land sein wird.

### Beruf und Geschlecht

Mit einem Anteil von 36,4% an der Gesamtzahl der deutschen Erwerbstätigen liegt die Frauenbeschäftigung im Bund um 2,4 Punkte über dem Landesergebnis. Nicht in den technischen Berufen, wohl aber in den anderen drei untersuchten Berufsbereichen ist der Anteil der berufstätigen Frauen in der Bundesrepublik höher als im Land Schleswig-Holstein. Besonders auffallend ist der Unterschied in den landwirtschaftlichen Berufen, in denen im Bund fast jeder zweite Erwerbstätige weiblichen Geschlechts ist, in Schleswig-Holstein dagegen nur gut jeder dritte; auch diese Entwicklung ist wesentlich auf die schon erwähnte ungünstigere Betriebsgrößenstruktur des Bundes zurückzuführen, die sich in zwei Richtungen auswirkt: Einerseits reduzieren die landwirtschaftlichen Neben-

D - 4719

### Der Anteil der weiblichen Erwerbstätigen\* in den Berufsbereichen - VZ 70 -



erwerbsbetriebe die Zahl der männlichen Erwerbstätigen, da sie ihren Hauptberuf in der Regel in einem anderen Wirtschaftsbereich haben, während ihre Frauen meist eine Erwerbstätigkeit in der Landwirtschaft angegeben haben, und andererseits gibt es wegen der im Bundesdurchschnitt relativ seltenen Großbetriebe auch entsprechend wenige familienfremde Landarbeitskräfte. Während im Bund nur 2,4% aller deutschen Erwerbstätigen mit einem landwirtschaftlichen Beruf männliche familienfremde Landarbeitskräfte (Abhängige) waren, betrug dieser Anteil in Schleswig-Holstein 8,3%.

### Erwerbstätige 1961 und 1970

Wegen bereits genannter<sup>3</sup> methodischer Unterschiede ist die Vergleichbarkeit der Berufszählungsergebnisse der Jahre 1961 und 1970 eingeschränkt. Dennoch läßt sich hinreichend vergleichbares Zahlenmaterial erstellen, wobei allerdings kleinere Ungenauigkeiten in Kauf genommen werden müssen.

2) vgl. die folgende Tabelle

3) vgl. Teil 2 dieses Aufsatzes im August-Heft dieser Zeitschrift

Die Entwicklung im Bundesgebiet ist durch den bereits erwähnten Rückgang bei den Erwerbstätigen mit landwirtschaftlichen Berufen und durch kräftige Einbrüche im Bereich der Fertigungsberufe gekennzeichnet, die trotz erheblicher Zunahme bei den Dienstleistungsberufen und den technischen Berufen einen Rückgang der Gesamtzahl der deutschen Erwerbstätigen um 6% bewirkt haben.

Berufsbereich	Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen 1970 gegenüber 1961 in %	
	Bund <sup>1</sup>	Schleswig-Holstein <sup>2</sup>
Landwirtschaftliche Berufe	- 44	- 38
Fertigungsberufe	s - 10	- 3
Technische Berufe	s + 42	+ 45
Dienstleistungsberufe	s + 8	+ 15
Alle Berufsbereiche	- 6	- 1

1) Dem Vergleich liegen die Zahlen für deutsche Erwerbstätige zugrunde  
 2) Es wurden die deutschen Erwerbstätigen des Jahres 1970 mit allen Erwerbstätigen des Jahres 1961 verglichen (1961 wurden 6 200 ausländische Erwerbstätige gezählt)

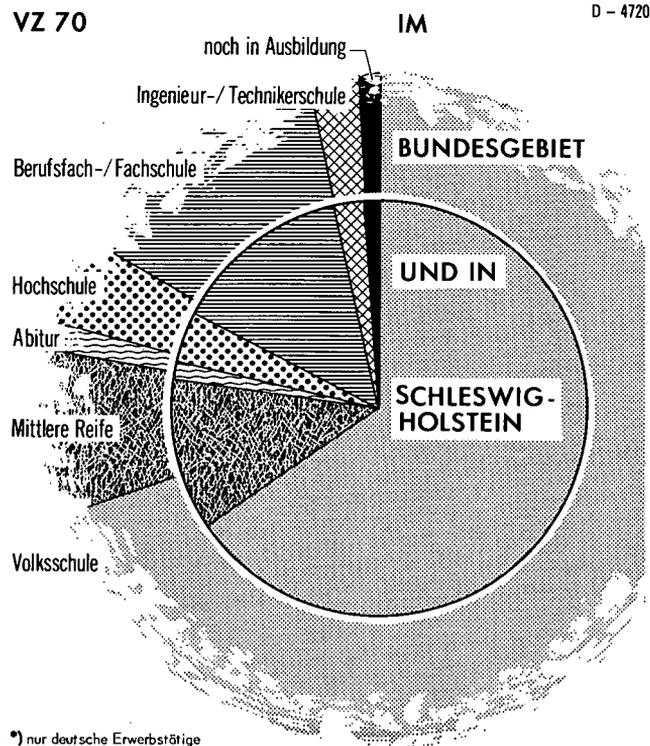
In Schleswig-Holstein dagegen konnten durch den Anstieg bei den Dienstleistungsberufen und technischen Berufen die negativen Veränderungen in der Landwirtschaft und im Fertigungsbereich weitgehend aufgefangen werden.

#### Berufstätige nach Art des höchsten Schulabschlusses

Wie die Grafik zeigt, haben im Bundesdurchschnitt 30% der deutschen Erwerbstätigen einen höheren Abschluß als den der Volksschule (Hauptschule) aufzuweisen. In Schleswig-Holstein beträgt dieser Anteil 35%. Während im Bund nur jeder dreizehnte Erwerbstätige die Mittlere Reife als höchsten Schulabschluß angegeben hatte, war es im Land immerhin jeder Achte. Hinsichtlich der übrigen Abschlußarten bestehen nur geringfügige Differenzen.

Die aus der Tabelle ersichtlichen Differenzen resultieren größtenteils aus der bereits beschriebenen unterschiedlichen Berufsstruktur in Bund und Land. So läßt sich der höhere Anteil der Selbständigen in der Landwirtschaft in Schleswig-Holstein durch die größere Bedeutung dieses Wirtschaftsbereiches erklären, während der höhere Anteil der Arbeiter im Bund auf den Vorsprung des verarbeitenden Gewerbes zurückzuführen ist. Der im Bund höhere Anteil der weiblichen Beschäftigten in der Landwirtschaft wurde bereits mit der ungünstigeren Betriebs-

#### Erwerbstätige\* nach Art des höchsten Schulabschlusses



größenstruktur begründet. Da sehr viele Frauen mit einem landwirtschaftlichen Beruf als mithelfende Familienangehörige tätig sind, ergibt sich daraus ein höherer Anteil an mithelfenden Familienangehörigen. Gemessen an der Wohnbevölkerung sind in Schleswig-Holstein im Vergleich zum Bund überdurchschnittlich viele Soldaten stationiert, die sicher zum höheren Anteilswert der Beamten in Schleswig-Holstein entscheidend beigetragen haben.

#### Sozio-ökonomische Gliederung der deutschen Erwerbstätigen

Sozio-ökonomische Gruppe	Bund	Land
	in %	
Selbständige in der Landwirtschaft	2,6	3,5
Selbständige außerhalb der Landwirtschaft (ohne Handelsvertreter und ambulante Händler)	5,9	5,9
Handelsvertreter und ambulante Händler	0,3	0,3
Selbständige in freien Berufen	0,9	0,9
Mithelfende Familienangehörige in der Landwirtschaft	4,3	3,9
Mithelfende Familienangehörige außerhalb der Landwirtschaft	2,4	2,4
Beamte (einschließlich Soldaten)	7,8	10,4
Angestellte	31,2	30,3
Arbeiter	39,5	36,5
Lehrlinge	5,0	6,0
Insgesamt	100	100

## Erwerbstätige nach erlerntem und ausgeübtem Beruf

Erstmalig bei einer Berufszählung wurde 1970 nicht nur nach dem gegenwärtig ausgeübten, sondern auch nach dem ursprünglich erlernten Beruf gefragt. Wörtlich lautete die Frage (Nr. 31): "Haben Sie eine praktische Berufsausbildung beendet (Lehre, Anlernzeit oder dgl.)?" Bei positiver Antwort war dann die Dauer dieser praktischen Berufsausbildung in Jahren anzugeben. Um festzustellen, ob sich dieser erlernte Beruf mit der gegenwärtig ausgeübten Tätigkeit deckt, wurde darüber hinaus noch gefragt, auf welchen Beruf sich die praktische Ausbildung bezogen hat<sup>4</sup>. Aus den Angaben läßt sich ermitteln,

- . wie oft erlernter und ausgeübter Beruf nicht übereinstimmen
- . in welchen Berufen besonders viele Berufswechsler arbeiten
- . wie erlernte und ausgeübte Berufe miteinander verflochten sind, also wie viele Berufstätige aus einem Beruf A kommend in einem Beruf B arbeiten.

Auf die ersten beiden Punkte wird an dieser Stelle eingegangen. Dagegen würde eine Darstellung des dritten Punktes, die zwangsläufig erheblichen Raum beansprucht, den Rahmen dieses Berichtes sprengen.

Eine sachgerechte Bewertung der Ergebnisse ist nur dann zu erzielen, wenn der Hintergrund, auf dem sich berufliche Vorgänge vollziehen, ausreichend erhellt wird. So läßt sich beispielsweise der hohe Anteil der Berufswechsler in den Ingenieurberufen nur dann richtig beurteilen, wenn man weiß, daß der Ausbildung an der Fachhochschule in der Regel eine praktische Berufsausbildung in einem Fertigungsberuf vorausgeht. Aus diesem Grunde ist es sinnvoll, vor Kommentierung der Ergebnisse die häufigsten Gründe für einen Berufswechsel zu nennen:

1. Der erlernte Beruf ist Ausgangsbasis für eine weiterführende Ausbildung (wie bei den Ingenieuren).
2. Die Beschäftigung im ausgeübten Beruf ist an eine bestimmte Altersgrenze gebunden, sei es bei der Einstellung (Forderung nach einem bestimmten Mindestalter wie z. B. bei der Polizei) oder beim Ausscheiden (frühe Pensionsgrenze wie z. B. bei der Bundeswehr, nach deren Erreichen oft eine andere Tätigkeit ausgeübt wird) oder setzt bestimmte Kenntnisse auf vorgelagerten Berufsfeldern voraus (z. B. Generaldirektor).

3. Die gegenwärtig ausgeübte Tätigkeit unterbricht vorübergehend die erlernte und früher ausgeübte Tätigkeit. Das trifft z. B. für viele Soldaten zu, die sich auf Zeit verpflichtet haben, um nach Ableistung ihres Soldatendienstes in den erlernten Beruf zurückzugehen.
4. Ökonomische und technische Veränderungen lassen neue Berufe entstehen, deren ältere Berufszugehörige zwangsläufig aus anderen Berufen gekommen sein müssen (z. B. Berufe im Bereich der elektronischen Datenverarbeitung).
5. Der erlernte Beruf wird zugunsten einer anderen Tätigkeit aufgegeben, sei es weil ein weiteres Verbleiben im alten Beruf aus wirtschaftlichen Gründen nicht möglich ist (schrumpfende Branchen) oder weil sich die ursprünglich getroffene Berufswahl für das weitere Vorwärtkommen als ungünstig und hinderlich herausgestellt hat (Erlernung eines Moderberufes, mangelnde Ausbildungsalternativen in Zeiten wirtschaftlicher Not wie z. B. in den ersten Nachkriegsjahren). Dabei wird der Berufswechsel oft durch attraktive Angebote aus expansiven Branchen erleichtert.
6. Erlernter und ausgeübter Beruf sind aus berufssystematischen Gründen ungleich. Das trifft besonders für Berufe zu, die keine Ausbildungsordnung haben. So kommen z. B. die Buchhalter (Berufsordnung 772) häufig aus der Berufsordnung Wirtschaftsprüfer, Steuerberater (hier aus der Berufsklasse Gehilfen in wirtschafts- und steuerberatenden Berufen) und verwandten kaufmännischen Berufen.

Wie aus der Formulierung der Frage zum erlernten Beruf hervorgeht, kann es schwierig sein, Personen mit erlerntem Beruf und ohne erlernten Beruf voneinander abzugrenzen, und zwar dann, wenn im Fragebogen die Erklärung in der Klammer ("Lehre, Anlernzeit oder dgl.") verschieden verstanden wird. Wer eine kurze Einführungs- und Einarbeitungszeit als Anlernzeit und damit als praktische Berufsausbildung gewertet hat, wird die Fragen 31 und 32 des Volkszählungsbogens entsprechend beantwortet haben. Wer nicht dieser Ansicht war, wird Frage 31 verneint haben. Aus diesem Grunde kann es besonders in Berufen, die nur eine geringe Qualifikation fordern, in gleichen Fällen zu unterschiedlichen Antworten und damit zu Verschiebungen gekommen sein. Da bei Erwerbstätigen ohne praktische Berufsausbildung ex definitione ausgeübter und erlernter Beruf nicht ungleich sein können, ist es möglich, daß in einer

<sup>4</sup>) vgl. Teil 1 dieses Aufsatzes im Juni-Heft dieser Zeitschrift, S. 127

Berufsordnung nur ein geringer Anteil an Erwerbstätigen ausgewiesen ist, die einen anderen Beruf erlernt haben, obwohl der Anteil der Berufswechsler faktisch wesentlich höher ist, weil nämlich auch diejenigen Beschäftigten Stellung und Beruf ändern, die keine Berufsausbildung im Sinne der Frage 31 des Volkszählungsbogens vorweisen können. Auf die Gruppe der Erwerbstätigen ohne abgeschlossene praktische Berufsausbildung wird weiter unten eingegangen.

### Soziale Stellung und Ausbildung der Berufswechsler

Von den deutschen Erwerbstätigen übten 32% am Zählungstichtag einen anderen als den erlernten Beruf aus. Bei den Männern waren es 36%, bei den Frauen 23%.

In der folgenden Tabelle werden die Berufswechsler hinsichtlich ihrer sozio-ökonomischen Zugehörigkeit mit allen deutschen Erwerbstätigen verglichen.

Sozio-ökonomische Gruppe	Deutsche Erwerbstätige		darunter Berufswechsler <sup>1)</sup>
	in 1 000	in 1 000	%
Selbständige in der Landwirtschaft	35,4	2,9	8,2
Selbständige außerhalb der Landwirtschaft	59,7	21,0	35,2
Selbständige in freien Berufen	8,7	2,1	23,5
Handelsvertreter, ambulante Händler	2,7	2,0	73,6
Mithelfende Familienangehörige in der Landwirtschaft	39,1	9,3	23,9
Mithelfende Familienangehörige außerhalb der Landwirtschaft	24,6	8,2	33,3
Beamte (einschließlich Soldaten)	104,2	56,6	54,3
Angestellte	304,9	129,4	42,4
Arbeiter	367,2	88,4	24,1
Lehrlinge	60,2	1,3	2,1
Insgesamt	1 006,6	321,1	31,9

1) Erwerbstätige, die einen anderen Beruf erlernt haben als den, den sie am 27. 5. 1970 ausgeübt haben

Den höchsten Anteil erreicht die kleine Gruppe der Handelsvertreter, ambulanten Händler und Reisenden - in der Mehrzahl Vertreter mit einer vorangegangenen kaufmännischen Ausbildung. An zweiter Stelle erscheinen die Beamten mit einer Quote von 54%, die vor allem auf die Soldaten zurückzuführen ist. Überdurchschnittlich hohe Anteile hatten außerdem die Angestellten und die Selbständigen außerhalb der Landwirtschaft aufzuweisen. Während die Berufstätigen, die als selbständig außerhalb der Landwirtschaft bezeichnet werden, vor dieser Tätigkeit oft einen anderen vorbereitenden Beruf ausgeübt haben, ist der hohe Anteil bei den Ange-

stelltenberufen einerseits dadurch zustande gekommen, daß es unter ihnen - wie noch zu zeigen sein wird - eine Reihe von Berufen mit einem sehr hohen Anteil von Berufswechslern gibt (z. B. Techniker, Buchhalter) und andererseits die Ausbildung in vielen Dienstleistungsberufen so breit angelegt ist, daß ein Berufswechsel nach der Lehre häufig ohne größere Hindernisse möglich ist (z. B. Einsatz einer ausgebildeten Verkäuferin als Kassiererin oder eines gelernten Groß- und Einzelhandelskaufmanns als Buchhalter). Das aber ist bei vielen Arbeiterberufen wegen der häufig engeren Ausbildung nicht so leicht möglich. Zwar werden z. B. gelernte Maurer sicher nicht selten in andere Berufe überwechseln, dagegen dürfte aber die Beschäftigung eines Berufsfremden als Maurer eher eine Ausnahme sein. Aus diesem Grunde weisen die meisten Lehrberufe innerhalb des Bereiches der Fertigungsberufe sehr niedrige Anteile an Berufswechslern aus, was natürlich einen verhältnismäßigen niedrigen Anteil bei den Arbeiterberufen insgesamt verursacht. Mindernd wirken ferner die unter den Arbeitern überproportional auftretenden Personen ohne abgeschlossene praktische Berufsausbildung (vgl. dazu weiter unten).

Obwohl die Gründe für einen Berufswechsel zahlreich und unterschiedlich sind und alle sozialen Gruppen betreffen, fördert ein Vergleich nach der Art des höchsten Schulabschlusses zum Teil erhebliche Differenzen zu Tage. Verglichen mit der Gesamtheit der deutschen Erwerbstätigen ist bei den Berufswechslern der Anteil derjenigen mit Volksschulabschluß niedriger und der mit Realschulabschluß und abgeschlossener Berufsfach-/Fachschule höher, jedoch hatten relativ weniger Berufswechsler das Abitur oder eine Hochschulausbildung vorzuweisen.

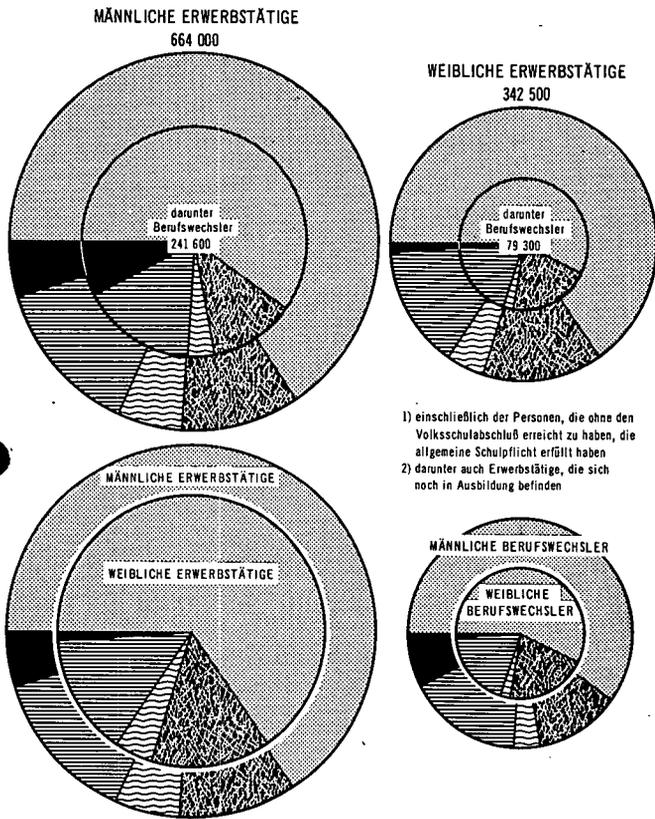
Ein Vergleich der Anteile der Personen mit Abschluß an der Real- oder Berufsfach-/Fachschule - diese Ausbildungen könnte man als ungefähr gleichrangig ansehen - zwischen den Berufswechslern und der jeweiligen Gesamtheit der deutschen Erwerbstätigen ergibt bei den Männern einen Vorsprung von 5 Punkten und bei den Frauen von sogar 11 Punkten. Dagegen liegt der Anteil bei den männlichen Berufswechslern mit einem Volksschulabschluß mit 60% um 6 Punkte niedriger, bei den Frauen um 8 Punkte niedriger.

Wenn sich auch wegen des unvollständigen Konzepts<sup>5)</sup> und der vielfältigen Ursachen für einen Wechsel der ausgeübten Tätigkeit die

5) Berufswechsel von Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung wird nicht erfaßt, mehrfacher Berufswechsel bleibt ebenso unberücksichtigt

# Erwerbstätige\* nach Art des höchsten Schulabschlusses in % - VZ 70 -

D - 4721



1) einschließlich der Personen, die ohne den Volksschulabschluß erreicht zu haben, die allgemeine Schulpflicht erfüllt haben  
2) darunter auch Erwerbstätige, die sich noch in Ausbildung befinden

berufliche Mobilität nicht genauer quantifizieren läßt, so weisen die genannten Zahlen doch darauf hin, daß sie bei Volksschulabsolventen geringer ist als bei Absolventen einer Berufsfach-/Fachschule oder einer Realschule. Neben diesem ausbildungsbedingten Unterschied der beruflichen Mobilität tritt noch ein geschlechtsspezifischer Unterschied hinzu: Der Anteil der Berufswechsler unter den Volksschulabsolventen beträgt 33% bei den Männern gegenüber 20% bei den Frauen. In der Gruppe der Erwerbstätigen mit Abschluß an einer Berufsfach-/Fachschule oder Mittlerer Reife erreicht er bei den Männern 44% und bei den Frauen 32%.

## Ausmaß des Berufswechsels

In der folgenden Übersicht<sup>6</sup> sind Berufsordnungen aufgeführt, bei denen der Anteil der Berufszugehörigen, die ursprünglich einen anderen Beruf erlernt haben, besonders gering ist.

6) Da die Ausgangstabelle nur gerundete Zahlen enthält, lassen sich keine genauen Prozentzahlen angeben

Ausgewählte Berufsordnung	darunter ausgeübter und erlernter Beruf gleich	
	Deutsche Erwerbstätige	in 1 000
Friseur	9,6	9,4
Fleischer	6,5	6,3
Maler	10,7	10,3
Maurer	21,7	20,7
Schneider	5,0	4,7
Tischler	12,1	11,4
Backwarenhersteller	5,5	5,2
Stahlschmiede	2,7	2,5
Landwirte	35,7	33,2
Krankenschwestern	10,2	9,1
Technische Zeichner, weiblich	2,4	2,2
Kfz-Instandsetzer	13,1	11,9
Elektroinstallateure	15,1	13,6
Ärzte	4,1	4,0
Real-, Volks- und Sonderschullehrer	9,8	9,0
Hauswirtschaftliche Betreuer	6,6	6,1

Die erste Gruppe enthält qualifizierte Berufe, bis auf wenige Ausnahmen Fertigungsberufe, deren Ausübung eine besondere, in der Regel mindestens drei Jahre dauernde Ausbildung voraussetzt. Dadurch wird der Zugang berufsfremder Personen in diese Berufe erschwert.

Zur zweiten Gruppe gehören Berufe, die eine Universitätsausbildung oder einen hochschulähnlichen Ausbildungsweg erfordern. Auch hier sind Zugänge aus anderen Berufen wegen der strengen Zulassungsanforderungen und der langen Ausbildungsdauer Ausnahmefälle. Im Gegensatz zur ersten Gruppe dürften in der zweiten Gruppe aber auch Abgänge aus diesen Berufsordnungen selten sein.

Die letztgenannte Berufsordnung der hauswirtschaftlichen Betreuer zeichnet sich durch keines dieser Merkmale aus. Der geringe Anteil an Berufsweslern ist vermutlich dadurch zu erklären, daß rund 90% der Berufszugehörigen keine abgeschlossene Berufsausbildung angegeben hatten.

In diesem Zusammenhang ist es angebracht, näher auf die Personen ohne abgeschlossene praktische Berufsausbildung einzugehen. In der Tabelle sind die jeweiligen Anteile an den Gesamtzahlen enthalten.

Der weitaus größte Teil dieser Personengruppe wies als höchsten Abschluß nur die Volksschule auf. Außer den nicht unerheblichen Quoten der Hochschulabsolventen - in vielen akademischen Berufen ist eine praktische Berufsausbildung ja nicht üblich - ist noch

Art des höchsten Schulabschlusses	Von 100 deutschen Erwerbstätigen hatten ... keine praktische Berufsausbildung abgeschlossen		
	männlich	weiblich	Insgesamt
Volksschule	24,5	41,2	30,1
Mittlere Reife	2,2	5,5	3,3
Abitur	0,8	0,6	0,7
Hochschule	3,4	3,1	3,3
Insgesamt	30,9	50,3	37,5

der Anteil der weiblichen Berufstätigen mit Mittlerer Reife bemerkenswert.

Eine Reihe von Berufen weist einen höheren Anteil an Berufszugehörigen mit Volksschulabschluß und ohne praktische Berufsausbildung als den Durchschnittswert von 30% auf. In der Regel handelt es sich dabei um Berufe, die weniger qualifizierte Tätigkeiten verlangen:

Berufsordnung	Von 100 Erwerbstätigen gaben als höchsten Schulabschluß Volksschule ohne praktische Berufsausbildung an
Raum-, Hausratreiniger	82
Hauswirtschaftlicher Betreuer	77
Bauhilfsarbeiter	76
Hilfsarbeiter ohne nähere Angabe	74
Landarbeitskräfte	73
Straßenbauer	73
Metallarbeiter ohne nähere Angabe	71
Wäscher, Plätter	69
Warenaufmacher, Versandfertigmacher	67
Lager-, Transportarbeiter	64
Familieneigene Landarbeitskräfte	64

Während die Berufe mit niedrigem Berufswechsleranteil durch strenge Anforderungen im Bereich der beruflichen oder schulischen Ausbildung oder durch einen hohen Anteil an Erwerbstätigen ohne abgeschlossene Berufsausbildung gekennzeichnet sind, sind unter den Berufsordnungen mit vielen Berufswechslern vornehmlich solche Berufe zu finden, zu deren Ausübung entweder Kenntnisse in vorgelagerten Berufen gefordert werden (Techniker, Ingenieure) oder aber weitgehende Erfahrungen in anderen Berufen von großem Nutzen sind (Unternehmer und Geschäftsführer, Handelsvertreter).

Darüber hinaus enthält die Übersicht auch Berufe (Kalkulatoren, Berechner, Buchhalter, Soldaten, Grenzschutz-, Polizeibedienstete, EDV-Fachleute), bei denen der hohe Anteil an Berufswechslern auf andere, bereits auf Seite 231 dargestellte Gründe zurückzuführen ist.

Ausgewählte Berufsordnung	darunter ausgeübter und erlernter Beruf ungleich	
	Deutsche Erwerbstätige	in 1 000
Werkmeister, Industriemeister	3,1	2,8
Sonstige Techniker	7,3	6,3
Kalkulatoren, Berechner	2,1	1,7
Unternehmer, Geschäftsführer	11,0	8,9
Handelsvertreter	7,4	6,0
Sonstige Ingenieure	1,9	1,5
Soldaten, Grenzschutz-, Polizeibedienstete	48,5	37,7
Elektroingenieure	1,9	1,4
EDV-Fachleute	2,2	1,6
Ingenieure des Maschinen- und Fahrzeugbaus	3,0	2,2
Buchhalter, männlich	4,9	4,1
weiblich	11,5	7,4

### Zusammenfassung

Im ersten Teil<sup>7</sup> dieses Aufsatzes wurden nach einer Darstellung der Methode, die der Berufszählung 1970 zugrunde liegt, die Erwerbstätigen nach berufs- und wirtschaftssystematischen Gesichtspunkten untersucht. Als Maßstab für die berufliche Vielfalt ausgewählter Wirtschaftsgruppen wurde die durchschnittliche Zahl der Erwerbstätigen pro Berufsordnung  $\left( \frac{\text{Erwerbstätige einer Wirtschaftsgruppe}}{\text{Anzahl der vorkommenden Berufsordnungen}} \right)$  angesehen. Dabei ergab sich, daß die Wirtschaftsgruppen des verarbeitenden Gewerbes ein differenzierteres berufliches Gefüge aufweisen als andere Wirtschaftsgruppen. Dagegen ergab die Untersuchung der Frage, in wie vielen Wirtschaftsgruppen bestimmte Berufe vorkommen, Anhaltspunkte über die Einsatzmöglichkeiten der jeweiligen Berufszugehörigen. Obwohl aus methodischen Gründen Berufsordnungen nur in den Wirtschaftsabteilungen gewertet werden, in denen sie mindestens 1 000 Berufsangehörige stellten, bildete sich eine beachtliche Spannweite, die sich von Berufsordnungen wie Maurer und Bankfachleute, die nur in einer Wirtschaftsabteilung auftreten, bis zur Berufsordnung der Bürofachkräfte erstreckt, die in der geforderten Anzahl in acht der zehn Wirtschaftsabteilungen zu finden sind.

Der zweite Teil<sup>8</sup> beschäftigte sich mit einem Vergleich der Ergebnisse der Zählungsjahre 1961 und 1970. Die Abnahmen vor allem bei den landwirtschaftlichen Berufen wurden weitgehend durch gestiegene Erwerbstätigenzahlen in den technischen und Dienstleistungs-

7) erschienen im Juni-Heft 1975 dieser Zeitschrift

8) erschienen im August-Heft 1975 dieser Zeitschrift

# STEUEREINNAHMEN UND STEUERAUFKOMMEN IN SCHLESWIG-HOLSTEIN 1970 - 1975

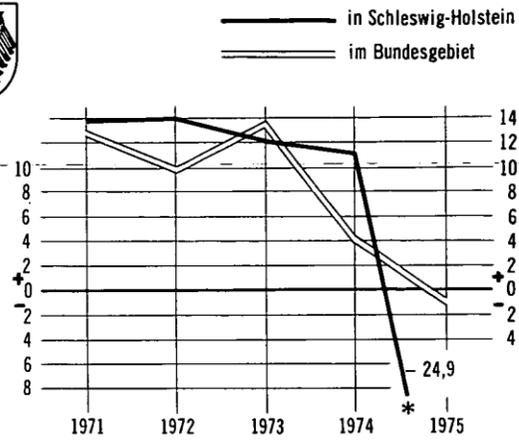
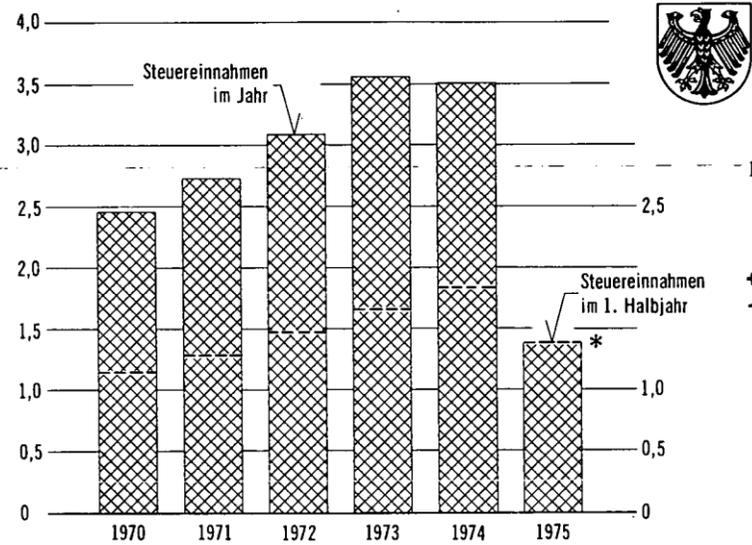
IN MILLIARDEN DM

VERÄNDERUNG IN %  
(jeweils 1. Halbjahre)

IN MILLIONEN DM

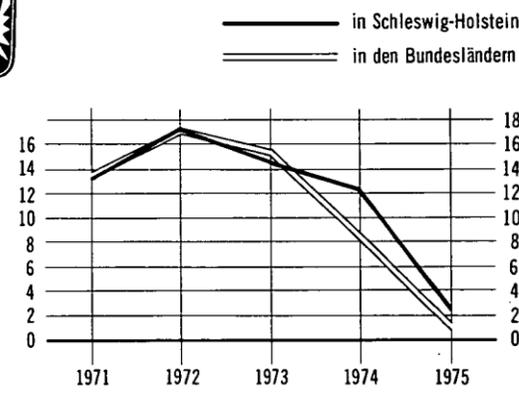
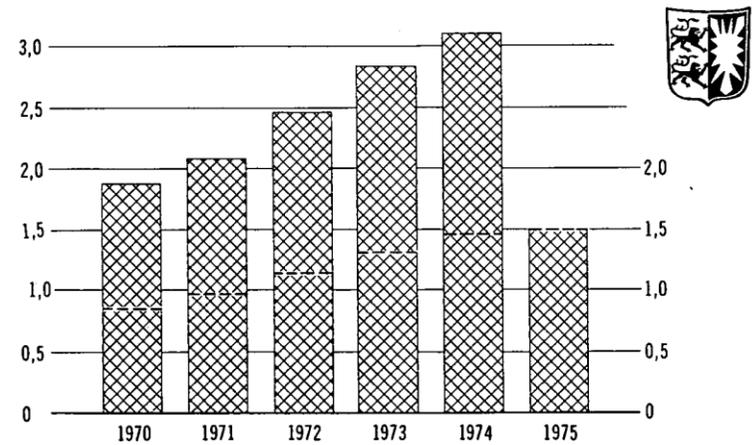
VERÄNDERUNG IN %  
(jeweils 1. Halbjahre)

Steuereinnahmen des Bundes

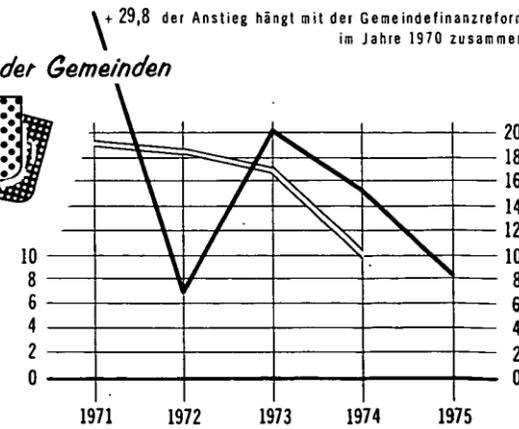
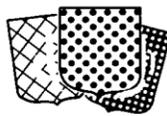
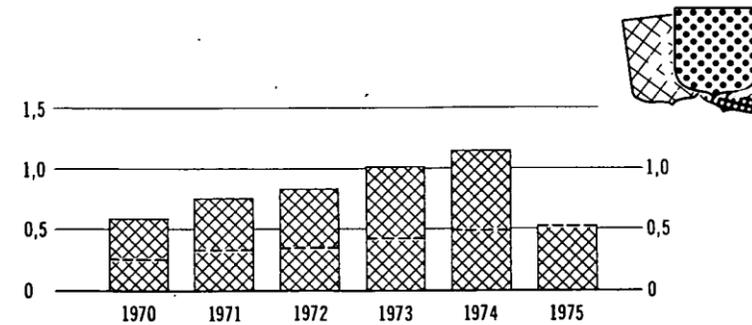


\* der Rückgang ist vor allem durch die Verlegung der Steuereinzugsstelle für eine Verbrauchssteuer in ein anderes Bundesland bedingt

Steuereinnahmen des Landes

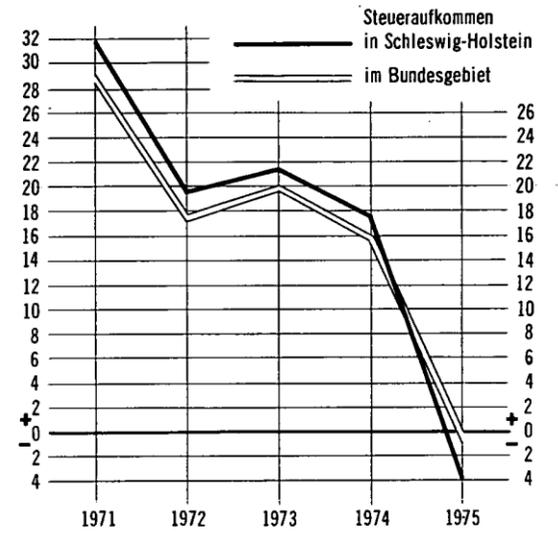
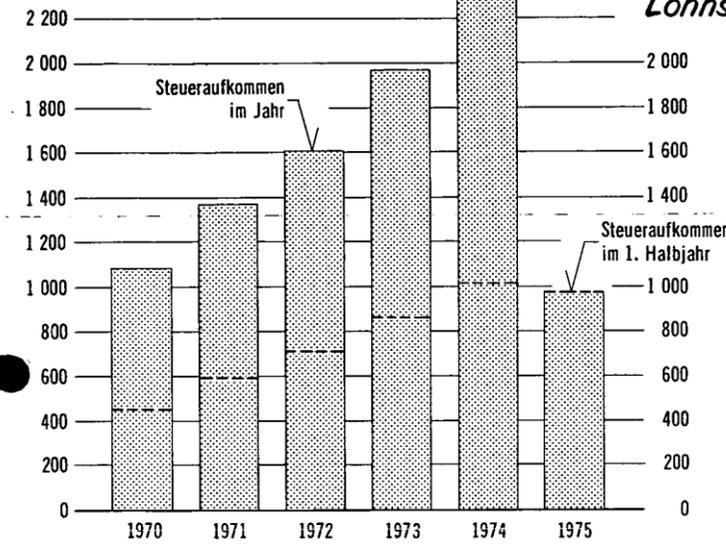


Steuereinnahmen der Gemeinden

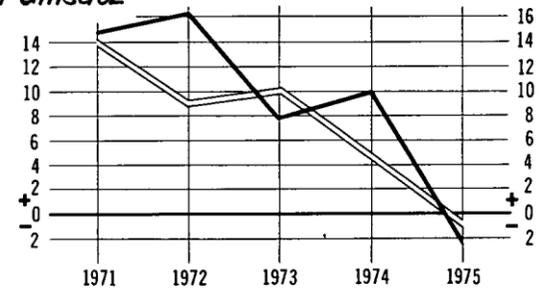
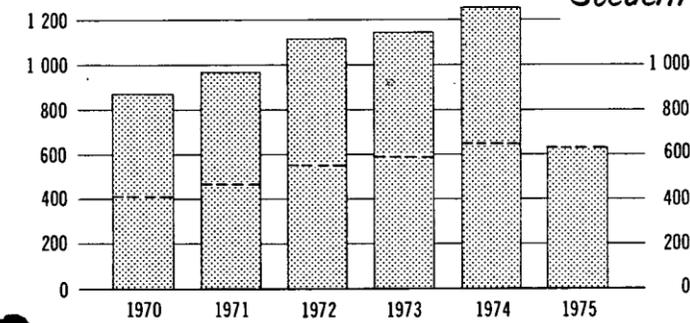


\* +29,8 der Anstieg hängt mit der Gemeindefinanzreform im Jahre 1970 zusammen

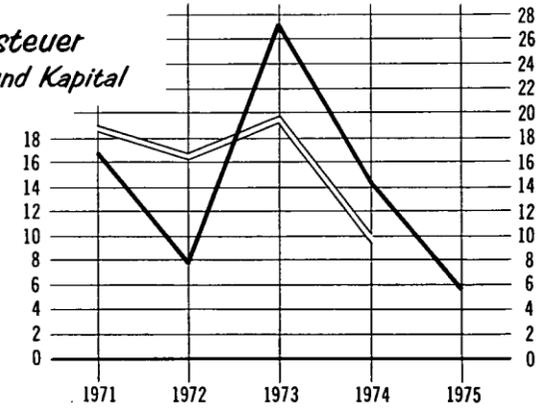
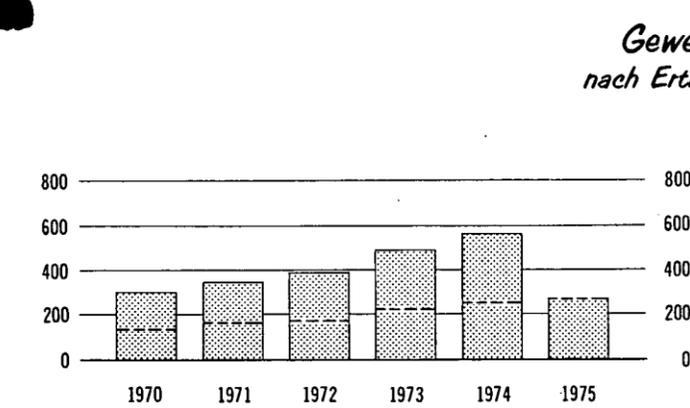
Lohnsteuer



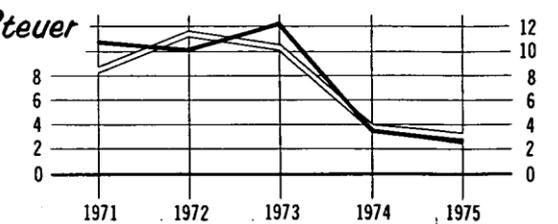
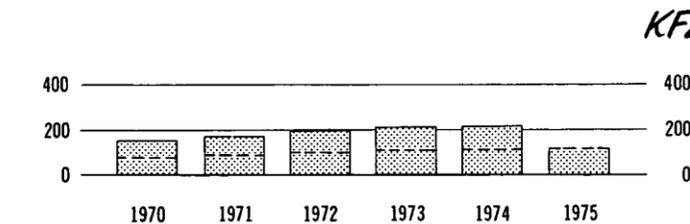
Steuern vom Umsatz



Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital



KFZ-Steuer



berufen ausgeglichen. Innerhalb der Berufsbereiche ergeben die Veränderungen in den einzelnen Berufsgruppen mit vielen heftigen Einzelbewegungen ein uneinheitliches Bild. Viele Gruppen der Fertigungsberufe haben sich in Anlehnung an ihre korrespondierenden Wirtschaftsgruppen entwickelt, andere wiederum nicht. Der letztgenannte Fall kann dann auf andere Berufsgruppen zurückzuführen sein, die das Bild einer Wirtschaftsgruppe entscheidend beeinflusst haben. Wenn z. B. die Erwerbstätigen in der chemischen Industrie um 25% gestiegen sind, die Chemiebetriebswerker und -laborwerker um 12% gesunken sind, haben sich andere Berufe hier entsprechend ausgebreitet. In den Dienstleistungsberufen, dem größten Berufsbereich, schwanken die Veränderungsdaten von - 57% bei der Berufsgruppe der hauswirtschaftlichen Betreuer bis + 110% bei den Sprechstundenhilfen.

Die Beliebtheit der Dienstleistungsberufe bei den weiblichen Erwerbstätigen ist seit 1961 weiter gestiegen. Während damals von 100 Frauen 56 in einem Dienstleistungsberuf arbeiteten, waren es 1970 bereits 70. Diese Zahlen deuten schon an, daß sich die Frauenbeschäftigung auf verhältnismäßig wenige Berufe konzentriert: 65% der Frauen arbeiten in nur acht, 88% in nur zwanzig der 86 Berufsgruppen.

Aufschlußreiche Formationen ergab eine grafische Darstellung des Altersaufbaus der männlichen Angehörigen vor allem in den technischen und landwirtschaftlichen Berufen. Beide Berufsbereiche sind durch dünne Besetzung der unteren Altersklassen gekennzeichnet, die im Falle des Berufsbereichs Technik vor allem durch lange Ausbildungszeiten bedingt ist, im Falle der Landwirtschaft dagegen auf ein stark verringertes Nachrücken des Berufsnachwuchses schließen läßt. Der Altersaufbau der weiblichen Erwerbstätigen mit landwirtschaftlichem Beruf weist aus dem gleichen Grunde ähnliche Lücken auf, während die Nachfrage vorwiegend nach weiblichen technischen Sonderfachkräften zu einem gewaltigen Anwachsen des Berufsbereichs Technik geführt hat.

Unter den Berufen mit einem besonders hohen Anteil an Erwerbstätigen unter 25 Jahren sind selbstverständlich vor allem "Lehrlingsberufe" vertreten, aber auch solche, die offensichtlich vom Nachwuchs für attraktiv gehalten werden und für die die öffentlichen und privaten Arbeitgeber Arbeitsplätze in entsprechendem Umfang anbieten. Dagegen sind die Berufsgruppen mit einem hohen Anteil an über 49 Jahre alten Erwerbspersonen entweder in schrumpfenden und stagnierenden Branchen zu finden oder es handelt sich um solche, für die ein besonders langer Ausbildungsweg

vorgeschrieben ist, oder es sind Berufe, in denen eine Erwerbstätigkeit über das 65. Lebensjahr hinaus üblich ist.

Der dritte Teil beginnt mit einer vergleichenden Beschreibung der Berufsstruktur im Bund und in Schleswig-Holstein. Das berufliche Gefüge unterscheidet sich vor allem im Bereich der Fertigungs- und Dienstleistungsberufe. Infolge der stärkeren Industrialisierung haben im Bundesdurchschnitt vor allem die Berufsgruppen ein stärkeres Gewicht, die von Seiten der Industrie nachgefragt werden. Allerdings ist die Entwicklung der Fertigungsberufe seit 1961 weitaus schwächer als in Schleswig-Holstein gewesen und hat mit dazu beigetragen, daß die Zahl der deutschen Erwerbstätigen um insgesamt 6% zurückgegangen ist, in Schleswig-Holstein dagegen etwa konstant geblieben ist.

Unterschiede im Altersaufbau ergaben sich nur im Berufsbereich Landwirtschaft, der sich im Bund bereits seit 1961 deutlicher abgeschwächt hat als im Land. Die höhere Frauenerwerbstätigkeit im Bund bewirkte vor allem höhere Frauenbeschäftigungsquoten in den Berufsbereichen Dienstleistungen und Landwirtschaft. Hinsichtlich des Merkmals "höchster Schulabschluß" ergab sich für Schleswig-Holstein das günstigere Bild infolge eines geringeren Anteils an Erwerbstätigen mit Abschluß einer Volksschule und höheren Anteilen bei den Abschlüssen an Realschulen und Berufsfach-/Fachschulen. Bei einer Gliederung der Berufstätigen nach sozialen Gruppen zeigte sich, daß in Schleswig-Holstein anteilmäßig vor allem mehr Selbständige in der Landwirtschaft und Beamte (Soldaten), aber weniger Arbeiter vorhanden sind.

Der letzte Abschnitt des dritten Teils befaßt sich schließlich mit den Berufstätigen, die einen anderen als den erlernten Beruf ausgeübt haben, und kommt zum Ergebnis, daß Berufswechsler

- . besonders häufig bei Handelsvertretern, Beamten und Angestellten vorkommen und
- . im Durchschnitt eine bessere Ausbildung als die übrigen Erwerbstätigen haben. Das gilt besonders für den weiblichen Berufswechsler.

In den Berufen, zu denen besondere Ausbildungsvorschriften den Zugang erschweren, ist der Anteil der Berufswechsler besonders klein. Hoch ist er dagegen unter anderem in solchen Berufen, wo Kenntnisse in vorgelagerten Berufen erwünscht oder gar erforderlich sind, ferner häufig in solchen Berufen, die keine eigene Ausbildungsordnung besitzen.

Jörg Rüdel

# Der grenzüberschreitende Reiseverkehr 1965 bis 1974

Unter dem grenzüberschreitenden Reiseverkehr versteht man den Reiseverkehr über die Auslandsgrenzen der Bundesrepublik Deutschland hinweg. Zu den Auslandsgrenzen gehören auf schleswig-holsteinischem Boden die deutsch-dänische Grenze sowie die sogenannten nassen Grenzen in Nord- und Ostsee. Demgegenüber wird die Grenze zur Deutschen Demokratischen Republik nicht als Auslandsgrenze gerechnet, da die DDR aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland völkerrechtlich kein Ausland ist. Demzufolge gehört der Reiseverkehr über die Grenze zur DDR auch nicht zum grenzüberschreitenden Reiseverkehr. Hierüber wird jedoch noch in einem der folgenden Monatshefte berichtet werden, und zwar im Rahmen eines Aufsatzes über den Verkehr zwischen Schleswig-Holstein und der DDR.

Der grenzüberschreitende Reiseverkehr wird aufgrund einer vom Bundesminister des Innern im Jahre 1954 erlassenen Dienstanweisung und eines ergänzenden Erlasses aus dem Jahre 1956 statistisch erfaßt. Gezählt werden die aus dem Ausland einreisenden Personen, im Verkehr über die Seehäfen auch die ausreisenden Personen. Zum Reiseverkehr werden alle Personen gerechnet, die beim Grenzübertritt einen Paß oder einen Personalausweis bei sich führen müssen. Dazu zählen auch Lkw-Fahrer und -Beifahrer, jedoch nicht das Dienstpersonal von Bussen und Eisenbahnen sowie die Besatzungen von Schiffen. Personen, die mit einer Grenzkarte, einem Ausflugschein oder mit einem sonstigen Ausweis die Grenze passieren dürfen, werden demgegenüber dem Grenzverkehr zugerechnet. Es handelt sich hierbei um Bewohner grenznaher Gemeinden, für die besondere Übergangsstellen eingerichtet wurden, um ihnen den Besuch von Verwandten oder Bekannten und den Zugang zu ihren Grundstücken jenseits der Grenze zu erleichtern. Der Grenzverkehr läßt sich nicht genau ermitteln, da die Übergangsstellen nur gelegentlich kontrolliert werden. Für 1974 schätzte der Bundesgrenzschutz in Schleswig-Holstein die Zahl der Grenzüberschreitungen im Rahmen des Grenzverkehrs auf 3 000.

Die Statistik des grenzüberschreitenden Reiseverkehrs wird durch die Statistik des grenzüberschreitenden Verkehrs mit Kraftfahrzeugen ergänzt. Sie geht auf Vereinbarungen zwischen den Bundesministern für Verkehr und für Finanzen zurück. Erfaßt wird der grenzüberschreitende Güterverkehr, für den mit dem Gesetz über eine Statistik des grenzüberschreitenden Güterkraftverkehrs vom 21. Dezember 1973 jetzt eine neue Rechts-

grundlage geschaffen wurde, sowie die Zahl der ein- und durchgefahrenen Kraftomnibusse, Krafträder, Lastkraftwagen und Personenkraftwagen.

Wie der Reiseverkehr allgemein, so hat auch der Reiseverkehr über die Ländergrenzen hinweg in den vergangenen Jahren weiter an Bedeutung gewonnen. An den Grenzen der Bundesrepublik wurden 1974 insgesamt 357,9 Millionen Einreisen, davon 184,0 Millionen von Deutschen und 173,9 Millionen von Ausländern, gezählt. Gegenüber 1965 ist dies eine Steigerung um genau die Hälfte.

Im Vergleich zum Bundesgebiet ist die Zahl der Einreisen an den Landübergangsstellen der deutsch-dänischen Grenze und über die Seehäfen in den vergangenen Jahren weit stärker angewachsen. Während 1965 insgesamt 12,4 Millionen Personen einreisten, waren es 1974 21,2 Millionen. Das ist eine Zunahme um 70,6%.

Der Statistik zufolge ist der Anstieg des Reiseverkehrs zwischen 1965 und 1974 bis zum Jahre 1970 allmählich geringer geworden. 1971 wurde sogar noch nicht einmal das Vorjahresergebnis erreicht. Danach setzte sich der Aufwärtstrend zwar zunächst weiter fort, doch folgte 1974 wieder ein Rückgang, der vermutlich auf die wirtschaftliche Krise im In- und Ausland zurückzuführen ist.

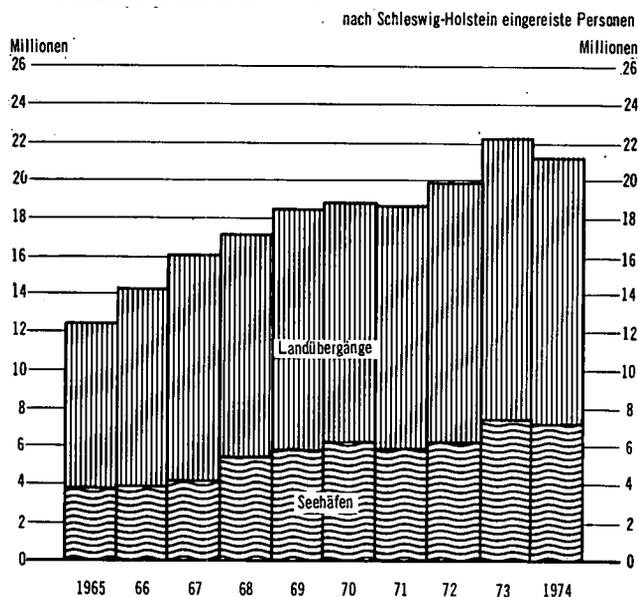
Die Zahl der Einreisen hat sowohl über die Häfen als auch über die Landgrenzstellen zugenommen, doch war der prozentuale Anstieg unterschiedlich hoch. Während nämlich über die Häfen des Landes 1974 etwa doppelt so viele Einreisen wie 1965 beobachtet wurden, waren es an der deutsch-dänischen Grenze etwa 60% mehr. Diese unterschiedliche Entwicklung hat natürlich auch das Verhältnis zwischen den Einreisen über die Häfen und über Land zugunsten des Seeverkehrs verschoben. Im vergangenen Jahr betrug dieses Verhältnis 1 : 2.

Der über die deutsch-dänische Grenze und über die Seehäfen nach Schleswig-Holstein rollende Kraftfahrzeugverkehr ist in den vergangenen zehn Jahren ebenfalls kräftig angestiegen. Während 1965 insgesamt 2,4 Millionen Kraftfahrzeuge die Landesgrenzen passierten, wurden 1974 4,1 Millionen Fahrzeuge registriert. Davon entfielen auf die Kontrollstellen an der deutsch-dänischen Grenze 85,6%. Der Rest entfiel auf die Seehäfen.

Setzt man die Zahl der Einreisen und die Zahl der registrierten Kraftfahrzeuge zu-

## D - 4716 Der grenzüberschreitende Reiseverkehr

Ober die deutsch-dänische Grenze und die Seehäfen



einander in Beziehung, läßt sich angeben, wie viele Personen als Fußgänger die Grenze passiert haben und wie viele Personen mit einem Verkehrsmittel über die Grenze eingereist sind.

Die Landgrenze zwischen Dänemark und der Bundesrepublik kann mit Hilfe der unterschiedlichsten Verkehrsmittel passiert werden. Exakt lassen sich jedoch nur der Eisenbahn- und der Busverkehr wiedergeben. Welche Größenordnung die übrigen Verkehrsformen erreichen, läßt sich nur schätzen.

Mit der Eisenbahn reisten im vergangenen Jahr über die deutsch-dänische Grenze 171 000 Personen ein. Das sind etwa 1% der Personen, die an der nördlichsten Bundesgrenze registriert wurden. Die Kraftomnibusse beförderten im gleichen Zeitraum 646 000 Personen. Das ist ein Anteil von rund 5%. Je Bus wurden 23 Personen befördert. Auf Krafträdern fuhren etwa 38 000 Personen - 1,5 Personen je Kraftrad - über die Grenze in Richtung Süden. Die Zahl der Lkw-Fahrer und -Beifahrer, die ebenfalls in der Zahl der eingereisten Personen enthalten ist, belief sich auf 431 000 (je Lkw zwei Personen).

Zieht man die angegebenen Personenzahlen von der Gesamtzahl der Einreisen ab, bleiben noch 12,6 Millionen Personen übrig, die auf die restlichen Verkehrsformen aufzuteilen sind. Hierbei geht man zweckmäßigerweise zunächst von der Zahl der registrierten Kraftfahrzeuge aus. 1974 überquerten insgesamt 3,5 Millionen Kraftfahrzeuge die deutsch-dänische Grenze. Darunter waren rund 3,3 Millionen Personenkraftwagen. Unterstellt man, daß jeder Pkw mit durchschnittlich

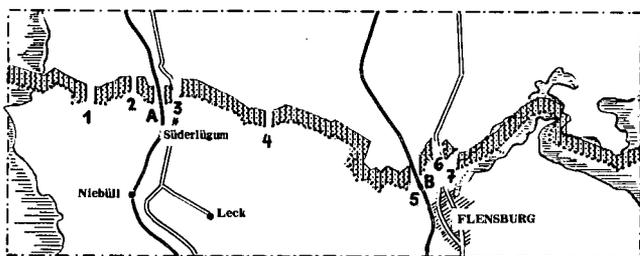
drei Personen besetzt war, dann fuhren 1974 etwa 9,8 Millionen Personen mit dem Pkw über die Grenze. Folglich sind 2,8 Millionen - 1965: 1,8 Millionen - Personen als Fußgänger, als Rad- oder Mopedfahrer eingereist, wobei die Mehrzahl der Fußgänger mit einem Bus bis dicht an die Grenze herangefahren sein dürfte, um dann jenseits der Grenze die Fahrt mit einem anderen Bus fortzusetzen.

Der wichtigste Grenzübergang überhaupt ist Kupfermühle am östlichen Ende der deutsch-dänischen Grenze. Über die Hälfte des landgebundenen Verkehrs führt über diese Kontrollstelle. In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Zahl der Einreisen über Kupfermühle nahezu verdoppelt. Im vergangenen Jahr wurden 8,2 Millionen Einreisen gezählt. Im jahreszeitlichen Verlauf gehört Kupfermühle zu den Übergängen mit Saisoncharakter. Auf die Hauptmonate Juli und August entfielen 1974 nahezu ein Drittel aller Einreisen. Typisch für alle Übergänge ist der leichte Anstieg des Reiseverkehrs im Monat Dezember. Die Erläuterung hierfür bilden die vielen Weihnachtseinkäufe von Dänen und Deutschen im Nachbarland.

Kupfermühle gehört zu den sogenannten primären Übergängen. Das sind Übergänge, die allen Nationalitäten offenstehen. Außer Kupfermühle gehören dazu noch Harrislee, Böglum, Rosenkranz und Wassersleben (Schusterkate). Im Unterschied zu den erwähnten Übergängen sind alle übrigen Straßenübergänge nur für bestimmte Personengruppen geöffnet. Der Bundesgrenzschutz unterscheidet dabei noch einmal nach sekundären und tertiären Übergängen. Zur ersten Gruppe gehören Neupepersmark und Aventoft. Dort dürfen nur Deutsche und Dänen die Grenze passieren. An den tertiären Übergängen, zu denen z. B. Ellund gehört, ist der Personenkreis noch weiter eingeschränkt. Diese Grenzübergänge dürfen nur von Personen passiert werden, die nicht weiter als 5 km von der Grenze entfernt wohnen. Die Grenzüberschreitungen dieses Personenkreises bilden den eingangs erwähnten Grenzverkehr.

Neben Übergängen mit ausgeprägten Saisoninflüssen gibt es welche, die das ganze Jahr über wesentlich gleichmäßiger belastet werden. Dazu gehört Harrislee, nach Kupfermühle früher der wichtigste Übergang an der deutsch-dänischen Grenze, mittlerweile aber von Böglum überrundet. Allerdings stagniert die Zahl der Einreisen über Harrislee schon seit geraumer Zeit. Mit 1,7 Millionen Einreisen im Jahr 1974 lag sie sogar noch um 200 000 unter der von 1965. Daß der Verkehr über Harrislee nicht weiter gewachsen ist, obwohl in den Sommermonaten am Übergang Kupfermühle lange

## Grenzübergangsstellen an der deutsch-dänischen Grenze



- |              |                 |                   |
|--------------|-----------------|-------------------|
| 1 Rosenkranz | 4 Neupepersmark | 7 Wassersleben    |
| 2 Aventoft   | 5 Harrislee     | A Süderlügum Bhf. |
| 3 Böglum     | 6 Kupfermühle   | B Flensburg Bhf.  |

D - 4717

Wartezeiten in Kauf genommen werden müssen, ist wohl hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß Harrislee an einer Nebenstrecke liegt. Sie führt den Ortsunkundigen nicht so sicher zum Ziel wie die Europastraße 3, in deren Verlauf Kupfermühle liegt. Darüber hinaus fehlt auf dänischer Seite noch immer eine durchgehende Verbindung zurück zur Europastraße 3. Man fährt jetzt aus Richtung Norden zunächst eine Weile parallel zur Grenze, ehe man nach Süden abbiegen kann. Dadurch verliert man Zeit, die man nur zum Teil durch zügigere Durchfahrt am Übergang Harrislee aufholen kann. In der Hauptreisezeit wird zwar der Kraftfahrzeugverkehr im Bedarfsfall über Harrislee zwangsumgeleitet, jedoch immer noch nur für kurze Zeit, da Harrislee nur eine begrenzte Aufnahmekapazität hat.

Neben der Europastraße 3 gibt es noch eine zweite durchgehende Straßenverbindung zwischen Dänemark und der Bundesrepublik in Nord-Süd-Richtung. Sie schneidet die deutsch-dänische Grenze bei Böglum. Dort reisten im vergangenen Jahr 1,4 Millionen Personen ein, das sind rund 9,2% mehr als 1965. Der Reiseverkehr über Böglum ist bis Mitte der sechziger Jahre erheblich angewachsen. Dann wird der Aufschwung schwächer. Von 1967 bis 1973 schwankt die Zahl der Einreisen zwischen 1,9 Millionen und 2,5 Millionen, ohne daß ein Trend in die eine oder andere Richtung erkennbar wird. Das Ergebnis von 1974 paßt eigentlich nicht so recht in das bisherige Bild, denn gegenüber 1973 wurden rund 800 000 Einreisen weniger gezählt. Die zunehmende Verteuerung der Waren in Dänemark und das schlechte Wetter im vergangenen Sommer können den Rückgang nur teilweise erklären, zumal an den übrigen Übergängen ein derartiger Bruch in der Entwicklung nicht zu verzeichnen war. Es müssen in Böglum noch Sonderinflüsse wirksam gewesen sein. Ein weiterer Grund

für den Rückgang des Reiseverkehrs über Böglum dürften die günstigeren Einkaufsmöglichkeiten bei Rosenkranz und Aventoft unmittelbar südlich der Grenznähe sein. Möglicherweise ist aber auch das Zählverfahren in Böglum geändert worden. Da dies nur eine Vermutung ist, werden die Zahlen der Einreisen über Böglum der bisherigen Entwicklung nicht angeglichen.

Wenn man die Strecke über Böglum wählt, kommt man durch eine Reihe kleinerer Orte, wie Süderlügum oder Braderup. Sie verhindern ein zügiges Vorankommen auf der Bundesstraße 5. Aus diesem Grunde geht ein großer Teil des Reiseverkehrs über die Grenze bei Aventoft. Dieser Ort westlich von Böglum ist aus Richtung Süden über mehrere Nebenstraßen zu erreichen, die von der Bundesstraße 5 abgehen. Daß von der Möglichkeit, die Grenze bei Aventoft zu passieren, in der letzten Zeit häufig Gebrauch gemacht wurde, zeigt sich am Umfang des dortigen Reiseverkehrs, der 1974 mit 1,4 Millionen Einreisen den bisher höchsten Stand erreichte.

Sowohl Böglum als auch Aventoft haben in den Sommermonaten Hochkonjunktur. Während jedoch in Böglum auf die Monate Juni bis August ungefähr 40% der Einreisen entfallen, sind es in Aventoft nur 30%. Dieses deutet wiederum darauf hin, daß die Mehrzahl der ortsunkundigen Touristen lieber auf der Hauptstrecke bleibt, auch wenn dadurch längere Fahrtzeiten in Kauf genommen werden müssen.

Westlich von Aventoft befindet sich der Grenzübergang Rosenkranz. Obwohl er abseits von den Hauptverkehrsadern liegt, passierten ihn im vergangenen Jahr immerhin noch 650 000 Personen aus Richtung Dänemark. Seine Bedeutung verdankt er unter anderem der Fährverbindung zwischen den Inseln Rømø und Sylt. Dieser Weg nach Sylt wird vor allem von Urlaubern gewählt, die ihren Wagen auf die Insel mitnehmen wollen. Doch sind auf dieser Schiffsroute nicht nur Urlauber, sondern auch Tagesausflügler anzutreffen. Sie verbinden ihren Ausflug zur Insel Sylt mit einem günstigen Einkauf von Reiseproviant an Bord der Fährschiffe. Der Wagen wird meistens auf der Insel Rømø zurückgelassen. Die Fähre nach Sylt benutzten 1974 insgesamt 321 000 Personen. In List/Sylt wurden außerdem 56 000 Personenkraftwagen, 700 Busse, 500 Krafträder und 2 600 Lastkraftwagen ausgeladen.

Die unbedeutendste Grenzzollstelle für den Straßenverkehr ist Neupepersmark. Dieser Ort liegt etwa auf der Hälfte der Strecke von Flensburg zur Nordseeküste. Der verhältnismäßig geringe Umfang des Reise-

verkehrs ist einmal auf das Fehlen eines durchgehenden Nord-Süd-Verkehrsweges zurückzuführen. Zum anderen ist dieser Grenzübergang nur für Deutsche und Dänen geöffnet. So ist zu verstehen, daß 1974 über Neupepersmark nur 391 000 Personen einreisten. In Neupepersmark verteilt sich die Zahl der Einreisen fast gleichmäßig über das ganze Jahr. Nur im Juli und August wird der Grenzübergang stärker beansprucht.

Im grenzüberschreitenden Reiseverkehr spielt die Eisenbahn keine große Rolle mehr. Während 1952 fast jeder Dritte mit der Eisenbahn über die deutsch-dänische Grenze kam, war es 1974 nur noch 1%. Damals wurden allerdings auch nur 976 000 Einreisen gezählt. In den vergangenen Jahren hat die Zahl der Eisenbahnbenutzer wieder leicht zugenommen. So sind 1974 über Flensburg 166 000 Personen eingereist, 53 000 mehr als 1968. Auf der westlichen Eisenbahnlinie hat der Reiseverkehr dagegen noch weiter abgenommen. Während 1965 insgesamt 19 000 Personen vom Grenzbahnhof Süderlügum gemeldet wurden, kamen 1974 dort nur noch 4 000 Personen mit der Eisenbahn über die Grenze.

Der Verkehr über die Seehäfen ist in den vergangenen zehn Jahren kräftig gestiegen. Maßgeblichen Anteil hieran hatten die sogenannten Butterfahrten nach Dänemark. Ihre Attraktivität verdanken sie vor allem der Tatsache, daß bei Fahrten über See bestimmte Waren innerhalb bestimmter Mengen- und Wertgrenzen abgabenfrei, d. h. zoll- und verbrauchssteuerfrei ins Inland eingeführt werden dürfen.

Die zollfreie Einfuhr von Waren aus dem Ausland war innerhalb gewisser Grenzen schon seit längerer Zeit möglich. Auch bevor Dänemark der EG angehörte, konnte man dort z. B. Butter und Dieseltreibstoff günstig einkaufen und in begrenzten Mengen unverzollt nach Schleswig-Holstein einführen.

Obwohl im Handel zwischen den Gründerstaaten der EG seit 1968 keine Zölle mehr erhoben werden, können Konsumgüter weiterhin nur in begrenztem Umfang abgabenfrei ins Inland mitgebracht werden. Der Grund hierfür sind die unterschiedlichen Wirtschafts- und Sozialstrukturen in den einzelnen Partnerländern, die nur in einem langwierigen Prozeß aufeinander abgestimmt werden können.

Selbstverständlich kann eine Privatperson auch andere Waren als sogenannte Reisemitbringsel oder auch mehr, als im Rahmen des Reiseverkehrs unter Abgabenbefreiung zulässig ist, einführen. Solche Waren werden dann eben wie normale Einfuhren behandelt mit der Folge, daß die Eingangsabgaben zu entrichten

sind (z. Z. ermäßigte Zölle oder zollähnliche Abgaben, daneben Einfuhrumsatzsteuer und ggf. sonstige Verbrauchsteuern). Dadurch werden unerwünschte Wettbewerbsverzerrungen im innergemeinschaftlichen Handel vermieden. Auf die Erhebung der Eingangsabgaben ist es in diesen Fällen ohne Einfluß, ob die Waren in dem Exportland von Abgaben entlastet worden sind oder nicht.

Dänemark, Großbritannien und Irland sind erst vor kurzem in die EG aufgenommen worden. Daher werden im Handel zwischen diesen drei Staaten und den Kernländern der EG auch weiterhin Zölle erhoben, die aber schrittweise abgebaut werden. Voraussichtlich im Jahre 1977 werden innerhalb der EG alle Zölle abgebaut sein. Es gibt dann nur noch den gemeinsamen Außenzoll der EG.

Der große Unterschied zwischen einem Einkauf in Dänemark und einem Einkauf auf einem gewerblich eingesetzten Ausflugsschiff besteht nur darin, daß der Warenpreis der in Dänemark gekauften Artikel die dort üblichen Verbrauchsteuern enthält, während auf dem Schiff keine Verbrauchsteuern erhoben werden. Allerdings werden die Preise der auf den Schiffen verkauften Waren in der Regel nicht um den auf dem Festland zu zahlenden Steuerbetrag gesenkt. Vielmehr wird die Steuerersparnis nur z. T. an den Konsumenten weitergegeben, wobei die Preise im allgemeinen so festgesetzt werden, daß immer noch ein Anreiz besteht, an der Seereise teilzunehmen.

Der Hauptanteil der Steuerersparnis fließt der Reederei oder den Schiffseignern zu, doch sollten daraus keine voreiligen Schlüsse gezogen werden, denn erst diese Gewinne ermöglichen den Reedern die Durchführung der Ausflugsfahrten zu annehmbaren Preisen. Die Betriebskosten sind nämlich im allgemeinen höher als die Einnahmen aus der Beförderung der Passagiere, so daß ohne die Möglichkeit weiterer Einnahmen die Reedereien ihren Schiffsbetrieb bald einstellen müßten.

Von einer Ausflugsfahrt auf die hohe See hinaus können Reisende mit Wohnsitz in Europa unter der Voraussetzung, daß in einem dänischen Hafen festgemacht wurde oder die Fahrt außerhalb des deutschen Zollgebiets mindestens acht Stunden dauerte, z. Z. folgende Waren als sogenannte Reisemitbringsel abgabenfrei einführen:

- |                          |   |
|--------------------------|---|
| 1. Tabakwaren            | = 200 Zigaretten  |
| 2. alkoholische Getränke | = 1 l destillierte Getränke oder Spirituosen mit einem Weingeistgehalt von mehr als 22° |
| 3. Parfums               | = 50 g  |
| 4. Toilettenwasser       | = 0,25 l  |

5. Tee = 100 g  
 6. Kaffee = 250 g  
 7. andere Waren bis zu einem Warenwert von 100 DM.

Die Wert- und Mengengrenzen sind niedriger als bei der Einfuhr aus dem freien Verkehr eines Mitgliedstaates der EG, aber höher als im Grenzverkehr.

Anstelle von 200 Zigaretten können auch 100 Zigarillos oder 50 Zigarren oder 250 g Rauchtobak eingeführt werden. Auch bei alkoholischen Getränken, bei Kaffee und Tee können die Reisenden zwischen verschiedenen Arten und Mengen wählen, wohingegen beim Einkauf von Parfums und Toilettenwasser nur zwischen verschiedenen Marken gewählt werden kann.

Das soeben beschriebene Warenpaket wird auch als große Transitation bezeichnet. Sie kann nur unter bestimmten Voraussetzungen beansprucht werden. Dazu gehört, daß das Ausflugsschiff von der hohen See kommt, worunter das Seegebiet außerhalb der Drei-Meilenzone, d. h. außerhalb der Küstengewässer zu verstehen ist. Zu beachten ist, daß das Schiff von der hohen See kommen muß. Es genügt also nicht, daß es die hohe See befahren hat. Praktische Bedeutung hat diese Bestimmung allerdings nur für Ausflugsfahrten mit Ausgangspunkt in der Flensburger Förde. Führt z. B. eine Ausflugsfahrt von Glücksburg nach Sønderborg zunächst über die hohe See, zurück aber durch die deutschen Küstengewässer, kann die große Transitation nicht beansprucht werden. Die Reihenfolge der Fahrtabschnitte ist also genau zu beachten.

Im Bereich der Kieler Förde beginnt die hohe See seewärts des Leuchtturms in der Kieler Außenförde. Das Zollgebiet endet dagegen schon hinter der Linie Bülk/Stein, so daß auf der Fahrt zum Leuchtturm hinaus eine der Voraussetzungen für die abgabefreie Einfuhr automatisch erfüllt wird. Über die Höhe der abgabefreien Einfuhr entscheidet dann nur noch die Dauer des Aufenthalts außerhalb des Zollgebiets.

Weitere Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der großen Transitation ist, daß das Schiff zuletzt aus einem ausländischen Hafen ausgelaufen ist oder sich mindestens acht Stunden außerhalb des Zollgebiets befunden hat. Kommt es zwar von der hohen See, jedoch nicht aus einem ausländischen Hafen und war es weniger als acht Stunden außerhalb des Zollgebiets unterwegs, darf die kleine Transitation abgegeben werden. Wie schon der Name sagt, sind die Wert- und Mengengrenzen enger gesteckt als bei der großen Transitation. So können im Rahmen der kleinen Transitation zum Beispiel nur

40 Zigaretten (keine Spirituosen!) abgabefrei eingeführt werden.

Ausflugsfahrten auf die Ostsee hinaus werden von zahlreichen Häfen und Anlegebrücken des Landes aus gestartet. Soweit sie einen ausländischen Hafen, in der Regel einen dänischen Hafen, zum Ziel haben, werden sie statistisch erfaßt, wobei allerdings nur die Seehäfen beobachtet werden, die im Verlauf des Jahres 1972 auf 100 000 und mehr Ein- oder Ausreisen im gesamten grenzüberschreitenden Reiseverkehr gekommen sind. Erfaßt werden die Fahrten auch nur dann, wenn die Passagiere die Möglichkeit hatten, das Schiff im ausländischen Hafen zu verlassen. Ob sie dies tun, spielt dagegen keine Rolle.

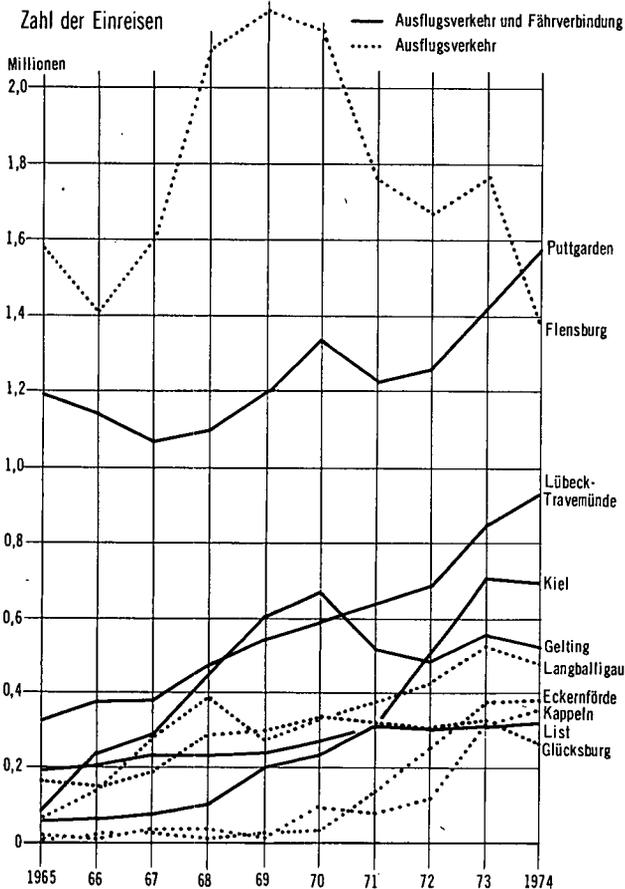
Charakteristisch für den Ausflugsverkehr ist, daß die Reise noch am selben Tag wieder an den Ausgangspunkt zurückführt. Darin unterscheidet sich der Ausflugsverkehr vom eigentlichen Reiseverkehr, der im folgenden als Urlaubsverkehr bezeichnet wird.

Die Zahl der Einreisen im Rahmen des Ausflugsverkehrs läßt sich nicht genau feststellen. Das liegt daran, daß in einigen Häfen des Landes zum Ausflugsverkehr noch der Geschäftsverkehr und der Urlaubsverkehr hinzukommen, die Statistik die verschiedenen Formen des Reiseverkehrs aber nicht getrennt erfassen kann. So ist es z. B. nicht möglich, die Zahl der Einreisen auf der Route Bagenkop/Kiel entsprechend aufzuteilen.

In einigen Orten bestimmt allein der Ausflugsverkehr die Zahl der Einreisen. Zu diesen Orten gehören Glücksburg, Kappeln, Eckernförde und Langballigau. Die meisten Einreisen, nämlich 481 000, wurden 1974 in Langballigau registriert. Dahinter folgten Eckernförde mit 388 000, Kappeln mit 352 000 und Glücksburg mit 275 000 Einreisen. Glücksburg war schon immer ein bevorzugter Ausgangspunkt für Ausflugsfahrten nach Dänemark. Dort wurden 1965 bereits 163 000 Einreisen gezählt. Demgegenüber hat sich der Ausflugsverkehr von Eckernförde und Kappeln aus innerhalb weniger Jahre zu seiner derzeitigen Bedeutung entwickelt. Dazu haben ihm vor allem eine Reihe von Reisebüros und Reiseveranstalter verholfen, die für ihre eintägigen Pauschalreisen nach Dänemark mit der Möglichkeit des verbilligten Wareneinkaufs werben. Das Einzugsgebiet dieser Veranstalter reicht mittlerweile bis nach Nordrhein-Westfalen.

Zusätzliche Impulse erhält die Schifffahrt durch die Urlauber in Schleswig-Holstein, für die die Fahrten auf See (z. B. Angelfahrten) und nach Dänemark eine willkommene Abwechslung sind. Den abgabefreien Einkauf auf den Ausflugsschiffen schätzen aber auch die

## D - 4718 Der grenzüberschreitende Reiseverkehr über Seehäfen



Bewohner Schleswig-Holsteins, insbesondere aus dem Ostseeküstenraum. Ihnen ist es zu verdanken, daß der Ausflugsverkehr auch im Winterhalbjahr aufrechterhalten werden kann. Zwar ist die Nachfrage in der Zeit von Oktober bis März nicht so stark wie im Sommerhalbjahr, die Zahlen können sich jedoch sehen lassen: In Langballigau entfielen 1974 auf die Monate Januar bis März und Oktober bis Dezember immerhin 45% der Einreisen. In den anderen drei Orten lag der Anteil zwischen 36,8% (Glücksburg) und 42,6% (Kappeln). Am geringsten ist die Nachfrage in den Monaten Januar und Dezember. An den Osterfeiertagen herrscht dagegen Hochbetrieb. In Eckernförde und Kappeln wurden 1974 nur in den Monaten Juli und August mehr Einreisen als im März gezählt, was die Bedeutung der Reiseveranstalter für die beiden Orte unterstreicht.

Auch in Flensburg herrscht der Ausflugsverkehr vor. Insgesamt wurden 1974 1,4 Millionen Einreisen gezählt. Damit verzeichnete Flensburg-Hafen hinter Puttgarden die meisten Einreisen. Dieses Ergebnis ist einmal auf das vielfältige Angebot an Ausflugsfahrten nach Dänemark, zum anderen auf den Pendelverkehr zwischen dem

Flensburger Hafen und der Anlegebrücke in Kollund auf dem Nordufer der Förde zurückzuführen. Täglich legt alle 20 Minuten ein Schiff nach Kollund oder nach Flensburg ab. Die Fahrt dauert etwa 20 Minuten.

Kollund ist ein beliebtes Ausflugsziel der Flensburger. Von dort führt ein Wanderweg entlang der Flensburger Förde nach Wassersleben. Bei Schusterkate, jetzt: Wassersleben, überschreitet man die deutsch-dänische Grenze. Dieser Übergang ist allerdings nur an bestimmten Tagen und zu bestimmten Tageszeiten geöffnet. Die Überfahrt nach Kollund ist aber noch aus einem anderen Grunde so beliebt. Auf der Rückfahrt kann man nämlich aufgrund des deutsch-dänischen Grenzabkommens aus dem Jahre 1967, das den Bewohnern grenznaher Gemeinden eine Reihe von Annehmlichkeiten gebracht hat (siehe oben), Tabakwaren und Süßigkeiten in kleinen Mengen abgabenfrei in die Bundesrepublik mitnehmen. Entsprechendes gilt für die Dänen.

Die abgabenfreie Einfuhr von Butter auf der Strecke Flensburg/Kollund sieht das Grenzabkommen nicht vor. Dafür ist es möglich, auf der direkten Fahrt von Flensburg nach Glücksburg 2 kg Butter abgabenfrei einzukaufen. Das Grenzabkommen gilt hier nicht, da nur deutsche Häfen berührt werden.

Die Berechtigung hierzu besteht jedoch nur dann, wenn das Schiff auf der Fahrt nach Glücksburg das deutsche Hoheitsgebiet verläßt oder anders ausgedrückt, wenn es in die dänischen Küstengewässer eindringt. Da die deutsch-dänische Grenze inmitten der Flensburger Förde verläuft, ist diese Bedingung ohne große Zeiteinbuße zu erfüllen. Es genügt, die Okseøer (Ochseninseln) in Höhe von Glücksburg anzusteuern. Da die Schiffe dort nicht anlegen, werden die Fahrten nicht in die Statistik des grenzüberschreitenden Reiseverkehrs einbezogen.

Bevorzugte Ziele der Ausflugsfahrten von Flensburg aus sind neben Kollund die Häfen Søby und Aerøskøbing auf der Insel Aerø. Auf der Fahrt dorthin, die etwa 3 1/2 Stunden dauert, werden die Orte Glücksburg und Langballigau angelaufen, wo weitere Gäste aufgenommen werden.

Von allen Seehäfen des Landes verzeichnete Puttgarden im vergangenen Jahr den stärksten Reiseverkehr. Insgesamt wurden 1,6 Millionen Einreisen registriert. Das ist etwa ein Drittel mehr als 1965. Puttgarden unterscheidet sich von den bisher behandelten Häfen und Anlegestellen der Ostsee darin, daß der Ausflugsverkehr eine untergeordnete Rolle spielt. Im Vordergrund stehen der Geschäfts- und Urlaubsverkehr sowie der Güterverkehr, der

hier aber nicht behandelt wird. Täglich verkehren mehrere Fährschiffe im Pendelverkehr zwischen Puttgarden und Rødbyhavn. Das Besondere an dieser Fährverbindung ist, daß die Fährschiffe neben Kraftfahrzeugen auch Eisenbahnwagen, ja sogar komplette Personenzüge aufnehmen können. Leider liegen keine Angaben darüber vor, wie viele Personen mit der Eisenbahn und wie viele mit einem Kraftfahrzeug über Puttgarden eingereist sind. Daher ist die Bedeutung der einzelnen Verkehrsträger nicht genau zu erfassen. Die anteilige Zahl der Einreisen läßt sich aber schätzen. Geht man dabei wie im Fall des grenzüberschreitenden Reiseverkehrs über die deutsch-dänische Grenze vor, kommt man auf 686 000 Eisenbahnreisende. Das entspricht einem Anteil von etwa 40%. Mit dem Pkw reisten schätzungsweise 660 000 Personen ein. 183 000 Personen (36 je Bus) wurden dem Busverkehr zugerechnet. Die übrige Zahl der Einreisen verteilt sich auf Lastkraftwagen (48 000) und Krafträder (5 000).

Der Reiseverkehr über Puttgarden unterliegt großen saisonalen Schwankungen. Auf die Monate Juni, Juli und August entfielen im vergangenen Jahr mehr als 50% der Einreisen. Nach dem Höhepunkt im Sommer nimmt der Reiseverkehr bis zum Jahresende erheblich ab. Entsprechend stark ist der Anstieg bis zur Jahresmitte.

In den noch zu behandelnden drei Häfen Lübeck-Travemünde, Kiel und Gelting-Mole spielt der Fährverkehr ebenfalls eine wichtige Rolle. In Lübeck setzt sich die Statistik des grenzüberschreitenden Reiseverkehrs sogar nur aus Einreisen im Fährverkehr zusammen. Es werden zwar auch Einkaufsfahrten durchgeführt, doch berühren sie keinen ausländischen Hafen, da die Fahrt von der Seezollgrenze der Bundesrepublik bis zum nächstgelegenen ausländischen Hafen länger als acht Stunden dauert.

Der Fährverkehr hat sich in Travemünde erheblich ausgedehnt. Während 1965 insgesamt 327 000 Einreisen gezählt wurden, waren es zehn Jahre später 932 000. Von Travemünde gehen Linien nach Dänemark, Schweden, Finnland, Polen (Stettin) und zur Sowjetunion (Leningrad). Die Verbindung nach Leningrad besteht erst seit Mai 1973, der Fährverkehr nach Stettin ist einen Monat später aufgenommen worden. Die meisten Personen reisen aus Schweden ein. Im vergangenen Jahr entfielen auf die Fährverbindung mit Schweden 55,9% aller Einreisen. Dahinter folgten die Fährlinien mit Dänemark (35,0%) und mit Finnland (8,3%). Der Fährverkehr mit der Sowjetunion und Polen hat nur untergeordnete Bedeutung. 1974 reisten von dort 7 000 Personen gleich 1% über den Hafen

Travemünde ein. Die Ergebnisse für die einzelnen Linien wurden der Fährverkehrsstatistik der Hansestadt Lübeck entnommen. Sie stimmen mit den Ergebnissen, die das Grenzschutzamt Hamburg für Travemünde gemeldet hat, weitgehend überein.

In Kiel sind alle Formen des Reiseverkehrs anzutreffen. Hervorzuheben sind die Fährverbindungen nach Dänemark, Schweden und Norwegen. Sämtliche Fähren sind - wie in Lübeck und Puttgarden - Roll-on/Roll-off-Schiffe. Auf den Linien nach Norwegen und Schweden steht der Urlaubsreiseverkehr im Vordergrund. Dies drückt sich durch einen ausgeprägten Saisonverlauf des Reiseverkehrs aus. Daneben spielt der Geschäftsreiseverkehr eine wichtige Rolle. Nach Dänemark führen zwei Fährlinien. Die eine geht nach Bagenkop auf der Insel Langeland, die andere hat abwechselnd Korsør und Nyborg zum Ziel, wobei Nyborg bisher nur einmal in der Woche angelaufen wurde. Die Fährverbindung nach Bagenkop ist mit der Fährlinie Gelting/Fåborg und Kiel/Korsør zu vergleichen. Charakteristisch ist für alle drei, daß sie mehrere Funktionen gleichzeitig erfüllen. So spielen neben Ausflugs- und Urlaubsreiseverkehr auch der Geschäftsreise- und der Güterverkehr eine wichtige Rolle. Dazu kommen noch zahlreiche Kurzurlauber. Sie sind wie die Ausflugs Gäste hauptsächlich an den Wochenenden unterwegs. Der starke Ausflugsverkehr auf den Fähren nach Bagenkop und Korsør ist wie auf den Ausflugschiffen vor allem auf die Möglichkeit des abgabefreien Einkaufs zurückzuführen.

Der Fährverkehr ist nicht die einzige Quelle des Reiseverkehrs in Kiel. Es werden auch Einkaufsfahrten nach Dänemark mit normalen Ausflugschiffen durchgeführt. Die daraus resultierende Zahl der Einreisen ist allerdings vergleichsweise gering.

Infolge der in den letzten Jahren so populär gewordenen Einkaufsfahrten ist die Zahl der Einreisen über Kiel stärker angewachsen als in Puttgarden und Lübeck, wo die Einkaufsfahrten keine so große Rolle spielen oder nicht in der Statistik erscheinen. In Kiel reisten im vergangenen Jahr insgesamt 702 000 Personen ein. Vor zehn Jahren waren es 194 000. Der Zuwachs ist also beträchtlich. Zum Vergleich ist der prozentuale Zuwachs des Reiseverkehrs in den übrigen Seehäfen nachfolgend angegeben.

Wie man sieht, liegen die Zuwachsraten größtenteils über 100%, teilweise sogar über 1 000%. Man muß jedoch berücksichtigen, daß im Bezugsjahr die Werte sehr gering waren. Daher ist das Ausmaß der absoluten Veränderungen auch nicht so groß wie es zunächst den Anschein hat. Vor Fehlinter-

	Veränderung 1974 gegenüber 1965 in %
Eckernförde	+ 3 735
Kappeln	+ 1 645
Langballigau	+ 629
Gelting-Mole	+ 540
List/Sylt	+ 418
Kiel	+ 263
Lübeck-Travemünde	+ 185
Glücksburg	+ 69
Puttgarden	+ 32
Flensburg-Hafen	- 13

pretationen schützt im übrigen ein Blick auf die absoluten Jahresergebnisse im dritten Bild. Man sieht, daß der Reiseverkehr über Eckernförde trotz extrem hoher Zuwachsraten noch nicht an den Reiseverkehr über Flensburg heranreicht, obwohl dort 1974 weniger Einreisen gezählt wurden als 1965.

Die einzelnen Fährverbindungen von Kiel aus sind am Reiseverkehr (Ein- und Ausreisen) unterschiedlich beteiligt. Den größten Anteil hatte 1974 die Linie Kiel-Korsør mit 36,5%, knapp dahinter lag die Linie Kiel-Göteborg (31,9%). Mit großem Abstand folgen die Fährverbindungen Kiel-Bagenkop (15,6%) und Kiel-Oslo (13,9%). Nur ein geringer Teil der Ein- und Ausreisen entfiel 1974 auf die Strecke nach Nyborg (2,1%).

Die unterschiedliche Funktion der einzelnen Fährlinien, die Kiel mit Dänemark, Schweden und Norwegen verbinden, zeigt sich deutlich an dem Verhältnis "Passagiere zu Personenkraftwagen". So kamen 1974 auf den Linien nach Schweden und Norwegen, also auf Linien ohne Ausflugsverkehr, im Durchschnitt 6 und 7 Personen auf einen Pkw. Die Linie Kiel-Bagenkop verzeichnete 8 Passagiere je Pkw. Diese vergleichsweise niedrige Relation ist darauf zurückzuführen, daß zahlreiche deutsche Tagesausflügler den abgabefreien Einkauf auf der Rückreise mit einer Rundfahrt durch die Insel Langeland im eigenen Wagen verbinden.

Auf den Linien Kiel-Korsør und Kiel-Nyborg war das betreffende Verhältnis wesentlich höher. Es lag im vergangenen Jahr bei 30 und 98. Für die übrigen Fährverbindungen errechnen sich folgende Werte: Rømø-List: 6, Lübeck-Travemünde mit allen Ländern, die von Lübeck zu erreichen sind: 7, Gelting-Fåborg: 58.

In Gelting-Mole hat sich in den letzten Jahren ein lebhafter Reiseverkehr entwickelt. Zu dieser Entwicklung hat einmal die im Jahre 1965 in Betrieb genommene Autofähre nach Fåborg auf der Insel Fünen beigetragen,

zum anderen der Ausflugsverkehr zum nördlich gelegenen Sønderborg auf der Insel Als. Insgesamt reisten 1974 535 000 Personen aus Dänemark ein, 452 000 mehr als 1965. Wie viele Personen davon mit der Autofähre einreisten, läßt sich nicht genau sagen. Es läßt sich aber die Zahl der in Gelting-Mole ausgeladenen Kraftfahrzeuge angeben. Sie belief sich im vergangenen Jahr auf 10 000, wovon rund neun Zehntel Personenkraftwagen waren. Die Autofähre dient nicht nur dem Urlaubs-, sondern auch dem Ausflugsverkehr. Zahlreiche Dänen benutzen die Fähre nämlich nur zum Einkauf auf dem Schiff oder in Gelting, wobei sie ihre Fahrzeuge in Dänemark zurücklassen. Damit besteht eine Parallele zum Fährverkehr zwischen Rømø und List. Für Bewohner der Bundesrepublik ist die Autofähre nach Fåborg als Einkaufsschiff demgegenüber uninteressant, da die Überfahrt nach Fåborg teurer ist als die übrigen Fahrten von Schleswig-Holstein aus mit günstigen Einkaufsmöglichkeiten.

Wenn man den Saisonverlauf des Reiseverkehrs in den einzelnen Häfen betrachtet, zeigt sich, daß die Häfen, in denen der Ausflugsverkehr überwiegt, einen flacheren Saisonverlauf aufweisen als die Häfen mit starkem Urlaubs- und Geschäftsreiseverkehr. Welchen Anteil die Monate Juni, Juli und August am Reiseverkehr im Jahre 1974 hatten, geht aus der folgenden Übersicht hervor.

Puttgarden	54,3 %
List/Sylt	53,9 %
Lübeck-Travemünde	49,3 %
Kiel	42,6 %
Glücksburg	39,7 %
Kappeln	36,3 %
Gelting-Mole	35,9 %
Flensburg-Hafen	35,1 %
Eckernförde	32,8 %
Langballigau	31,4 %

Die Häfen mit dem am stärksten ausgeprägten Saisonverlauf sind Puttgarden, List und Travemünde. Wie bereits festgestellt, herrscht hier der Urlaubsreiseverkehr vor. Der im Vergleich zu Puttgarden schwächere Saisonverlauf in Travemünde deutet darauf hin, daß in Travemünde der Geschäftsreiseverkehr ein größeres Gewicht hat als in Puttgarden. Es ist aber auch möglich, daß der Unterschied zufällig ist oder auf einer systematischen Verzerrung beruht, deren Vorhandensein hier nicht bekannt ist. In Kiel ist der Saisonverlauf schon erheblich schwächer als in den erstgenannten Häfen. Zwar wird die Bedeutung des Urlaubsreiseverkehrs nach Dänemark, Schweden und Norwegen noch sichtbar, sein Einfluß wird jedoch durch den Ausflugsverkehr

abgeschwächt. Daß der Ausflugsverkehr ebenfalls Saisoncharakter hat, zeigt sich am Saisonverlauf des Reiseverkehrs in den übrigen Häfen, die mit Ausnahme von Gelting-Mole vollständig auf den Ausflugsverkehr eingestellt sind. Die verhältnismäßig stark

ausgeprägte Saison in Glücksburg ist auf den vergleichsweise umfangreichen Fremdenverkehr zurückzuführen, der sich bekanntlich auf die Sommermonate konzentriert.

Karlheinz König

## Die Lohnsummen der gewerblichen Betriebe und ihre Besteuerung in Schleswig-Holstein im Jahre 1970

### Ergebnis der Lohnsummensteuerstatistik

Zusammen mit der Gewerbesteuerstatistik 1970 ist in Schleswig-Holstein auch wieder eine Statistik der Lohnsummen und ihrer Besteuerung durchgeführt worden. Die Lohnsummensteuer ist eine besondere Erhebungsform der Gewerbesteuer. Die Gemeinden können sie mit Zustimmung der Kommunalaufsichtsbehörde des Landes - neben der Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag und nach dem Gewerbekapital - erheben, sie brauchen es aber nicht. Besteuerungsgrundlage ist die Lohnsumme, die jährlich an die Arbeitnehmer der Betriebe gezahlt worden ist, die in den Lohnsummensteuer erhebenden Gemeinden liegen. Steuerzahler ist der Gewerbetreibende.

#### Geltung der Steuer im Bundesgebiet

Die Bedeutung der Lohnsummensteuer ist in den Ländern des Bundesgebietes sehr verschieden, was vorwiegend historisch bedingt ist. Die Steuer wird hauptsächlich von Gemeinden erhoben, die ehemals zu Preußen gehörten. In Süddeutschland dagegen werden die Gewerbebetriebe mit ihr fast nicht belastet. Im Saarland und in Baden-Württemberg wurde die Lohnsummensteuer im Jahre 1970 überhaupt nicht und in Bayern nur in drei Gemeinden mit insgesamt unbedeutendem Kassenaufkommen erhoben.

Das größte Kassenaufkommen erbringt die Lohnsummensteuer naturgemäß in den Verdichtungs- und Stadtstaaten mit ihrer Vielzahl von Gewerbebetrieben und unselbständig Beschäftigten. Die Stadtstaaten Bremen, Berlin und Hamburg sowie das Land Nordrhein-Westfalen stehen hier an der Spitze, wenn man die Einnahmen pro Kopf der Bevölkerung zugrunde legt. Der absolut höchste Ertrag wird in Nordrhein-Westfalen erzielt, wo im Jahre 1973 über 1,4 Mrd. DM Lohnsummensteuer in die Kassen der Kommunen geflossen sind.

Das Kassenaufkommen an Lohnsummensteuer in den Ländern des Bundesgebietes in DM je Einwohner 1970

Land	Kassenaufkommen			dagegen 1973: Kassenaufkommen in DM je Einw. <sup>1</sup>
	in DM je Einwohner <sup>1</sup>	in % des gesamten Gewerbesteueraufkommens	Zahl der steuererhebenden Gemeinden	
Bremen	98,57	31,8	2	135,42
Berlin	59,54	26,8	1	78,66
Hamburg	58,28	16,8	1	97,69
Nordrhein-Westfalen	47,49	20,7	182	81,46
Hessen	22,36	9,7	156	52,08
Schleswig-Holstein	17,40	12,7	10	24,70
Rheinland-Pfalz	13,90	8,4	425	20,77
Niedersachsen	9,71	6,2	53	31,54
Bayern	0,08	0,0	3	0,00
Baden-Württemberg	-	-	-	4,20
Saarland	-	-	-	-

<sup>1</sup>) bezogen auf die gesamte Wohnbevölkerung der genannten Länder (Bevölkerungsstand 27. 5. 1970 bzw. 31. 12. 1973)

Die erheblichen Differenzen im Pro-Kopf-Aufkommen der Länder gehen außer auf ihre unterschiedliche Struktur (z. B. Flächenland - Stadtstaat) auch auf Abweichungen in den Hebesätzen zurück, die von den Gemeinden auf den Steuermeßbetrag <sup>1</sup> angesetzt werden. So ist z. B. die herausragende Stellung des Stadtstaates Bremen u. a. mit einem hohen Hebesatz zu erklären. Das Umgekehrte gilt für das im Vergleich zu Schleswig-Holstein geringe Aufkommen je Einwohner in Rheinland-Pfalz, obwohl dort im Jahre 1970 in nicht weniger als 425 Gemeinden Lohnsummensteuer erhoben wurde.

<sup>1</sup>) vergleiche § 25 GewStG: "(1) Bei der Berechnung der Lohnsummensteuer ist von einem Steuermeßbetrag auszugehen. Dieser ist durch Anwendung eines Tausendsatzes (Steuermeßzahl) auf die Lohnsumme zu ermitteln .... (2) Die Steuermeßzahl bei der Lohnsummensteuer beträgt 2 vom Tausend."

Die Bedeutung der Lohnsummensteuer hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Die Ergebnisse über das Kassenaufkommen im Jahre 1973 in der Tabelle oben zeigen dies z. B. für die Länder Hessen und Niedersachsen sehr deutlich. Die Zunahme des Gewichts dieser Einnahmequelle für die Gemeinden geht - neben möglichen Hebesatzerhöhungen und Veränderungen in der Zusammensetzung der steuererhebenden Gemeinden - auch auf die gestiegenen Lohnkosten zurück. Vom Standpunkt der Steuergerechtigkeit aus ist diese Entwicklung zu bedauern, da sowohl ertragsschwache wie ertragsstarke Unternehmen von der Steuer gleichermaßen betroffen werden und das Prinzip der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit hierdurch verletzt wird. Die Lohnsumme ist nämlich kein Maßstab für die steuerliche Leistungsfähigkeit der Gewerbetreibenden. Außerdem wirkt ihre Besteuerung in nur etwas mehr als 830 Gemeinden des Bundesgebietes der vom Grundgesetz erstrebten Einheitlichkeit der Besteuerung entgegen<sup>2</sup>.

#### Steuerfälle und Lohnsumme

Über das Kassenaufkommen hinausgehende (Struktur-)Daten aus der Lohnsummensteuer

liegen im gesamten Bundesgebiet nur für das Kalenderjahr 1970 vor. Da Schleswig-Holstein stärker agrarisch strukturiert ist, hat die Lohnsummensteuer in unserem Lande stets eine geringere Bedeutung gehabt, als etwa in den Ballungsgebieten. In Schleswig-Holstein machten im Erhebungsjahr 1970 nur 10 Gemeinden von ihrem Recht Gebrauch, Lohnsummensteuer zu erheben. Es sind dies:

1. die kreisfreien Städte Kiel, Lübeck, Neumünster
2. die kreisangehörigen Städte Geesthacht, Glückstadt, Pinneberg, Preetz, Reinfeld
3. die Landgemeinden Herzhorn und Oeschebüttel (beide im Landkreis Steinburg)<sup>3</sup>.

In diesen 10 Gemeinden wurden fast 8 700 Betriebe zur Lohnsummensteuer herangezogen. Das sind über 900 Betriebe oder 12% mehr als im Jahre 1966, dem vorletzten Erhebungsjahr einer Lohnsummensteuerstatistik. Die Zunahme des Erhebungsumfanges dürfte hauptsächlich darauf zurückgehen, daß die gezahlte Lohnsumme in den Arbeitsstätten infolge des gestiegenen Lohnniveaus immer häufiger die Freigrenze überschritt und somit neue Betriebe in die Lohnsummensteuerpflicht hineingewachsen sind. Nach dem Gesetz sind Betriebe, die im Jahr eine Lohnsumme von

Die Lohnsummensteuerfälle in Schleswig-Holstein 1970  
natürliche und juristische Personen

Gemeinde	Steuerfälle	Lohnsumme	Steuer-	Steuer-	Hebesatz	Lohnsummen-
			pflichtige	meßbetrag		steuer
			Lohnsumme		%	1 000 DM
			1 000 DM			
Kiel	3 179	1 029 112	1 022 685	2 045	800	16 363
Lübeck	3 120	981 875	975 006	1 949	1 000	19 500
Neumünster	1 129	276 926	274 383	549	800	4 390
Geesthacht	256	69 049	68 610	137	600	822
Glückstadt	221	36 659	36 108	72	700	506
Herzhorn, Kreis Steinburg	16	.	.	.	600	.
Pinneberg	496	120 305	119 271	238	960	2 290
Preetz	172	27 457	27 228	54	960	523
Oeschebüttel, Kreis Steinburg	3	.	.	.	800	.
Reinfeld, Kreis Stormarn	96	12 310	12 101	24	700	169
<b>Schleswig-Holstein</b>	<b>8 688</b>	<b>2 557 848</b>	<b>2 539 503</b>	<b>5 079</b>	<b>878<sup>a</sup></b>	<b>44 616</b>
davon Fälle von						
natürliche Personen und Personengesellschaften	7 531	1 210 226	1 192 225	2 384	.	21 072
juristischen Personen, nicht rechtsfähigen Vereinen usw.	1 157	1 347 623	1 347 278	2 695	.	23 543

a) mit der steuerpflichtigen Lohnsumme gewichteter Durchschnittshebesatz

2) Im Bundesgebiet gab es am 31. 12. 1970 22 051 Gemeinden; ihre Anzahl verringerte sich durch zahlreiche Gebietsreformen bis zum 31. 12. 1973 auf 14 916

3) Nach 1970 hat sich die Zahl der Lohnsummensteuererhebenden Gemeinden in Schleswig-Holstein um weitere 6 erhöht. Neu hinzugekommen sind: Schwarzenbek (ab 1. 1. 1972), Westerland, Grömitz und Damp (alle ab 1. 1. 1973), Bönningstedt, Kreis Pinneberg (ab 1.7.1974) und Raisdorf, Kreis Plön (ab 1. 10. 1974)

insgesamt nicht mehr als 9 000 DM zahlen, von der Steuer befreit. Die nicht steuerbelasteten Betriebe werden von der Statistik nicht erfaßt. Zum zweiten haben nach 1966 die Gemeinden Reinfeld (Holstein) und Herzhorn die Lohnsummensteuer neu eingeführt, wodurch die Zahl der Steuerfälle - als Steuerfall bezeichnet man jede zur Lohnsummensteuer herangezogene Betriebsstätte (örtliche Einheit)<sup>4</sup> - zwangsläufig zugenommen hat. In den beiden Gemeinden waren im Jahre 1970 112 Betriebe mit einer Lohnsumme von fast 16 Mill. DM steuerbelastet.

Die nach § 24 des GewStG gezahlte Lohnsumme erreichte im Jahre 1970 den Wert von insgesamt 2 558 Mill. DM. Dies bedeutet - unbeschadet einer gewissen Verzerrung des Ergebnisses durch die neu hinzugekommenen Gemeinden - einen Zuwachs von gut einem Drittel gegenüber 1966. Gemäß der Arbeitsstättenzählung vom 27. 5. 1970 ergibt sich für Schleswig-Holstein in nur 0,8% aller Gemeinden eine Lohnsummensteuerpflicht; in diesen Gemeinden lagen aber 24% aller in Schleswig-Holstein ansässigen Betriebe; es waren in ihnen 38% aller in unserem Lande gewerblich Beschäftigten tätig, die 41% der hier im Jahre 1969 von der Arbeitsstättenzählung ermittelten Löhne und Gehälter bezogen. Unter diesem Aspekt betrachtet bedeutet die Lohnsummensteuer für das vergleichsweise stärker agrarisch strukturierte Land Schleswig-Holstein eine nicht unbedeutende Einnahmequelle: Das Steueraufkommen betrug im Jahre 1970 über 44,6 Mill. DM, die allein den genannten 10 Gemeinden zuflossen. Das Ergebnis zeigt, daß die Gemeinden von den gestiegenen Löhnen und Gehältern in erheblichem Ausmaße profitierten. Die Einnahmen erhöhten sich gegenüber 1966 - wie die gezahlte Lohnsumme - um 36%. Je Steuerfall ergibt sich für das Jahr 1970 eine gezahlte Lohnsumme von 294 000 DM und eine Steuerbelastung von 5 135 DM. Die Abgabelast machte damit 1,7% der nach § 24 GewStG gezahlten Lohnsumme aus.

Von den 8 688 Lohnsummensteuerfällen des Jahres 1970 gehörten 7 531 oder 87% zu Unternehmen, die in der Rechtsform einer natürlichen Person (einschließlich Personengesellschaft) betrieben wurden. Unter ihnen waren relativ viele Kleinbetriebe zu finden; allein 2 486 Steuerfälle, das sind etwa ein Drittel von ihnen, wiesen eine Lohnsumme von höchstens 24 000 DM nach. Ihr Anteil blieb gegenüber 1966 fast unverändert. Erheblich verschoben hat sich dagegen das Gewicht

Steuerfälle und Lohnsummen 1970 nach Lohnsummengruppen in %

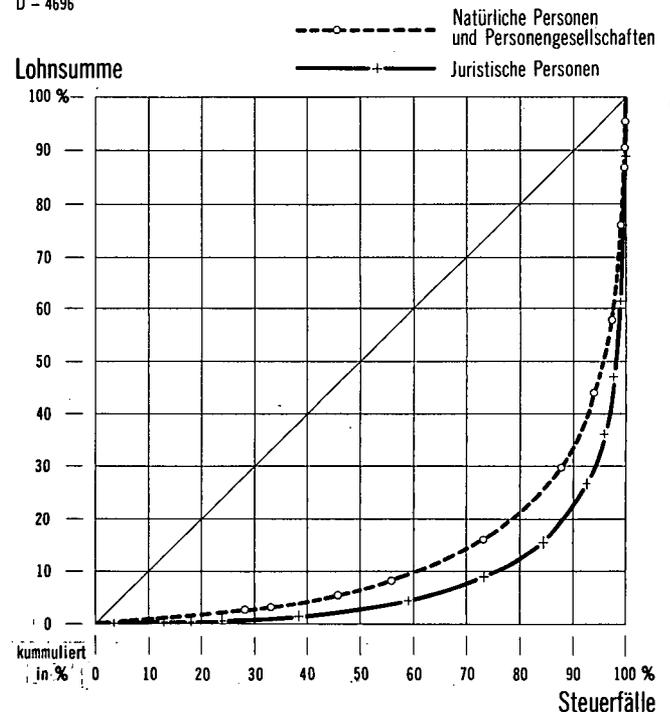
Lohnsummengruppe über ... bis ... Tsd. DM	Natürliche Personen und Personengesellschaften		Juristische Personen, nichtrechtsfähige Vereine etc.	
	Steuerfälle	Lohnsumme	Steuerfälle	Lohnsumme
bis 24	33,0	3,0	13,1	0,2
24 " 36	12,7	2,3	5,0	0,1
36 " 50	10,0	2,6	5,9	0,2
50 " 100	17,5	7,8	14,4	0,9
100 " 250	14,6	14,0	20,4	2,9
250 " 500	6,3	14,0	14,6	4,5
500 " 1 Mill.	3,3	14,2	11,0	6,6
1 " 2,5 "	1,9	17,9	8,3	11,1
2,5 " 5 "	0,5	11,1	3,3	9,6
5 " 10 "	0,1	3,7	1,8	10,8
10 " 20 "	0,1	4,7	1,2	14,3
über 20 "	0,0	4,6	1,1	38,8
Insgesamt	100	100	100	100

der gezahlten Löhne zu Gunsten derjenigen Steuerfälle, deren Unternehmen in der Rechtsform einer juristischen Person, eines nicht rechtsfähigen Vereins oder in einer ähnlichen Rechtsform betrieben wurden. Ihre Lohnsumme gemäß § 24 GewStG belief sich im Jahre 1970 auf 1 348 Mill. DM, das sind fast 53% der insgesamt erfaßten Lohnsumme. Im Jahre 1966 waren es noch 47% gewesen. Je Steuerfall war die Lohnsumme mit 1 165 000 DM unter den juristischen Personen über siebenmal so groß

### Die Verteilung der Lohnsumme

auf die Lohnsummensteuerfälle in Schleswig-Holstein 1970

D - 4696



<sup>4</sup> Sind jedoch mehrere Betriebsstätten ein und desselben Unternehmens in einer Gemeinde gelegen, so bilden sie zusammen nur einen Steuerfall

wie unter den natürlichen, für die nur 161 000 DM errechnet wurden. Seit 1966 erhöhte sich die durchschnittlich gezahlte Lohnsumme je erfaßten Gewerbebetrieb von juristischen Personen um 37%, von natürlichen Personen dagegen nur um 9%.

Die Grafik oben verdeutlicht die unterschiedliche Verteilung der von den einzelnen Gewerbebetrieben gezahlten Lohnsumme auf die Lohnsummengruppen in Form einer Lorenzkurve, und zwar getrennt für natürliche und juristische Personen. In beiden Fällen ergibt sich eine von der Egalitätlinie (gestrichelte Gerade) erheblich nach rechts unten durchhängende Kurve, die auf eine recht unterschiedliche Höhe der von den Betrieben gezahlten Lohnsummen hinweist. Die Kurve besagt z.B., daß unter den natürlichen Personen fast 80% der steuerpflichtigen Betriebe nur 20% der insgesamt erfaßten Lohnsumme zahlten; unter den juristischen Personen waren es fast 90%. Umgekehrt entfielen 80% der gezahlten Löhne und Gehälter auf nur 20% bzw. 10% der Betriebe. Die Konzentration der gezahlten Lohnsummen auf wenige Betriebe war also bei den juristischen Personen noch stärker ausgeprägt als bei den natürlichen.

#### Steuerbelastung

Für Steuerfälle, deren Lohnsumme im Kalenderjahr 24 000 DM nicht übersteigt, wird in der Regel die Steuerbelastung dadurch erheblich gemildert, daß von der Besteuerungsgrundlage 9 000 DM abgezogen werden dürfen (§ 23 GewStG). Von der Lohnsumme konnten infolge dieser gesetzlichen Vergünstigung insgesamt 18,3 Mill. DM abgesetzt werden. Für die erfaßten Kleinbetragsfälle mit bis zu 24 000 DM Lohnsumme bedeutete dies eine Verringerung ihrer Besteuerungsgrundlage um durchschnittlich fast die Hälfte. Nach dem Abzug verblieb für alle Abgabefälle eine steuerpflichtige Lohnsumme in Höhe von 2,54 Mrd. DM. Die weitere Berechnung der Lohnsummensteuer ergab nach Anwendung der Steuermeßzahl von 2 ‰ einen Steuermeßbetrag von insgesamt 5,1 Mill. DM. Der hiervon auf die einzelnen Gemeinden entfallende Anteil war dann mit dem jeweiligen Hebesatz zu multiplizieren. Das Produkt aus dieser Multiplikation ergab die zu zahlende Lohnsummensteuer, die je nach der Höhe des von den Gemeinden festgelegten Hebesatzes zu einer unterschiedlich großen relativen Steuerbelastung in den einzelnen Gemeinden führte.

Insgesamt gesehen hat sich die durchschnittliche relative Steuerbelastung in Schleswig-Holstein seit vielen Jahren fast nicht geändert. Der gewogene Durchschnittshebesatz betrug im Jahre 1970 878%; das sind nur 3 Punkte

weniger als 1966<sup>5</sup>. Infolge der unterschiedlichen Hebesätze in den Gemeinden schwankt die Abgabelast im einzelnen zwischen 1,2% (Geesthacht, Herzhorn) und 2,0% (Lübeck) der nach § 24 GewStG gezahlten Lohnsumme.

Das Gewicht des Steueraufkommens in den drei kreisfreien Städten Kiel, Lübeck und Neumünster (in Flensburg wird nach wie vor keine Lohnsummensteuer erhoben) hat sich nach 1966 leicht gemildert. Die drei Städte nahmen im Jahre 1970 über 40 Mill. DM ein und erzielten damit einen Anteil am Gesamtaufkommen des Landes von 90%. 1966 waren es 92% gewesen. Das höchste Steueraufkommen wurde wiederum mit 19,5 Mill. DM von der Stadt Lübeck gemeldet. Die in der Stadt Kiel gelegenen Gewerbebetriebe zahlten zwar die größte in einer Gemeinde ermittelte Lohnsumme, nämlich über 1 Mrd. DM; die Einnahmen waren jedoch in Kiel wegen des vergleichsweise niedrigeren Hebesatzes erheblich geringer als in Lübeck. Unter den sieben kreisangehörigen Gemeinden mit Lohnsummen-

Steuerfälle, Lohnsumme und Lohnsummensteuer 1970  
in der Gliederung nach Wirtschaftsabteilungen

Wirtschaftsabteilung	Steuerfälle	Lohnsumme		
		zusammen	je Steuerfall	Lohnsummensteuer
		1 000 DM		
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	55	5 711	104	100
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	22	91 344	4 152	1 623
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	2 077	1 269 161	611	22 155
darunter Industrie	653	1 117 197	1 711	19 543
Handwerk	1 205	115 974	96	1 980
Baugewerbe	1 188	285 583	240	4 955
darunter Industrie	63	70 525	1 119	1 222
Handwerk	1 037	197 498	190	3 442
Handel	3 069	488 122	159	8 513
darunter Großhandel	872	232 424	267	4 156
Einzelhandel	1 964	244 897	125	4 185
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	476	114 177	240	2 061
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	257	122 794	478	2 136
Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht	1 514	174 749	115	2 967
Organisationen ohne Erwerbscharakter sowie Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	30	6 207	207	105
<b>Insgesamt</b>	<b>8 688</b>	<b>2 557 848</b>	<b>294</b>	<b>44 616</b>

5) 1958 hatte der durchschnittliche gewogene Hebesatz 882 ‰ betragen

steuerpflicht waren fünf Städte und zwei Landgemeinden. Der Ertrag gerade der letztgenannten ist im Rahmen des gesamten Steueraufkommens bedeutungslos. Trotzdem sollte nicht verkannt werden, daß für kleine Gemeinden auch diese geringen Erträge eine wesentliche Aufbesserung der Gemeindekasse mit sich bringen können.

#### Wirtschaftliche Gliederung

Hinsichtlich des Steuerertrages kommt den Betrieben des produzierenden Gewerbes, hierunter besonders denen der Industrie, nach wie vor die größte Bedeutung zu. Die Industriebetriebe zahlen sehr hohe Lohnsummen; in Schleswig-Holstein entfielen im Jahre 1970 auf die 738 Steuerfälle dieses Wirtschaftsbereichs fast genau die Hälfte der insgesamt erfaßten Lohnsumme, nämlich 1 279 Mill. DM. Entsprechendes gilt für das Steueraufkommen. Das heißt mit anderen Worten: Innerhalb der lohnsummensteuererhebenden Gemeinden entstammt etwa jede zweite Deutsche Mark an gezahlten Löhnen und Gehältern wie an abgeführter Lohnsummensteuer dem Industriebereich. Die 2 242 produzierenden Handwerksbetriebe waren dagegen an der Lohnsumme wie auch am Steueraufkommen nur mit 12% beteiligt, machten aber 26% aller erfaßten Steuerfälle aus. Die zweitgrößte Steuerschuld

hatte der Handel mit 8,5 Mill. DM zu tragen, das sind 19% des Lohnsummensteueraufkommens. Sein Anteil an den Steuerfällen betrug dagegen über 35%. Lohnsumme wie Steuersoll verteilen sich zu annähernd gleichen Teilen auf den Groß- und Einzelhandel.

An der sehr unterschiedlichen Lohnsumme je Steuerfall läßt sich in der obigen Tabelle ablesen, daß insbesondere im verarbeitenden Handwerk, weniger stark dagegen im Bauhandwerk, die Kleinbetriebe mit nur geringen Beschäftigtenzahlen vorherrschen. Ähnliches gilt für die gewerblich betriebene Landwirtschaft, den Dienstleistungsbereich und den Einzelhandel. Die Zusammensetzung der Steuerfälle und ihrer Lohnsummen in wirtschaftlicher Gliederung hat sich nach 1966 insofern leicht verändert, als sich das Gewicht etwas zu Lasten des verarbeitenden Gewerbes und des Baugewerbes auf andere Bereiche verschoben hat. Größere Bedeutung erlangten der Einzelhandel und insbesondere die Wirtschaftsabteilung Dienstleistungen, in der die gezahlte Lohnsumme und damit auch die Steuerlast innerhalb von vier Jahren um etwa vier Fünftel zunahmen.

Klaus Scheithauer

Vergleiche auch: "Die Lohnsummen der gewerblichen Betriebe und ihre Besteuerung" in dieser Zeitschrift 1969, S. 186 (August)

#### Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck "Kreise" steht vereinfachend für "Kreise und kreisfreie Städte".

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5".

Zahlen in ( ) haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

. = Zahlenwert unbekannt, nicht eingesetzt oder sinnlos

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

# STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

27. Jahrgang . Heft 10 . Oktober 1975

## Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel Monats- und Vierteljahreszahlen

		1973	1974	1974			1975			
		Monats- durchschnitt			Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli
<b>Bevölkerung und Erwerbstätigkeit</b>										
*Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 573	2 583	2 582	2 585	2 586	...	...	...	...
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>										
*Eheschließungen 1)	Anzahl	1 266	1 248	1 302	1 377	1 809	1 802	1 333	...	...
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		5,9	5,8	6,1	6,3	8,2	8,2	...	...	...
*Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 199	2 129	2 124	2 311	2 194	2 123	2 015	...	...
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		10,3	9,9	10,0	10,5	10,0	9,7	...	...	...
* Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 693	2 674	2 477	2 456	2 549	2 735	2 591	...	...
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		12,6	12,4	11,7	11,2	11,6	12,5	...	...	...
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	48	38	60	31	40	26	51	...	...
* je 1 000 Lebendgeborene		21,7	18,0	28,2	13,4	18,2	12,2	25,3	...	...
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 494	- 545	- 353	- 145	- 355	- 612	- 576	...	...
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		- 2,3	- 2,5	- 1,7	- 0,7	- 1,6	- 2,8	...	...	...
<b>Wanderungen</b>										
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	8 280	7 145	6 057	8 642	7 843	...	...	...	...
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	6 468	6 204	5 103	6 049	6 572	...	...	...	...
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 1 812	+ 941	+ 954	+ 2 593	+ 1 271	...	...	...	...
*Innerhalb des Landes Umgezogene 4)	Anzahl	10 318	10 248	8 785	11 001	11 354	...	...	...	...
Wanderungsfälle	Anzahl	25 066	23 597	19 945	25 692	25 769	...	...	...	...
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		165	157	135	167	169	...	...	...	...
<b>Arbeitslage</b>										
*Arbeitslose	1 000	14	29	21	23	24	43	42	42	41
darunter *Männer	1 000	8	17	12	13	13	26	24	24	22
Offene Stellen	1 000	20	14	16	14	14	13	12	11	11
darunter für Männer	1 000	13	8	9	9	9	7	6	6	6
<b>Landwirtschaft</b>										
<b>Viehbestand</b>										
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 496 <sup>a</sup>	1 507 <sup>a</sup>	1 587	.	.	.	1 578	.	.
darunter *Milchkühe (ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	504 <sup>a</sup>	495 <sup>a</sup>	490	.	.	.	482	.	.
*Schweine	1 000	1 659 <sup>a</sup>	1 567 <sup>a</sup>	.	.	1 799	.	.	.	1 711
darunter *Zuchtsauen	1 000	168 <sup>a</sup>	168 <sup>a</sup>	.	.	180	.	.	.	170
darunter *trächtig	1 000	111 <sup>a</sup>	111 <sup>a</sup>	.	.	120	.	.	.	115
<b>Schlachtungen von Inlandtieren</b>										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	31	36	27	34	37	25	24	32	33
*Kälber	1 000 St.	1	2	1	2	1	1	1	1	1
*Schweine	1 000 St.	200	214	190	226	231	196	203	205	207
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	7 <sup>b</sup>	7 <sup>c</sup>	3	5	4	4	3	3	2
*Schlachtungsmengen <sup>5)</sup> aus gewerblichen Schlachtungen (ohne Geflügel)	1 000 t	24,2	27,2	23,4	27,4	29,0	23,0	23,4	25,3	26,3
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	8,0	9,5	7,1	9,0	9,9	6,7	6,3	8,3	8,8
*Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
*Schweine	1 000 t	16,1	17,5	16,1	18,1	18,9	16,2	17,0	16,8	17,2
<b>Durchschnittliches Schlachtgewicht für</b>										
Rinder (ohne Kälber)	kg	264	270	269	270	272	268	265	265	272
Kälber	kg	95	96	92	96	98	91	94	94	93
Schweine	kg	83	85	86	82	83	84	85	83	84
<b>Geflügel</b>										
Eingelegte Bruteier <sup>6)</sup>										
*für Legehennenküken	1 000	515	514	540	480	470	616	496	421	456
*für Masthühnerküken	1 000	879	956	1 183	937	969	1 010	1 139	991	1 105
*Geflügelfleisch <sup>7)</sup>	1 000 kg	825	755	666	821	793	809	785	770	804
*Milcherzeugung	1 000 t	181	183	225	191	156	250	225	191	156
darunter *an Meiereien geliefert	%	93	94	94	94	94	94	94	94	94
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,8	12,0	15,0	12,3	10,1	16,3	15,2	12,5	10,2

\*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort

2) nach der Wohngemeinde der Mutter

3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen

4) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

5) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

6) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

7) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren

a) Dezember

b) Winterhalbjahr 1973/74 = 10

c) Winterhalbjahr 1974/75 = 10

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1973	1974	1974			1975			
		Monats- durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
<b>Industrie und Handwerk</b>										
<b>Industrie<sup>8)</sup></b>										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	187	187	187	188	189	177	176	176	177
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	138	136	136	136	138	126	126	126	127
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	22 249	21 348	20 761	18 587	20 880	19 232	18 585	16 621	18 442
*Löhne (brutto)	Mill. DM	208,6	228,2	225,2	251,3	240,8	222,0	224,9	246,1	223,8
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	97,5	113,3	115,4	119,5	115,2	119,9	127,6	122,4	118,0
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE <sup>9)</sup>	28	32	32	31	32	27	22	13	10
*Gasverbrauch (H <sub>0</sub> = 8 400 kcal/m <sup>3</sup> )	Mill. m <sup>3</sup>	13,8	13,3	11,2	9,9	11,7	15,2	12,4	11,7	13,9
*Stadt-, Kokerei- und Ferngas	Mill. m <sup>3</sup>	3,5	3,1	2,4	2,9	2,6	4,7	3,7	4,4	4,1
*Erd- und Erdölgas	Mill. m <sup>3</sup>	10,3	10,3	8,8	7,0	9,1	10,5	8,7	7,3	9,8
*Heizölverbrauch	1 000 t	100	96	92	86	85	74	71	63	69
*leichtes Heizöl	1 000 t	21	18	15	12	13	17	14	11	12
*schweres Heizöl	1 000 t	79	78	76	75	72	58	57	52	58
*Stromverbrauch	Mill. kWh	177	178	170	167	179	159	156	143	164
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	36	37	31	37	35	26	27	24	30
*Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) <sup>10)</sup>	Mill. DM	1 436	1 690	1 746	1 469	1 713	1 754	1 715	1 673	1 519
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	242	318	359	242	311	436	309	410	320
Produktionsindex (arbeitstäglich)										
*Gesamtindustrie	1962=100	184	191	211	156	178	198	196	147	175
*Bergbau	1962=100	100	85	83	81	82	78	77	78	75
*Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	1962=100	200	200	239	181	198	181	209	140	191
*Investitionsgüterindustrie	1962=100	206	234	249	172	218	274	244	181	214
*Verbrauchsgüterindustrie	1962=100	220	208	228	153	180	214	211	144	183
*Nahrungs- und Genussmittelindustrie	1962=100	139	142	155	128	132	139	140	126	130
außerdem										
Produktionsindex für die Bauindustrie	1962=100	143	137	162	107	141	143	139	103	137
<b>Handwerk (Meßziffern)<sup>11)</sup></b>										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	30.9.1970=100	96,7	92,3	92,0	.	.	.	88,6	.	.
*Gesamtumsatz (einschließlich Mehrwertsteuer)	Vj. -D 1970=100	132,2	132,4	127,3	.	.	.	134,8	.	.
<b>Öffentliche Energieversorgung</b>										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	290	300	206	224	309	264	329	265	319
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste)	Mill. kWh	582	601	498	516	547	562	502	499	540
*Gaserzeugung (brutto) (H <sub>0</sub> = 8 400 kcal/m <sup>3</sup> )	Mill. m <sup>3</sup>	10	7	4	4	4	5	3	3	3
<b>Bauwirtschaft und Wohnungswesen</b>										
Bauhauptgewerbe (nach der Totaleinhebung hochgerechnet) (ab März 1975 vorläufige Zahlen)										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	61 242	55 689	56 682	57 091	57 135	49 573	50 309	50 702	51 297
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	7 906	7 268	7 501	6 289	7 950	6 537	6 657	5 685	6 883
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	3 576	3 018	3 127	2 361	3 238	2 545	2 633	2 097	2 831
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 342	1 186	1 241	1 024	1 254	1 087	1 139	982	1 087
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	2 790	2 845	2 898	2 719	3 221	2 708	2 652	2 396	2 690
*Löhne (brutto)	Mill. DM	90,2	88,4	94,1	82,3	97,9	88,1	87,3	79,0	87,7
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	11,3	12,1	12,4	12,5	12,2	11,6	12,5	11,9	11,8
*Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. DM	282,0	274,0	302,2	330,3	296,0	198,2	247,6	236,4	228,1

\*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

8) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

9) eine t Steinkohle-Einheit (SKE) = 1 t Steinkohle/-briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle

10) ohne Umsatz in Handelsware und ohne Erlöse aus Nebengeschäften

11) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1973	1974	1974			1975			
		Monats- durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
<b>noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen</b>										
<b>Baugenehmigungen</b>										
*Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	946	728	893	835	819	732	608	766	761
darunter *mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	853	674	825	787	791	685	570	721	712
*umbauter Raum	1 000 m <sup>3</sup>	1 018	733	851	767	736	647	554	748	667
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	177 561	135 136	160 505	144 460	128 947	123 331	109 972	148 496	136 933
*Wohnfläche	1 000 m <sup>2</sup>	193	134	155	140	122	120	98	137	122
*Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	176	152	147	177	172	152	161	191	207
*umbauter Raum	1 000 m <sup>3</sup>	775	568	505	583	753	611	696	748	760
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	90 227	75 973	64 797	70 967	82 706	81 606	117 812	75 599	97 874
*Nutzfläche	1 000 m <sup>2</sup>	141	104	95	111	132	110	120	142	145
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 305	1 634	1 898	1 595	1 342	1 381	1 107	1 501	1 275
<b>Baufertigstellungen</b>										
Wohnungen <sup>12)</sup>	Anzahl	2 937	2 295	863	985	1 125	919	635	1 183	821
Wohnräume	Anzahl	11 336	9 637	3 785	4 219	4 810	4 036	2 939	5 279	3 552
<b>Handel und Gastgewerbe</b>										
<b>Ausfuhr</b>										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	279,8	367,5	274,6	315,7	399,1	562,2	381,6	379,7	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	32,5	47,0	31,1	42,3	56,6	42,6	44,9	44,2	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	247,3	320,5	243,6	273,4	342,5	519,6	336,6	335,5	...
davon *Rohstoffe	Mill. DM	5,9	8,2	6,1	9,3	7,3	13,1	9,1	6,1	...
*Halbwaren	Mill. DM	19,7	47,5	18,7	53,8	65,5	29,9	29,0	20,3	...
*Fertigwaren	Mill. DM	221,7	264,8	218,7	210,3	269,8	476,5	298,5	309,2	...
davon *Vorerzeugnisse	Mill. DM	21,0	28,9	31,2	29,6	31,2	27,4	22,6	22,2	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	200,7	235,9	187,6	180,6	238,6	449,1	275,9	287,0	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EG-Länder	Mill. DM	122,3	169,4	122,9	172,3	169,7	138,9	170,3	164,4	...
darunter Italien	Mill. DM	22,9	23,0	18,7	22,4	19,7	17,2	15,3	22,5	...
Niederlande	Mill. DM	25,6	46,3	26,5	45,9	35,6	31,8	36,7	33,4	...
Dänemark	Mill. DM	22,0	33,9	22,0	29,1	52,7	30,6	48,5	16,3	...
Großbritannien	Mill. DM	18,4	25,2	19,4	29,5	24,6	26,3	31,9	26,6	...
*EFTA-Länder	Mill. DM	65,4	58,2	36,3	43,0	48,0	131,1	95,6	53,9	...
darunter Norwegen	Mill. DM	27,5	8,4	4,5	4,8	8,0	4,9	6,6	23,7	...
Schweden	Mill. DM	19,0	26,0	11,4	14,8	20,3	105,1	70,3	9,7	...
*Index der Einzelhandelsumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1970=100	133,6	141,2	134,3	r 151,2	145,0	155,9	152,2	166,7	...
*Index der Gastgewerbesumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1970=100	119,2	136,0	175,1	r 210,8	225,1	163,2	183,4	244,3	...
<b>Fremdenverkehr in 134 Berichtsgemeinden</b>										
*Fremdenmeldungen	1 000	200	210	338	523	484	p 245	p 364	p 571	p 486
darunter *von Auslandsgästen	1 000	18	17	22	44	34	p 20	p 24	p 48	p 32
*Fremdenübernachtungen	1 000	1 659	1 724	2 927	5 593	5 708	p 1 329	p 3 133	p 6 184	p 5 744
darunter *von Auslandsgästen	1 000	37	36	48	94	75	p 34	p 47	p 95	p 72
<b>Verkehr</b>										
<b>Seeschifffahrt <sup>13)</sup></b>										
Güterempfang	1 000 t	1 121	1 189	1 212	1 148	1 278	...	...	...	...
Güterversand	1 000 t	399	518	540	481	594	...	...	...	...
<b>Binnenschifffahrt</b>										
*Güterempfang	1 000 t	236	231	235	241	235	211	184	195	208
*Güterversand	1 000 t	327	296	318	283	349	219	217	244	383
<b>*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge</b>										
darunter Krafträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	7 522	6 282	6 218	6 347	5 055	9 284	8 651	7 873	...
*Personenkraftwagen <sup>14)</sup>	Anzahl	92	80	110	103	66	226	181	167	...
*Lastkraftwagen	Anzahl	6 693	5 585	5 448	5 645	4 362	8 420	7 690	7 004	...
	Anzahl	386	294	329	302	262	282	306	259	...
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 428	1 293	1 365	1 211	1 583	1 401	1 450	p 1 499	p 1 653
*Getötete Personen	Anzahl	61	55	55	50	69	42	57	p 68	p 65
*Verletzte Personen	Anzahl	1 891	1 698	1 864	1 657	2 128	1 859	1 974	p 2 146	p 2 207

\* wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

12) Zimmer mit 6 und mehr m<sup>2</sup> Fläche und alle Küchen

13) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fahrverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

14) einschließlich Kombinationskraftwagen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1973	1974	1974			1975			
			Monats- durchschnitt <sup>d)</sup>	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
<b>Geld und Kredit</b>										
<b>Kredite und Einlagen<sup>15)</sup></b>										
*Kredite 16) an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	23 133	24 984	24 135	24 090	24 117	25 622	26 066	26 270	...
darunter										
*Kredite 16) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	22 352	24 024	23 339	23 258	23 282	24 605	24 965	25 066	...
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	4 903	5 176	5 391	5 146	5 107	5 056	5 255	5 077	...
*an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	4 882	5 147	5 364	5 130	5 099	5 012	5 195	4 975	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	21	29	27	16	8	45	60	103	...
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	2 068	2 215	2 041	2 078	2 029	2 185	2 195	2 232	...
*an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	1 925	2 028	1 905	1 940	1 883	1 971	1 981	2 008	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	143	187	135	138	146	214	215	224	...
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	15 382	16 633	15 907	16 034	16 145	17 364	17 514	17 757	...
*an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	12 934	13 944	13 424	13 520	13 605	14 426	14 501	14 705	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	2 448	2 689	2 483	2 514	2 540	2 938	3 013	3 052	...
*Einlagen und aufgenommene Kredite <sup>16)</sup> von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	18 446	20 182	18 757	19 054	19 292	20 557	20 453	20 687	...
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	10 614	11 529	10 881	11 156	11 325	11 113	10 905	10 888	...
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	6 645	7 374	6 873	7 049	7 201	6 921	6 891	6 995	...
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	3 969	4 155	4 008	4 107	4 124	4 193	4 015	3 993	...
*Spareinlagen	Mill. DM	7 832	8 654	7 876	7 898	7 967	9 443	9 547	9 699	...
*bei Sparkassen	Mill. DM	4 686	5 169	4 704	4 723	4 767	5 545	5 599	5 650	5 749
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	411	469	363	526	415	563	521	704	...
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	380	400	343	504	347	375	417	553	...
<b>Zahlungsschwierigkeiten</b>										
*Konkurse (eröffnete u. mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	16	21	14	21	28	18	27	27	23
*Vergleichsverfahren	Anzahl	1,3	1,9	1	3	-	4	3	1	-
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	437	494	495	499	470	...	...	...	...
*Wechselsumme	Mill. DM	1,541	3,945	9,858	1,900	1,927	...	...	...	...
<b>Steuern</b>										
<b>Steueraufkommen nach Steuerarten</b>										
		Vierteljahres- durchschnitt		2. Vj.			2. Vj.			
*Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	1 120 416	1 280 969	1 171 388	.	.	.	1 134 668	.	.
*Steuern vom Einkommen	1 000 DM	835 797	970 001	880 807	.	.	.	865 070	.	.
*Lohnsteuer 17)	1 000 DM	559 208	662 403	602 691	.	.	.	556 251	.	.
*veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	216 666	238 057	223 482	.	.	.	238 337	.	.
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	6 012	7 385	5 330	.	.	.	5 966	.	.
*Körperschaftsteuer 17)	1 000 DM	53 910	62 156	49 304	.	.	.	64 515	.	.
*Steuern vom Umsatz	1 000 DM	284 619	310 968	290 581	.	.	.	269 598	.	.
*Umsatzsteuer	1 000 DM	204 394	203 272	183 693	.	.	.	183 724	.	.
*Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	80 226	107 696	106 888	.	.	.	85 873	.	.
*Bundessteuern	1 000 DM	348 996	270 736	354 433	.	.	.	90 196	.	.
*Zölle	1 000 DM	32 028	30 437	30 936	.	.	.	402	.	.
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	297 488	217 634	301 055	.	.	.	78 956	.	.
*Landessteuern	1 000 DM	90 117	94 599	96 666	.	.	.	97 854	.	.
*Vermögensteuer	1 000 DM	17 100	20 526	19 690	.	.	.	18 810	.	.
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	52 241	53 875	55 065	.	.	.	58 418	.	.
*Biersteuer	1 000 DM	2 854	2 959	2 859	.	.	.	2 831	.	.
*Gemeindesteuern <sup>18)</sup>	1 000 DM	187 078	208 162	206 268	.	.	.	221 333	.	.
*Grundsteuer A <sup>19)</sup>	1 000 DM	7 114	7 101	7 394	.	.	.	8 104	.	.
*Grundsteuer B	1 000 DM	26 496	25 830	25 867	.	.	.	30 736	.	.
*Gewerbesteuer										
nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	121 447	140 023	139 196	.	.	.	146 037	.	.
*Lohnsummensteuer	1 000 DM	15 929	17 983	16 667	.	.	.	17 160	.	.
<b>Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften</b>										
*Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	889 492	878 107	907 014	.	.	.	622 061	.	.
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	331 174	382 856	346 109	.	.	.	339 399	.	.
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	185 003	195 910	183 066	.	.	.	167 151	.	.
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	24 319	28 605	23 406	.	.	.	25 314	.	.
*Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	698 586	775 182	697 289	.	.	.	693 692	.	.
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	389 049	452 295	410 894	.	.	.	405 944	.	.
*Anteil an den Steuern vom Umsatz <sup>20)</sup>	1 000 DM	195 101	199 682	166 323	.	.	.	164 580	.	.
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	24 319	28 605	23 406	.	.	.	25 314	.	.
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	250 030	285 639	281 398	.	.	.	311 511	.	.
*Gewerbesteuer										
nach Ertrag und Kapital (netto) <sup>21)</sup>	1 000 DM	72 809	82 811	92 385	.	.	.	95 409	.	.
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	111 589	134 689	121 941	.	.	.	140 807	.	.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1973	1974	1974			1975			
		Monats- durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
<b>Preise</b>										
<b>Preisindexziffern im Bundesgebiet</b>										
Einfuhrpreise	1970=100	112,6	144,8	143,0	143,7	145,6	139,2	138,4	139,9	...
Ausfuhrpreise	1970=100	112,3	131,4	131,7	133,2	134,2	136,2	136,0	136,1	...
Grundstoffpreise	1970=100	115,3	137,4	137,2	137,4	138,4	136,1	135,9	136,3	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte <sup>22)</sup>	1970=100	114,1	129,4 <sup>r</sup>	129,3	130,8	131,3	135,4	135,4	135,5	135,6
landwirtschaftlicher Produkte <sup>22)</sup>	1961/63=100	118,7 <sup>e</sup>	118,8	113,2	111,6	111,5	125,6 <sup>p</sup>	128,4 <sup>p</sup>	131,3	...
*Preisindex für Wohngebäude, Bauleistungen am Gebäude <sup>23)</sup>	1962=100	187,1	200,8	.	.	203,6	207,0	.	.	...
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) <sup>22)</sup>	1962/63=100	127,3 <sup>e</sup>	139,8 <sup>f</sup>	143,2	143,1	144,0	152,7 <sup>r</sup>	153,7	153,1	...
Einzelhandelspreise	1970=100	117,0	125,9	126,4	126,6	126,7	133,8	134,8	134,7	134,2
*Preisindex für die Lebenshaltung <sup>24)</sup>	1970=100	118,8	127,1	127,2	127,5	127,7	134,4	135,4	135,4	135,2
darunter für										
*Nahrungs- und Genußmittel	1970=100	118,0	123,6	124,8	124,1	123,4	130,9	132,7	132,2	130,6
Kleidung, Schuhe	1970=100	120,7	129,7	129,3	129,8	130,3	135,9	136,1	136,1	136,3
Wohnungsmieten	1970=100	119,2	125,1	125,0	125,5	125,8	133,0	133,8	134,1	134,6
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	1970=100	128,2	149,8	144,8	147,0	148,5	158,8	162,5	164,9	166,2
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	1970=100	114,3	123,1	122,8	122,7	123,1	130,9	131,0	130,6	130,2
<b>Löhne und Gehälter <sup>25)</sup></b>										
<b>Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau</b>										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	402	429	.	437	.	.	.	455	.
darunter *Facharbeiter	DM	426	455	.	464	.	.	.	480	.
*weibliche Arbeiter	DM	241	273	.	279	.	.	.	298	.
darunter *Hilfsarbeiter	DM	232	263	.	271	.	.	.	286	.
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	9,11	9,85	.	10,04	.	.	.	10,63	.
darunter *Facharbeiter	DM	9,67	10,40	.	10,61	.	.	.	11,15	.
*weibliche Arbeiter	DM	5,98	6,73	.	6,90	.	.	.	7,46	.
darunter *Hilfsarbeiter	DM	5,75	6,50	.	6,67	.	.	.	7,17	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter	Std.	44,0	43,4	.	43,6	.	.	.	42,8	.
weibliche Arbeiter	Std.	40,2	40,5	.	40,5	.	.	.	40,0	.
<b>Angestellte, Bruttomonatsverdienste</b>										
<b>in Industrie und Hoch- und Tiefbau</b>										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	2 009	2 226	.	2 245	.	.	.	2 415	.
*weiblich	DM	1 355	1 512	.	1 541	.	.	.	1 652	.
Technische Angestellte										
*männlich	DM	2 196	2 432	.	2 488	.	.	.	2 639	.
*weiblich	DM	1 321	1 501	.	1 519	.	.	.	1 619	.
<b>in Handel, Kredit und Versicherungen</b>										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	1 796	1 948	.	1 980	.	.	.	2 123	.
*weiblich	DM	1 129	1 252	.	1 282	.	.	.	1 379	.
Technische Angestellte										
männlich	DM	1 708	2 193	.	2 248	.	.	.	2 282	.
weiblich	DM	1 384	1 537	.	.	.	.	.	(1 560)	.
<b>in Industrie und Handel zusammen</b>										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	1 861	2 041	.	2 068	.	.	.	2 220	.
weiblich	DM	1 184	1 322	.	1 352	.	.	.	1 452	.
Technische Angestellte										
männlich	DM	2 151	2 410	.	2 466	.	.	.	2 604	.
weiblich	DM	1 325	1 502	.	1 520	.	.	.	1 618	.

\*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

15) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter

16) einschließlich durchlaufender Kredite 17) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung  
18) Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen 19) einschließlich Grundsteuerbeihilfen für Arbeiterwohnstätten

20) Umsatzsteuer: Nach der vorläufigen Bemessung der Länderanteile an der Umsatzsteuer gemäß § 2 und § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28. 8. 1969. Einführungsumsatzsteuer: Abschlagzahlungen gemäß § 2 Abs. 5 der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 30. 1. 1970

21) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage 22) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer 23) nur Neubau

24) alle privaten Haushalte 25) Effektivverdienste

d) Bestandszahlen bei Geld und Kredit: Stand 31. 12. e) Wirtschaftsjahr 1972/73 (Juli-Juni) f) Wirtschaftsjahr 1973/74 (Juli-Juni)

# Jahreszahlen B

erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr				Fremdenverkehr <sup>2)</sup>			
	zum Bau genehmigte Wohnungen 1)	fertiggestellte Wohnungen 1)		Bestand an Wohnungen in 1 000	insgesamt	in EG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Meldungen		Übernachtungen	
		insgesamt	im sozialen Wohnungsbau						insgesamt	Auslandsgäste	insgesamt	Auslandsgäste
	in 1 000	in 1 000	in %	Mill. DM				in 1 000				
1970	27	21	19	889	2 166	651	664	1 880	2 256	236	18 079	489
1971	33	27	17	916	2 576	785	703	2 226	2 273	232	18 517	485
1972	33	30	15	946	3 012	823	1 082	2 686	2 238	221	18 374	488
1973	26	34	12	980	3 358	1 468	785	2 968	2 388	215	19 802	445
1974	19	26	22	1 006	4 410	2 033	698	3 846	2 496	208	20 531	435

Jahr	Kfz-Bestand am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spar- <sup>4)</sup> einlagen am 31. 12.	Sozialhilfe			Kriegsopferfürsorge
	insgesamt	Kraft-räder	Pkw <sup>3)</sup>	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		in Mill. DM	insgesamt	laufende Hilfe zum Lebensunterhalt	
								Aufwand in Mill. DM		Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000	Aufwand in Mill. DM
	in 1 000.											
1970	698	7	573	42	16 851	882	23 200	5 810	148,4	49,3	32,7	13,1
1971	754	6	626	44	17 233	915	23 668	6 495	175,7	59,8	36,0	17,0
1972	796	6	666	44	18 029	850	24 281	7 332	215,7	74,3	39,1	22,9
1973	837	6	704	45	17 139	727	22 689	7 832	254,7	85,4	41,4	27,1
1974	851	7	718	45	15 513	656	20 375	8 654	337,5	111,3	...	31,2

Jahr	Steuern								Neuverschuldung <sup>5)</sup>			
	Steuereinnahmen			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauchssteuern	Gewerbesteuer	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		insgesamt	Lohnsteuer	veranlagte Einkommensteuer				insgesamt	Kreditmarktmittel
	Mill. DM											
1970	2 425	1 865	590	867	1 714	1 081	481	850	342	2 615	1 734	1 209
1971	2 730	2 067	740	967	2 060	1 367	549	904	395	2 823	1 992	1 428
1972	3 087	2 448	829	1 117	2 455	1 609	703	1 022	445	3 326	2 286	1 675
1973	3 556	2 816	1 000	1 149	3 043	1 974	867	1 190	550	3 620	2 562	1 923 <sup>b</sup>
1974	3 508	3 086	1 143	1 259	3 513	2 320	952	871	632	4 074	2 783 <sup>a</sup>	2 200 <sup>b</sup>

Jahr	Preisindices im Bundesgebiet					Löhne und Gehälter						
	Erzeugerpreise		für Wohngebäude	für die Lebenshaltung <sup>6)</sup> 1970=100		Industriearbeiter <sup>9)</sup>		Angestellte in Industrie <sup>9)</sup> und Handel			öffentlicher Dienst	
	industrieller Produkte <sup>7)</sup> 1970=100	landwirtschaftlicher Produkte <sup>7,8)</sup> 1961/63 =100		insgesamt	Nahrungs- und Genußmittel	Männer	Frauen	Bruttomonatsgehalt		Bruttomonatsgehalt <sup>10)</sup>		
			kaufmännische Angestellte					techn. Angest.	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)		
	DM											
1970	100	98,1	147,4	100	100	297	178	1 329	839	1 572	1 608	1 152
1971	104,3	106,5	162,7	105,3	103,8	337	198	1 484	938	1 755	1 744	1 257
1972	107,0	118,7	174,3	111,1	109,7	369	218	1 615	1 019	1 909	1 841	1 334
1973	114,1	118,8	187,1	118,8	118,0	402	241	1 861	1 184	2 151	1 985	1 448
1974	129,4	...	200,8	127,1	123,6	429	273	2 041	1 322	2 410	2 197	1 623

- 1) Errichtung neuer Gebäude  
 2) Fremdenverkehrsjahre (Oktober des vorangegangenen bis September des bezeichneten Jahres)  
 3) einschließlich Kombinationskraftwagen  
 4) ohne Postspareinlagen  
 5) ohne Kassenkredite  
 6) alle privaten Haushalte  
 7) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer  
 8) Wirtschaftsjahr Juli bis Juni  
 9) einschließlich Hoch- und Tiefbau  
 10) Endgehalt, Ortsklasse S. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind
- a) darunter Schulden der Eigenbetriebe 536 Mill. DM  
 b) darunter Schulden der Eigenbetriebe 470 Mill. DM

# Kreiszahlen

KREISFREIE STADT  Kreis	Bevölkerung am 30. April 1975			Bevölkerungsveränderung im April 1975			Kraftfahrzeugbestand am 1. Juli 1975						
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	insgesamt	Pkw <sup>2)</sup>					
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)										
			in %										
FLENSBURG	94 259	-	0,2	-	1,0	-	38	-	147	-	185	27 205	24 844
KIEL	263 438	+	0,1	-	0,5	-	125	-	260	-	135	76 784	70 182
LÜBECK	233 604	-	0,0	-	0,7	-	56	-	55	-	111	64 520	58 297
NEUMÜNSTER	85 575	+	0,0	-	0,7	-	29	-	45	-	16	26 993	24 181
Dithmarschen	131 611	-	0,1	-	0,8	-	49	-	58	-	107	47 951	37 410
Hzgt. Lauenburg	151 153	+	0,0	+	0,6	-	54	-	60	-	6	50 013	42 454
Nordfriesland	161 366	+	0,1	-	0,3	-	41	-	129	-	88	59 664	47 615
Ostholstein	186 047	+	0,1	+	0,1	-	48	-	267	-	219	61 874	51 931
Pinneberg	253 156	+	0,0	+	0,2	-	49	-	68	-	19	84 161	73 547
Plön	113 361	+	0,1	+	0,3	-	32	-	71	-	103	42 946	35 512
Rendsburg-Eckernförde	235 673	+	0,0	+	0,5	-	71	-	99	-	28	84 336	69 287
Schleswig-Flensburg	176 813	+	0,0	+	0,7	-	40	-	91	-	51	68 370	54 156
Segeberg	193 196	+	0,1	+	1,8	-	10	-	249	-	239	74 130	62 639
Steinburg	130 950	-	0,1	-	0,9	-	57	-	82	-	139	45 764	36 944
Stormarn	173 204	+	0,1	+	1,6	-	46	-	193	-	147	60 762	52 866
Schleswig-Holstein	2 583 406	+	0,0	+	0,1	-	745	-	1 048	-	303	875 473	741 865

KREISFREIE STADT  Kreis	Industrie <sup>3)</sup>			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im August 1975 (vorläufige Zahlen)		
	Betriebe am 31. 7. 1975	Beschäftigte am 31. 7. 1975	Umsatz <sup>4)</sup> im Juli 1975  Mill. DM	Unfälle	Getötete <sup>5)</sup>	Verletzte
FLENSBURG	58	8 540	59	49	-	67
KIEL	139	28 353	251	140	-	178
LÜBECK	140	27 042	211	149	3	188
NEUMÜNSTER	73	9 818	45	54	1	60
Dithmarschen	61	6 002	148	92	4	115
Hzgt. Lauenburg	97	8 840	55	66	7	93
Nordfriesland	46	2 423	34	160	9	221
Ostholstein	75	5 748	46	194	8	270
Pinneberg	224	22 179	168	130	4	165
Plön	36	2 349	20	66	4	100
Rendsburg-Eckernförde	123	10 899	146	135	2	177
Schleswig-Flensburg	66	4 435	71	94	6	125
Segeberg	176	14 048	118	136	9	178
Steinburg	95	9 867	89	84	5	116
Stormarn	134	15 329	211	104	3	154
Schleswig-Holstein	1 543	175 872	1 673	1 653	65	2 207

1) nach dem Gebietsstand vom 30. April 1975

2) einschließlich Kombinationskraftwagen

3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

4) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

5) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 131 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 und 11

# Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 31. März 1975			Offene Stellen am 31. 7. 1975	Kuhmilcherzeugung im Juli 1975			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber			1 000 t	darunter an Melereien geliefert	kg je Kuh und Tag	Schweine insgesamt am 1. 8. 1975	Rindvieh am 3. 6. 1975	
		VZ 1961	31. 3. 1974						insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %								
Schleswig-Holstein	2 583	+ 11,5	+ 0,1	11	191	93,7	12,5	...	1 578	482
Hamburg	1 730	- 5,6	- 1,0	11	1	96,1	10,2	...	19	4
Niedersachsen	7 258	+ 9,3	- 0,0	25	435	92,2	13,9	...	3 172	997
Bremen	723	+ 2,4	- 0,7	4	2	88,5	12,0	...	19	4
Nordrhein-Westfalen	17 199	+ 8,1	- 0,2	74	263	96,4	12,8	...	1 960	650
Hessen	5 571	+ 15,7	- 0,3	25	117	89,1	11,7	...	946	317
Rheinland-Pfalz	3 683	+ 7,8	- 0,4	12	85	88,0	11,3	...	697	240
Baden-Württemberg	9 215	+ 18,8	- 0,3	40	219	81,2	10,1	...	1 829	693
Bayern	10 839	+ 13,9	- 0,1	39	621	89,0	10,4	...	4 735	1 962
Saarland	1 102	+ 2,7	- 0,8	3	10	83,6	12,1	...	76	27
Berlin (West)	2 014	- 8,4	- 1,3	11	0	24,2	16,5	...	2	1
Bundesgebiet	61 916	+ 10,2	- 0,3	255	1 944	90,2	11,6	...	15 032	5 378

Land	Industrie <sup>1)</sup>				Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im Mai 1975			
	Beschäftigte am 30. 6. 1975	Umsatz <sup>2)</sup> im Juni 1975		Produktionsindex <sup>3)</sup> 1962=100 im Juni 1975	Beschäftigte am 31. 5. 1975		zum Bau genehmigte Wohnungen		fertiggestellte Wohnungen	
		in 1 000	Mill. DM		Auslands-umsatz in %	in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner	Anzahl
Schleswig-Holstein	176	1 715	18,0	196	50	19	1 381	5,3	919	3,6
Hamburg	178	2 117	17,5	.	31	18	769	4,4	799	4,6
Niedersachsen	690	6 086	22,9	144	143	20	3 694	5,1	1 829	2,5
Bremen	97	1 096	33,5	.	16	21	142	2,0	121	1,7
Nordrhein-Westfalen	2 352	20 026	25,3	102 <sup>a</sup>	306	18	6 934	4,0	5 154	3,0
Hessen	658	4 608	24,6	100 <sup>a</sup>	106	19	2 889	5,2	966	1,7
Rheinland-Pfalz	373	3 391	28,8	110 <sup>a</sup>	69	19	1 473	4,0	949	2,6
Baden-Württemberg	1 437	10 023	23,8	171	186	20	5 155	5,6	3 665	4,0
Bayern	1 281	9 034	23,8	110 <sup>a</sup>	229	21	5 635	5,2	4 206	3,9
Saarland	156	1 153	35,4	127 <sup>a</sup>	17	15	461	4,2	229	2,1
Berlin (West)	205	1 407	13,6	.	34	17	678	3,4	470	2,3
Bundesgebiet	7 603	60 655	24,3	105 <sup>a</sup>	1 187	19	29 211	4,7	19 307	3,1

Land	*Kfz-Bestand <sup>4)</sup> am 1. Januar 1975			Straßenverkehrsunfälle <sup>6)</sup> mit Personenschaden im Juni 1975				Bestand an Spar-einlagen <sup>7)</sup> am 30. 6. 1975	Steuereinnahmen			
	ins-gesamt	Pkw <sup>5)</sup>		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verunglückte je 100 Unfälle		in DM je Einwohner	des Landes	des Bundes	der Gemeinden
		Anzahl	je 1 000 Einwohner							im 2. Vierteljahr 1975		
	in 1 000			in DM je Einwohner								
Schleswig-Holstein	852	719	278	1 450	57	1 974	140	3 696	282	250	...	
Hamburg	524	476	274	867	16	1 119	131	6 786	502	2 419	...	
Niedersachsen	2 431	2 033	280	3 594	169	5 084	146	4 494	266	251	...	
Bremen	215	193	267	427	3	464	109	5 128	371	1 274	...	
Nordrhein-Westfalen	5 262	4 684	272	8 072	292	10 566	135	5 223	308	440	...	
Hessen	1 933	1 661	298	2 671	105	3 681	142	5 743	317	406	...	
Rheinland-Pfalz	1 274	1 048	284	1 804	56	2 541	144	4 910	275	310	...	
Baden-Württemberg	3 194	2 692	292	4 426	178	6 266	146	5 400	331	440	...	
Bayern	3 809	3 044	281	5 572	254	7 767	144	5 626	287	315	...	
Saarland	340	302	274	544	18	768	144	4 452	259	287	...	
Berlin (West)	514	465	230	1 126	25	1 439	130	4 808	204	606	...	
Bundesgebiet	20 347 <sup>b</sup>	17 317 <sup>b</sup>	279	30 553	1 173	41 669	140	5 214	303	445	...	

\*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

- 1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke  
 2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer  
 3) von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt  
 4) ohne Bundespost und Bundesbahn  
 5) einschließlich Kombinationskraftwagen  
 6) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen  
 7) ohne Postspareinlagen

a) Basis 1970=100

b) Länder ohne, Bundesgebiet einschließlich Bundespost und Bundesbahn

# Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

Heft/Seite

## Gebiet und Bevölkerung

Eheschließungen und -lösungen . . . . .	4/75
Mehrlingsgeburten . . . . .	3/50

## Gesundheitswesen

Erkrankungen an Gelbsucht . . . . .	9/218
-------------------------------------	-------

## Bildung und Kultur

Altersstruktur der Studenten . . . . .	1/2
Ausländische Studenten . . . . .	3/53
Studenten in einem 2. Studium . . . . .	7/162

## Wahlen

### Landtagswahl

(Teil 1: Landes- und Wahlkreisergebnisse) . . . . .	6/130
(Teil 2: Regionale Ergebnisse) . . . . .	7/156
(Teil 3: Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht) . . . . .	8/174

## Erwerbstätigkeit

Erwerbstätige und Beruf (Teil 1) . . . . .	6/126
Erwerbstätige und Beruf (Teil 2) . . . . .	8/179

## Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Ausbildung und Buchführung . . . . .	8/192
Getreide- und Rapsernten 1974 und 1975 . . . . .	9/198
Milcherzeugung . . . . .	8/188
90 Jahre Raiffeisen . . . . .	2/27

## Industrie und Handwerk, Energiewirtschaft

Aktuelles aus der Industrie . . . . .	7/170
Ausländer in der Industrie . . . . .	6/146
Auszubildende Industrie . . . . .	7/166
Handwerk 1974 . . . . .	6/144
Industrie-Investitionen 1973 . . . . .	1/11
Umweltschutz-Investitionen . . . . .	7/168
Verarbeitende Industrie 1974 . . . . .	1/8

## Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen

Baugewerbe am Wendepunkt? . . . . .	2/32
Die nächste Wohnungszählung . . . . .	1/16
Investitionen im Baugewerbe . . . . .	1/13

## Handel und Gastgewerbe

Apotheken . . . . .	7/150
Umsatzentwicklung im Gastgewerbe . . . . .	2/46
Zur Statistik im Einzelhandel . . . . .	4/83

## Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

### Heft 5 / 1975

Geldwertsicherung mit statistischen Bezugsgrößen

### Heft 6 / 1975

Erwerbstätige und Beruf (Teil 1)

Landtagswahl (Teil 1)

Bilanzstruktur 1969

Handwerk 1974

Ausländer in der Industrie

### Heft 7 / 1975

Apotheken

Landtagswahl (Teil 2)

Studenten in einem 2. Studium

Auszubildende Industrie

Umweltschutz-Investitionen

Aktuelles aus der Industrie

### Heft 8 / 1975

Landtagswahl (Teil 3)

Erwerbstätige und Beruf (Teil 2)

Milcherzeugung

Landwirtschaft: Ausbildung und Buchführung

### Heft 9 / 1975

Getreide- und Rapsernten 1974 und 1975

Sozialprodukt (Teil 2)

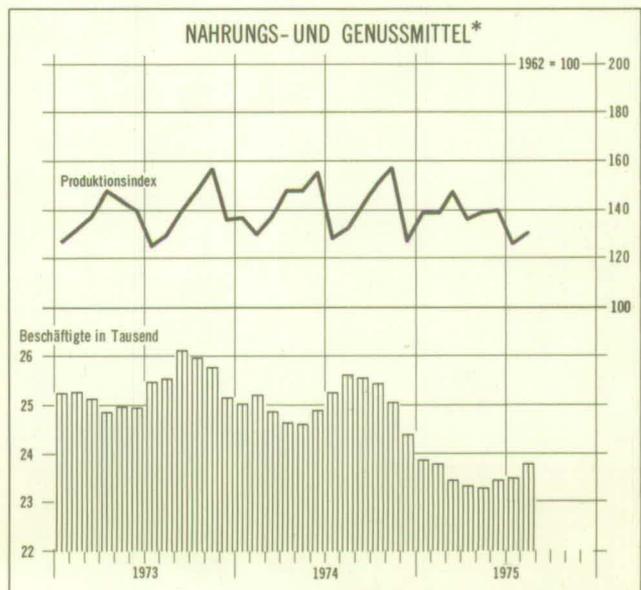
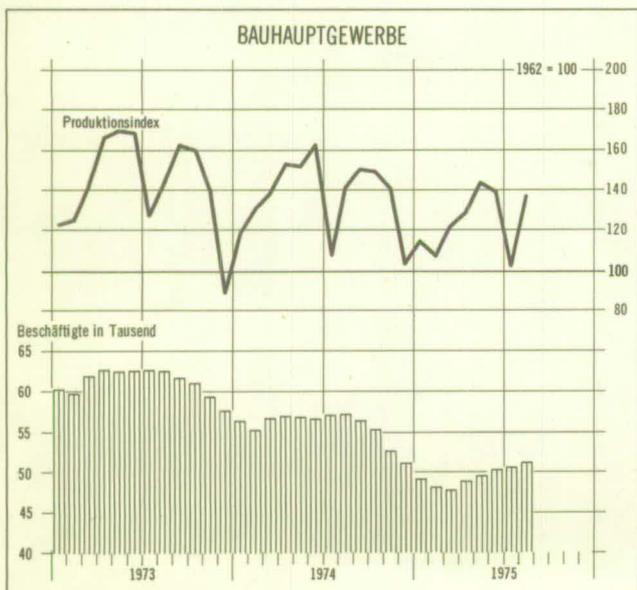
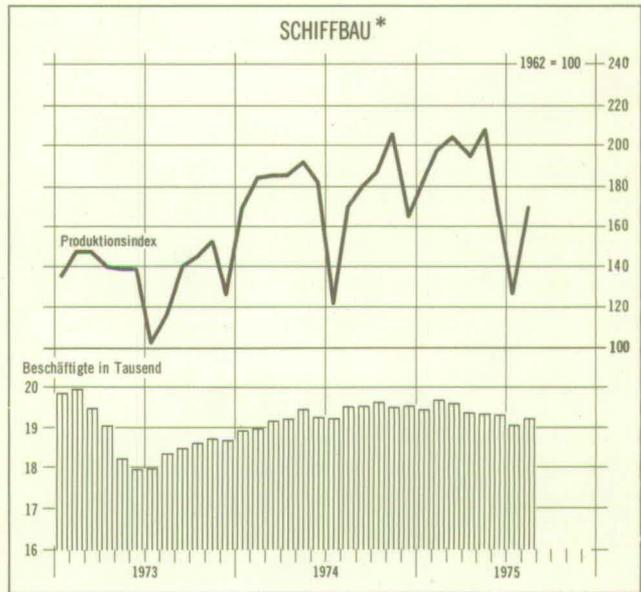
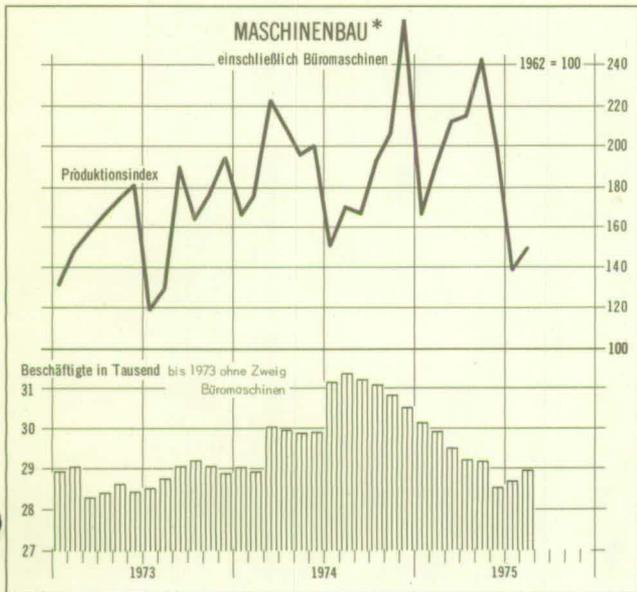
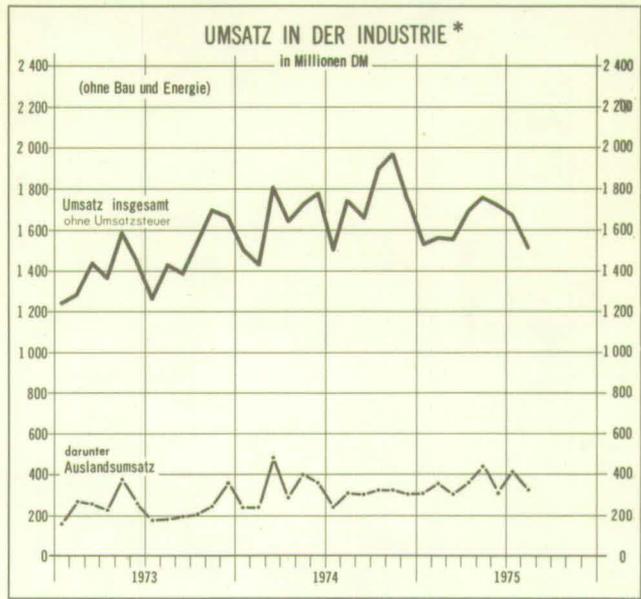
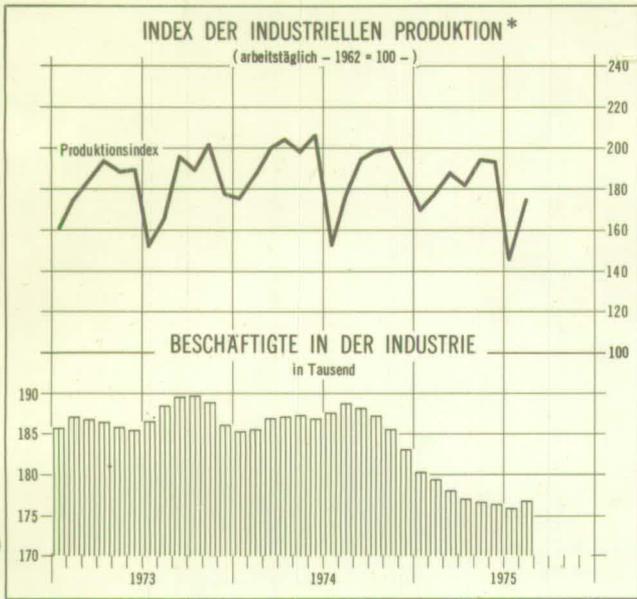
Nord-Ostsee-Kanal 1974

Spareinlagen

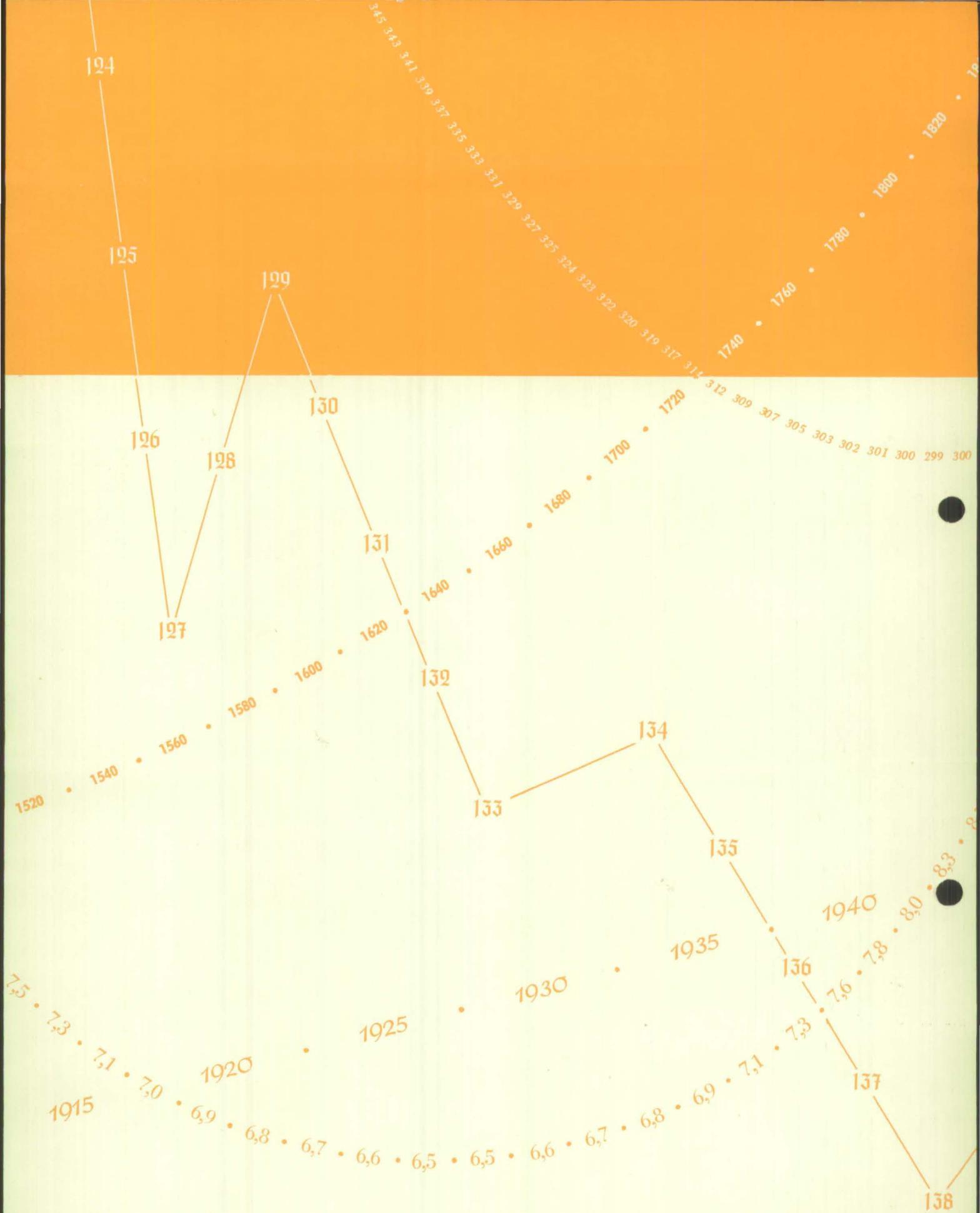
Erkrankungen an Gelbsucht

# SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die „Wirtschaftskurven“ A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geburtenüberschuß, Wanderungsgewinn bzw. -verlust, Zuzüge, Fortzüge, Geborene und Gestorbene); Arbeiterverdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.



\*) Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach 11 41; Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 4 07 11

Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korschey

Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21 — Auflage: 750

Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM

— Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird —

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen